Nr. 158

15. August 1991

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

Hallo !
Wie ihr vielleicht schon auf der Titelseite gesehen habt, waren wir in den letzten Wochen nicht ganz untätig. Sinkender Absatz und vollgefüllte Lager haben auch uns zu dem Schritt gezwungen die Eigenwerbung zu intensivieren. Deshalb gibt es ab jetzt die neuen Fan- T-Shirts mit modischem Kragen in den Farben weiß, rot, schwarz und blau. Bitte vergeßt bei euren Bestellungen auch nicht die Konfektionsgröße und Kragenweite anzugeben. Bestellungen an bekannte Adresse für 19.90 DM pro Shirt im voraus. Bei größeren Mengen girt es Rabatt, je nach Verhandlung. Per Nachnahme läuft bei uns überhaupt nichts, also Kohle in den Umschlag und ab an unsere Adresse, sonst müssen wir bald Bandenwerbung im Olympiastadion machen.
So, nochmal was allgemeines zu einigen kritischen Zuschriften. Da die Zeitung für einige Leute eine Menge Arbeit bedeutet ist der Maximalumfang bzw. Seitenzahlen festgelegt. Wenn ihr uns also mehrere Sachen zum selben Thema schickt, braucht ihr euch nicht beschweren, wenn wir uns einiges rauspicken und den Rest in den Ordner packen. Wenn dabei auch mal eine wichtige Information unterschlagen wird, tut es uns leid. Sofern nicht eindeutig auf den Papieren der Nichtabdruck vermerkt ist, müssen wir davon ausgehen, daß eine Veröffentlichung des Zugesckickten gewollt ist. Wir sehen uns nicht in der Lage dieses immer autonom zu entscheiden.
Bei der heutigen Post hat uns besonders ein Ausschnitt des bayrischen VS- Berichts gefallen. Eine gelungene Einschätzung der Zielsetzung von autonomen Zeitungen und der Bedeutung unseres Heftes, deren Auswertung aber ziemlich platt ausgefallen ist.

3.3.2 **Schriften der undogmatischen Neuen Linken**

Die weitgehend unbekannten Verfasser autonomer und linksterroristischer Publikationen sehen ihre Aufgabe nicht nur in der Vermittlung von Erklärungen einzelner Gruppen oder der Berichterstattung über Terroraktionen, sondern auch darin, den Haß ihrer Leser gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu schüren.

Als Diskussionsgrundlage für die Autonomen in Bayern dient vielfach das wöchentlich erscheinende Berliner autonome Szenenblatt „Interim". Darin wurde u. a. festgestellt, daß sich die autonome Bewegung in einem Zustand der Schwäche befinde. Neben den Niederlagen der staatssozialistischen Bürokratien und auch der Befreiungsbewegungen in Ländern der Dritten Welt stehe jetzt die Frage an: Was ist revolutionäre Politik? Die Autonomen hätten nicht einmal eine vage Vorstellung, welche Gesellschaft nach einem Sieg über die Herrschenden aufzubauen sei. Ferner hieß es, im Kampf gegen den Imperialismus sei internationale Solidarität neu zu bestimmen. Durch Angriffe in den Metropolen könne der Imperialismus geschwächt werden. Beispiele gäben die Aktionen der „Roten Zora" der Revolutionären Zellen (RZ), „internationalistischer Zellen" und „revolutionärer Viren".

Milka

Anders hingegen unsere Münchener GenossInnen in ihrem Einladugspapier gegen den WWG 92 in München. Behaupten doch wirklich, daß der "Interim" nur Milka- Kühe und Lederhosen einfallen, wenn sie an München denkt. Also ein bißchen beleidigt sind wir ja schon ! Ihr solltet weniger vor der Glotze hängen und nicht die gängigen Vorurteile für Bayern reproduzieren. Daß die Milka in Bremen hergestellt und die Lederhosen im Trikont produziert werden, weiß hier in der Redaktion jede/r.
Dann haben wir endlich den langersehnten Beitrag eines Berliner Genossen zur aktuellen SItuation in der Metropole, gehalten auf dem Kongreß in Venedig, im POstfach gefunden. Das mit dem Zeilenabstand gilt aber auch für dich: 1-zeilig und nicht 1 1/2-zeilig ! und ohne Übervormat bitte ! Die "Interim" wird auch weiterhin DIN A4 erscheinen.
Erwähnen wollen wir noch das aus Göttingen zugeschickte Papier zu Karam Khella, deren Kritik auch wir teilen.
Wie beim letzten Male sind auch diesesmal sowohl aus Zeit- wie aus Platzgründen einige Papiere aufgeschoben worden. Nicht gleich meckern, erstmal abwarten. Das Sommerloch schlägt sich nicht unbedingt in der Fülle des Postfachs wieder.
Und zum Schluß natürlich nicht vergessen:
Auf nach Wunsiedel zur Antifa- Demo am 17.August um 13.30

Milka

HERGESTELLT IN DEUTSCHLAND MADE IN WEST GERMANY
SUCHARD TOBLER VERTRIEBS-GmbH · D-2800 BREMEN 1 · SUCHARD-SCHOKOLADE Ges.m.b.H. · A-6700 BLUDENZ
JACOBS SUCHARD TOBLER SA · CH-2008 NEUCHATEL · JACOBS SUCHARD A/S · DK-5220 ODENSE
JACOBS SUCHARD · CÔTE D'OR NEDERLAND B.V. · POSTBUS 530, 2130 AM HOOFDDORP

Inhaltsangabe:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Hallò FreundInnen und GenossenInnen! Nbg, 8.8.91

Wir schicken Euch jetzt den letzten Rundbrief vor der Demo!

Neuester Stand zum Faschoaufmarsch: Der Aufmarsch und das Kulturfest der Faschisten ist bis jetzt verboten (2. Instanz). Ihre Beschwerde wird derzeit vor dem Obersten Verwaltugsgerichtshof in München behandelt. Unserer Einschätzung nach bleibt das Verbot bestehen. Die Faschos mobilisieren trotzdem weiter. Aus NL-Nachrichten haben wir erfahren, daß die Faschos bei fortbestehendem Verbot eine "Protestveranstaltung" gegen das Versammlungsverbot nicht weit von Wunsiedel abhalten wollen. Es gibt eine Einschätzung, daß dies nur den Worch-Flügel betrifft und andere das als "Abwiegelei" handeln werden, d.h. trotzdem nach Wunsiedel direkt kommen. Es mobilisieren folgende Gruppierungen: FAP, NL, NO, DA, VAPO (Österreich), PFNE (F), CEDADE (Spanien), Aldo-Monti-Avanguardia (I), sowie Organisationen aus Kanada, Dänemark, Belgien, England, Schweiz....

Aktuelles aus Wunsiedel: Der Stadtrat von Wunsiedel hat von CSU bis Grünen unter Beteiligung von Kirchen- und GewerkschaftsvertreterInnen am 02.08.91 eine Kundgebung gegen "Rechts- und Linksextremismus" durchgeführt. Es waren ca. 100 Leute anwesend, darunter auch Faschisten aus der FAP Kronach!!!

Nun zu unserer Demo: Bis jetzt gibt es weder ein Verbot noch Auflagen. Informiert Euch über den aktuellen Stand (wichtig für unseren Treffpunkt; Laßt Euch weder im Vorfeld noch während der Demo provozieren, unser Ziel ist es die Demo geschlossen, laut, phantasievoll durchzuführen. Natürlich besteht ein Unterschied zwischen Provokation und Angriff. Achtet auf Lautsprecher- und Megadurchsagen, keine Gerüchteküche!Unser Ziel ist die Verhinderung des Faschoaufmarsches!!!

Organisatorisches:
- Parkplätze: Goethestr. und Dr.-Fr.-Heß-Str. (die Realschule in der Nordendstr. ist evtl. von Polizeieinheiten belegt)
- Ermittlungsausschuß: ist ab Freitagabend besetzt, aus Sicherheitsgründen gibts die Nummer ab Freitag erst
- Sanis: bringt alle "Eure" mit, es wird eine Station geben
- Megas und Transparente: mitbringen!!!! Überlegt Euch verantwortliche TrägerInnen!
- Fotos und Filme: um uns nicht selbst zu gefährden, nur Leute die eingebunden sind und verantwortlich damit umgehen.
- Parolen: überlegt Euch gute und viele Parolen, die inhaltlich passen ("Haß, Haß, Haß..istnichtpassend, wenn BürgerInnen am Rand stehen
- Penn- und Busplätze: bitte rechtzeitig melden, Pennplätze werden knapp (denkt an Schlafsäcke und Isomatten)
- letzte VV: Freitag, 16.08., 21 Uhr imKOMM-Festsaal

Bürozeiten: ab 12.08. ab 13 Uhr unter Nr. 0911/226598 (Fax-Nr. ohne Schrägstrich)

Bringt Power und Klaren KOPF mit -- wir freuen uns auf die Massen, mit antifaschistischen Grüßen

WIR---------

DIE KRISE DER AUTONOMEN BEWEGUNG NACH DER WIEDERVEREINIGUNG (Referat auf dem Kongreß in Venedig)

Nach Rückkehr vom Kongreß der italienischen Atonomia haben sich einige TeilnehmerInnen desöfteren getroffen und über einige der in Venedig in den Arbeitsgruppen andiskutierten Themen weitergesprochen. Darüberhinaus sind wir am Diskutieren, wieso es in Italien den Linksradikalen gelingt, eine regionale und überregionale Vernetzung aufzubauen und bei uns ist da seit Jahren totale Ebbe.

Einige GenossInnen in der Runde bemängelten, daß das Referat, was ein Berliner Genosse über einige Aspekte der Krise der Autonomen gehalten hat, nicht in der Vereinszeitung veröffentlicht worden ist, dafür aber in dem Kongreßreader auf Italienisch. Das soll hiermit nachgeholt werden. Es scheint aber auch noch aus einem zweiten Grund wichtig, diese Diskussion über unsere Krise zu forcieren, wie mensch an dem Artikel in der PROWO vom 28.6.91 über den Venedig-Kongreß ersehen kann. Da schreibt ein "Genosse aus dem autonomen kommunistischen Widerstand" 8 Zeilen über das 4o minütige Referat und tut das Ganze als "Verwirrung" eines Berliner Genossen darstellen, der sich von der "Revolution" verabschiedet habe, denn "jede Form der Revolution scheint Illusion", hieße es im dem Referat. Offenbar hat der Genosse aus dem Widerstand auf seinen Ohren gesessen, weil ihm zuviel Selbstkritik und Resignation rüberkam. Er war stattdessen mehr angetan von den Berichten über die revolutionären Kämpfe im Trikont und war froh nur wenig von der "Nabelschau der desorientierten Metropolenlinken" auf diesem Kongreß mitzubekommen. Wie mensch angesichts der desolaten Situation in Zentral- und Südamerika, in Afrika, in Palästina usw noch weiter an offenbar überholten Revolutionskonzepten festhalten kann, und kein Zweifel offenbar wird, wie bei den meisten Referenten auf dem Kongreß, das schien nun für uns höchst merkwürdig. Aber vielleicht läßt sich ja in den verschiedenen Gruppen hier in der Stadt anhand der Einschätzungen des Referats über die Krise gerade auch auf dem Feld unserer Soliarbeit noch genauer diskutieren. Das Referat hat jedenfalls für Diskussionsstoff gesorgt in Venedig jedoch in ganz anderer Hinsicht, wie dies der Schreiberling in der PROWO meinte zu verstehen. Es geht darum, von welchen selbst jahrelang hochgehaltenen Mythen wir uns verabschieden sollten und wo denn eigentlich unsere eigene Utopie von befreitem Leben bleibt, wie sie für uns und für die, die wir mit unserer Agitation ansprechen wollen, aussieht.

Hier das Referat:

Die Bilder, die ihr in den bürgerlichen Medien oder durch Berichte, Videos von GenossInnen über die autonome/antiimperialistische Bewegung in Deutschland vermittelt bekommt, stellen uns als einen kraftvollen, militanten und zu wichtigen Ereignissen stets mit großen militanten Demonstrationen intervenierenden politischen Faktor vor. Dies ist in den letzten Jahren, spätestens nach dem Ende der Anti-IWF-Kampagne 1988, nur noch mystische Verklärung der bitteren Realität des politischen Niedergangs. Durch die erfahrene politische Ohnmacht im letzten Jahr, vor allem im Widerstand gegen die deutsche Widervereinigung und die "heroische Niederlage" in der Berliner Mainzer Straße, wie aber auch während des Golfkrieges, ist jetzt die durch die selbstproduzierten Mythen kaschierte politische Krise in eine offen eingestandene Krise umgeschlagen. Die Zweifel an unseren Formen und Inhalten, an unseren Ritualen - wie der alljährlichen 1. Mai-Randale in Berlin - werden auf den VV's, in unseren Scene-Blättern offen diskutiert.

Wir fangen an; sowohl die Politik der RAF in der Oeffentlichkeit kritisch zu hinterfragen; was bisher zumeist nur in Kleingruppen lief. Ein andere wichtiger Schritt ist die durch die Frauengruppen begonnene Diskussion ueber geeignete Formen von militanten Angriffen in der jeweiligen Situation. Erstmals fragen wir nach den Ursachen; waru, soviele GenossInnen sich politisch zurueckziehen.

Aber von diesen wichtigen Diskussion will ich euch jetzt nicht berichten; auch nicht von den geführten Kämpfen, den Erfolgen und Niederlagen. Sondern ich will einen Punkt unserer Bewußtseinskrise herausgreifen, nämlich unser Verhältnis zur (ehemaligen) DDR, zum realen Sozialismus und zur kommunistischen Bewegung.

Wir stehen derzeit vor dem erstaunlichen Phänomen, daß - bei aller Ablehnung und Kritik des Systems des realen Sozialismus im letzten Jahrzehnt - nach dem Zusammenbruch dieses Herrschaftssystems unsere Scene von einem ähnlichen Katzenjammer befallen ist, wie die revisionistischen Marxisten bei der DKP oder den Grünen. Bislang sind wir, bis auf kleine Ausnahmen, völlig unfähig, die eigentlichen Ursachen des Untergangs des bürokratischen Kommanosozialismus zu analysieren. Ein wesentlicher Grund liegt darin, daß im letzten Jahrzehnt die Linksradikalen in Deutschland sehr viel genauer über die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den revolutionären Ländern wie Nicaragua oder El Salvador Bescheid wußte als über die DDR oder UdSSR.
Trotz aller Kritikansätze, die mehr Ansätze der Kritik an der Führungsrolle der kommunistischen Partei, an den 'Überresten' des STalinismus und des Patriarchats in der DDR blieben, konnten sich bestimmte Mythen über die DDR unter uns halten: Die DDR ist ein von Grund auf antifaschistischer Staat, die DDR spielt eine wichtige Rolle fürt einige antiimperialistische Bewegungen im Trikont, die DDR ist immer noch, trotz aller Parteibonzenherrschaft in ihrer Grundstruktur eine antikapitalistische Gesellschaft. Heute dagegen müssen wir feststellen, daß wir Westautonome eigentliche keine Ahnung von der DDR hatten. Zu Recht werfen uns die Ostautonomen vor, mit schablonenhafter Sichtweise, mit arroganter ökonomistischer Analyse und mit unseren Militanzerfahrungen die DDR-Linke zu bevormund3en. Erst langsam regristieren wir, daß völlig unterschiedliche Erfahrungen der Linksradikalen in der DDR und BRD nicht durch das bloße Überstülpen von Parolen und Kampfformen von West nach Ost aufhebbar sind.

Wenn unsere DDR-Analyse präziser in der Vergangenheit gewesen wäre, würden wir auch nicht jetzt so über den Zusammenbruch des Sozialismus jaulen und den Mythen hinterhertrauern. Einfach deshalb, weil wir dann rechtzeitiger erkannt hätten, daß gemäß unseren eignen Vorstellungen von Sozialismus in der DDR nie ein sozialistisches Gesellschaftssystem existiert hat und deshalb auch kein Sozialismus oder Realsozialismus dort zusammengebrochen ist. Die ArbeiterInnen besaßen nie die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel. Eine Vergesellschaftung hat nie stattgefunden, sondern lediglich eine Verstaatlichung. Und der Staat war vor allem die Partei. Den ArbeiterInnen wurde als Kompensation eine hohe soziale Versorgung und Sicherheit angeboten und im letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR wurde von der Parteileitung durch immer höhere Konsumversprechungen in der DDR--Bevölkerung eine regelrechte Fixierung auf Tauschwerte und Statussymbole erzeugt. Zu den entfremdeten Verhältnissen in der Produktiosnsphäre trat die Entfremdung in der Reproduktionebene.
Völlig zu Recht haben uns in den letzten Monaten etliche Linksradikale aus der ehemaligen DDR auf unsere unzureichende Stalinismusaufarbeitung hingewiesen, welche die eigentliche Ursache für unser falsches DDR- und Sozialismusbild darstellt. Zum Stalinismus gehört eben mehr als Parteibonzenherrschaft, Verfolgung der Trotzkisten und anderen Linksradikalen. So lautete bis zum Fall der Mauer die gängige Kurzformel für Stalinismus bei vielen Westautonomen.

Heute müssen wir konstatieren, daß die kommunistischen Parteien in allen osteuropäischen Ländern durch ihre Politik dafür gesorgt haben, daß der Marxismus als emanzipative,'herrschaftsfreie Utopie völlig diskreditiert worden ist. Heute müssen wir konstatieren, daß Stalinismus nicht nuir Verfolgung und massenhafte Bespitzelung von Andersdenkenden, besonders Linkskommunisten umfaßte, sondern besonders in der Sowjetunion die Liquidierung von Hunderttausenden von Bolschewisten und Tötung von Millionen im Zuge der Zwangskollektivierung in den Arbeitslagern ausmachte. Diese grauenhafte Dimension des stalinistischen Terrors im Namen des Marxismus-Leninismus mit seinen jüngsten Erscheinungen wie der rassistischen Bevölkerungspolitik und der Vernichtung 'unwerten Lebens' in rumänischen Kindergefängnissen unter Ceaucescu, ist einfach unvorstellbar für viele von uns gewesen.
Als auf einen Stalinismusseminar der PDS in Ostberlin vor ein paar Monaten alte KommunistInnen angesichts dieser jetzt ans Tageslicht kommenden Wahrheiten nach den verbleibenden Unterschieden zwischen faschistischer und stalinistischer Herrschaftsform fragten, lief es mir kalt den Rücken runter. In mir sträubte sich alles, gemäß der bürgerlichen Totalitarismustheorie Stalinismus mit Faschismus gleichzusetzen. Doch welcher Unterschied bleibt eigentlich für die Opfer zwischen den rumänischen Kinmdergefängnissen von Chigid und den Eutanasieanstalten von Hadamar in der Nazizeit, welcher Unterschied liegt für die Opfer des stalinschen Terrors in den Gulags der Goldgruben von Kolyma zu den Zwangsarbeitslagern der IG-Farben in Birkenau?
Ein entscheidender Grund für unsere jetzige ideologische Krise liegt meines Erachtens darin, daß wir nie solche Fragen in unseren Diskussionen zugelassen haben, sie als "antikommunistisch" vom Tisch gefegt haben. Wenn wir diese Fragen und Unterschiede von Stalinismus und Faschismus viel genauer diskutiert hätten, könnten wir heute viel präziser die Bruchlinien zu der Geschichte der KPD, zur Komintern und allgemein zur Parteiherrschaft der Kommunisten benennen. Uns würde es leichter fallen, unsere Vorstellungen von sozialistischer Gesellschaft für uns und für andere Menschen um uns herum, also so was wie unsere Utopie von einer befreiten Gesellschaft zu beschreiben.

Wir sollten auch schleunigst mit einem anderen von uns produzierten Mythos brechen: Der Imperialismus ist der eigentliche Totengräber des Sozialismus gewesen. Tatsächlich ist der reale Sozialismus weniger durch den politischen und wirtschaftlichen Druck der imperialistischen Länder in die Knie gezwungen worden, sondern mehr durch immer größer werdende Scheere zwischen der Ideologie, Propaganda der Partei und der erlebten Wirklichkeit des "sozialistischen Alltags". Die nach der Zerschlagung des Faschismus versprochene Befreiung des Menschen von Ausbeutung, Bevormundung und Unterdrückung kehrte sich im Laufe der Existenz der DDR um in eine Gleichgültigkeit, gesellschaftliche Apathie und in ein Untertanenbewußtsein.

Das bestimmt auch heute noch die in Ostdeutschland allerorts sichtbar werdende große Lähmung. Eine Folge davon ist, daß sich trotz der Zerschlagung der gesamten DDR-Industrie und der darin enthaltenen kollektiven (im positiven Sinne) Arbeits- und Lebensformen -gerade auch durch den verdeckten und teils auch offenen kollektiven Widerstand gegen die Direktoren und Parteibonzen - kein antagonistischer Klassenwiderstand gegen das westdeutsche Großkapital formiert hat. Genauso erstaunlich ist die Tatsache, daß trotz 40 jähriger antifaschistischer Erziehung und Geschichtsaufarbeitung für weite Teile der DDR-Bevölkerung eine militante Gegenwehr gegen den tagtäglichen Terror der Skins und Nazi nicht in Frage zu kommen scheint.

Unsere Erklärungsmuster sind zu großkotzig und die Sprache unserer Flugblätter hat einfach keine Attraktivität für die Menschen, die dem neuen kapitalistischen System ablehnend gegenüberstehen und die sich verschaukelt, gedemütigt sehen. Unsere Forderungen sind zu parolenhaft. Unsere Sprache drückt selbst nicht mal unsere eigenen Gefühle über die Scheiße aus.

Etwas optimistischer sieht es für mich in der Antifa-Arbeit aus. Hier gibt eseine zahlenmäßig starke Antifa-Scene unter Beteiligung von ausländischen Jugendgruppen in Westberlin. In der alten DDR dagegen ist die Antifascene zumeist in der Defensive. Der Terror der Skins und Nazis gegen Autonome, Ausländer, Punks, Schwule und Lesben wird immer umfangreicher. Die wenigen besetzten Häuser in Leipzig, Dresden und Frankfurt sind zu regelrechten Festungen ausgebaut. Trotz einiger Erfolge im Kampf gegen Nazis und Skins hier in Berlin, stehen wir dem massenhaften Zulauf zu den Rechtsradikalen einigermaßen hilflos gegenüber. Ich denke, ein Grund unserer politischen Hilflosigkeit liegt in der unzureichenden, ökonomistischen Analyse der Entstehungsursachen des faschistischen und rassistischen Denkens: Faschismus ist eben nicht nur eine Krisenlösung des Kapitalismus und die Zerschlagung der starken kommunistischen, revolutionären Bewegung. Sondern Faschismus und Rassismus haben sehr viel mit Patriarchat, Männerherrschaft, Männerbünden, Kleinfamilie und Sexualunterdrückung zu tun. Faschistische Herrschaft übernimmt sehr viele Fundamente der bürgerlichen Herrschaft, nämlichen den kleinbürgerlichen Alltag, die Erziehung zu Sauberkeit und Unterordnung, Entfremdung etc. Die "Angst vor Freiheit und Selbstbestimmung" gabs aber auch gerade in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Und diese Angst ist eine der Gründe, weshalb besonders junge Männer sich Glatzen schneiden lassen.

Tatsache ist, daß die Hooligans, Skins in der DDR offenbar wesentlich stärker die Gefühle der männlichen DDR-Jugendlichen ansprechen als wir Linksradikalen. Die Lust auf Randale, Saufen und Prügeleien, die Aufwertung der eigenen Person in der Gruppe, die nach außen eine ungeheure Stärke und Angst ausstrahlt, sind wahrscheinlich viel stärkere Motive, sich den Rechten anzuschließen als irgendwelche Programme der Neonazis. Wir Autonome dagegen be-

sitzen zur Zeit unter den ostdeutschen Jugendlichen kaum eine politische Attraktivität. Diese eher sozialpsychologischen Erkenntnisse ergeben jedoch für uns keine neuen Handlungsperspektiven. Im Gegenteil: Wir wissen, es reicht nicht aus, im Kampf gegen den Faschismus den Skins und Nazis eine auf den Kopf zu hauen - und doch haben wir keine Alternative.
Dessenungeachtet sind wir Autonome derzeit die einzige Kraft, die dem wachsenden Neofaschismsu was entgegensetzen können - und doch raubt es in vielen Städten dermaßen unsere Kräfte, daß wir dadurch kaum noch Widerstand gegen die anderen Schweinereien des Staates und des Kapitals entwickeln können.

Zum Schluß möchte ich noch kurz skizzieren, wieso wir auch auf dem Feld der internationalen Solidarität uns in einer tiefgreifenden Bewußtsein- und Aktionskrise befinden. Die antiimperialistische Solidariätsarbeit konzentrierte sich seit der Studentenbewegung 1968 hauptsächlich auf einzelne Länder. Erst war es Vietnam, dann Chile, Portugal, Palästina und in der 80er Jahren Nicaragua und El Salvador. Mitte der 80 er Jahre zeichnete sich ab, daß der Befreiungskampf in Mittelamerika gegen die von den Yankee-Imperialisten gestützten Oligarchien und Militärs sowohl militärisch in Salvador und Guatemala wie ökonomisch in Nicaragua nicht gewinnbar ist. Im Zuge der Anti-IWF-Kampagne haben wir daraus in Berlin die Schlußfolgerung gezogen, daß eine isoliert bleibende nationalstaatliche Revolution ohne massive Unterstützung anderer antiimperailistischer Länder nicht möglich ist bzw wie im Fall Tansania und Nicaragua vom imperialistischen Weltmarkt ökonomisch erdrosselt wird.

In einigen Ländern, wie Nicaragua oder Algerien, hat darüberhinaus die an die Staatsmacht gelangt ehemalige revolutionäre Prtei zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegriffen, die sehr ähnlich den Programmen des IWF und der Weltbank waren. Die Folgen dieser sozailistischen Austerity-Politik hatten vor allem diejenigen zu tragen, die die HauptunterstützerInnen des revolutionären Umbruchs zuvor waren. Viele von uns zogen daraus den Schluß, nicht mehr die revolutionären Staatsparteien zu unterstützen, sondern die Basisgruppen in den Gewerkschaften, in den Frauenorganisationen, in den Stadtteilen. Das revolutionäre Subjekt wurde eher in den IWF-Riots lokalisiert als in irgendwelchen Guerilla-Gruppen. Doch haben die Riots in den Trikont-Ländern bisher es noch nie geschafft, das verhaßte System zu stürzen, sondern sie haben höchstens die Umstrukturierung zugunsten der Reichen und des Weltimperialismus bremsen können.

Wo soll aber dann revolutionäre Politik ansetzen? Die neue Orientierung war eigentlich die Bekräftigung der alten Strategie der Stadtguerilla, den Kampf in die Me, tropolen, in das Herz der Bestie zu tragen. Auf der Ebene der Massenmobilisierung haben wir das nur punktuell umsetzen können: Bonner Weltwirtschaftsgipfel 1985, Reagan-Besuch 1987 in Westberlin und Anti-IWF-Kampagne. Seitdem sitzen wir in einem großen (Bewegungs-)Loch!
Auf der militanten Ebene hat es in den 80er Jahren eine Vielzahl von Anschlägen gegen deutsche Großkonzerne wegen ihrer Politik im Trikont gegeben. Aber, wie wir

heute feststellen müssen, militante Anschläge allein schaffen keine politisch von den Linksradikalen bestimmte Gegenöffentlichkeit.
Die Krise der Solidaritätsarbeit hat sehr stark auch die reformistische Linke erfaßt. Dies hat zusätzlich unser Mobilisierungsspektrum eingegrenzt. Das letzt Beispiel dafür ist der Verlauf der Anti-Shell-Kampagne. Im Gegensatz zu den Niederladen ist es uns in der alten BRD zu keinem Zeitpunkt gelungen, das reformistische Spektrum mit in die Kampagen einzubeziehen.
Und es sieht so aus, daß in Deutschland die Conquista-Kampagne 1992 auch nicht aus den Startlöchern herauskommen wird. Sowohl die interessierten reformistischen wie die revolutionären Gruppen schauen mehr nach Spanien und Lateinamerika. Es fehlt an eigenen Handlungsansätzen.
Im Augenblick reduziert sich unsere internationalistische Arbeit, zumindestens in Berlin, derzeit auf unterstützende Aktionen im Kampf für die Rechte der Immigranten. In Deutschland stehen gemäß dem neuen Ausländergesetz jetzt im Sommer Zehntausende von Abschiebungen bevor. Die Ausländerbehörden werden besonders die nach 1985 eingereisten Flüchtlinge aus Palästina, die Roma, die Libanesen, IranerInnen, TamilInnen und KurdInnen abschieben.
Aber auch in der Frage der Unterstützung des Kampfes für die Rechte des kurdischen und palästinensischen Volkes mangelt es uns an Kontinuität. Nach den großen Golfkriegsdemonstrationen ist die Soliarbeit für den Befreiungskampf der KurdInnen wieder auf sehr kleine Grüppchen zusammengeschmolzen.

In dieser Schilderung steckt viel Selbstkritik und zum Teil auch Resignation. Aber ich will euch nicht den Eindruck vermitteln, die Linksradikalen in Berlin seien wie die orthodoxen Kommunisten mit ihrem Latein am Ende. Nein, wir werden uns nur schmerzlich bewußt, daß wir an vielen Punkten wieder am Anfang stehen. Und wir sind dabei getragen von der Gewißheit, daß es - wie am 1.Mai - ein breites, zwar politisch diffuses Spektrum von Menschen in der Stadt gibt, die diesen Staat ablehnen und bekämpfen. Die Autonomen sind in Berlin zur Zeit eine der ganz wenigen politischen Kräfte, die eine Mobilisierungsfähigkeit zu den verschiedensten Themen für eine Politik auf der Straße besitzen.
An vielen Punkten wissen wir zwar nicht, wie der Weg aussieht. Aber wir wissen, daß es ihn gibt. Deshalb sind wir hierhergekommen: Um neue Wege gemeinsam zu suchen!

ANTIFA _AKTIONSWOCHE IN SPANDAU!!!

PROGRAMM

Sa. 24.08.91 ab 14.00 Uhr
FEST MIT OPEN-AIR-KONZERT IM KOELTZEPARK
Essen, Trinken und viele Infos
Es spielen: **SILVERBONES** (POP-BEAT); **MOTHERS LITTLE NIGHTMARES** (NIGHTMARE-PIG-ROCK); **SPLITTING IMAGE** (PUNK-ROCK); **HOOLIES** (ROCK)

So. 25.08.91 14.00 Uhr
KIEZRADELN
zu verschiedenen Stationen des Widerstandes und der Repression
Treffpunkt: Vorm Rathaus Spandau (U 7)

Mo. 26.08.91 19.00 Uhr
EUROPAS REAKTIONÄRE SOSSE QUILLT ÜBER IN ABWESENHEIT DER TÄTERINNEN?
(Infoveranstaltung)
Ein Versuch, zu feministischer Verantwortung anzustiften. Eine Einführung in die Zusammenhänge von Sexismus, Rassismus und Kapitalismus.

Di. 27.08.91 19.00 Uhr
BEITRAG ZUM HÄUSERKAMPF
Utopie und Wirklichkeit im Alltag besetzter Häuser

Mi. 28.08.91 19.00 Uhr
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
Infoveranstaltung zur Bundeswehr, Wehrpflicht und der Kriegsdienstverweigerungsmöglichkeiten (speziell Totalverweigerung)

Do. 29.08.91 19.00 Uhr
DIE NEUE RECHTE
Eine neue alte Gefahr?
Veranstaltung über die Neuorganisierung" rechtsextremer Gruppierungen

Fr. 30.08.91 19.00 Uhr
WAS IST WIDERSTAND?!
Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema Widerstand.

Sa. 31.08.91 Einlaß ab 17.00 Uhr
KONZERT!!! **Eintritt:8 DM**
Es spielen: **DIE STURMSCHÄDEN** (ROCK); **EVIL PUPPETS** (SPACE-POGE-REAGGY); **STUNKS** (FUSIONROCK); **THE WICKED CELLAR RATS OUT OF THE SECOND FLOOR** (PSYCHOBILLY)

Alle Veranstaltungen (wenn nicht anders angegeben) finden statt im: Paul-Schneider-Haus, Schönwalderstr. 23, 1000 Berlin 20
(U-Bahnhof Rathaus Spandau, Bus 145 bis Predigergarten oder Lynarstr.)

Diskussionspapier zur Erfahrung mit Flüchtlingsarbeit

Zwischenbilanz

Wäsche waschen, Tapezieren, Kinderhüten, Anträge und Einsprüche ausfüllen, sich auf den Ämtern mit der Bürokratie herumschlagen :
Ist denn das revolutionär?
Solche praktische Solidaritätsarbeit mit einer Roma-Familie zu diskutieren, zu planen und zu machen hat in der letzten Zeit einen großen Teil unserer Arbeit ausgemacht.
Unstrittig ist, daß solche Arbeit der Familie direkt und praktisch nützt. Aber bei aller Gewißheit, konkrete Hilfe geleistet zu haben, ein bißchen Elend verringert zu haben, steht doch der Zweifel im Raum : Ist das antiimperialistische Flüchtlingspolitik?
Nun sind sicher die Ansprüche geringer geworden, es muß ja nicht gleich ein Aufstand sein. Aber "Sand im Getriebe" dieser großen rassistischen Maschine Deutschland wollen wir schon sein; darunter ganz sicher nicht. Und da müssen wir dann zugestehen:
Die Wäsche wird sauber und wieder dreckig und sauber und wieder dreckig, aber die Scheiße bleibt, die große rassistische, patriarchale, imperialistische Scheiße.
Es ist der Gesamtzusammenhang. der einer konkreten "Sozialarbeit" einen politischen Stellenwert gibt. Oder, wenn er fehlt, es ihn eben nicht gibt. So könnten wir bei der großen Zahl von Flüchtlingen in Köln unsere gesamte Zeit mit der Organisierung von Arztterminen verbringen. Damit wäre das Leben einer Reihe von Menschen verbessert, manchen Kindern wohl das Leben gerettet.
Nichts dagegen und alles dafür, daß es mehr Leute gäbe, die sowas machen.
Aber es ist nicht politisch, nicht an sich links. Solche Arbeit, tausend Jahre lang gemacht, ändert nichts.

Umgekehrt ist die Versuchung groß, den Spieß einfach herumzudrehen und alle Arbeit, egal was jeweils, für politisch zu erklären.
Sie findet in einem imperialistischen Land statt, sie entsteht durch Unterdrückung, Vertreibung und Verfolgung. Flüchtlinge sind dabei, der Staat, Linke; also ist es linke Flüchtlingsarbeit gegen den Staat.
So geht es aber sicher nicht; wir müssen sehr genau analysieren, ob unsere Arbeit in einem politischen Gesamtzusammenhang steht oder zumindest ein Anfang ist, in einen solchen Zusammenhang hineinzuwachsen.
Um diese Frage zu klären, müssen wir noch einmal auf die Entstehung der Arbeit mit der Familie zurückkommen. Am Anfang stand eine Debatte, inwiefern wir uns auf eine Partnerschaft und die damit verbundene





Sozialarbeit einlassen wollten. Da setzte sich ziemlich schnell die Auffassung durch, daß eine Flüchtlingsarbeit ohne Flüchtlinge nicht geht. Das können wir als Position erstmal festhalten.
Das zweite war die Auswahl der Familie. Eine eher "klassische", männlichem Funktionärspolitikstil entsprechende Herangehensweise wäre das Absitzen von Polit-Dates und sich dort einen der aktiven Roma - ein Mann wäre das gewesen - herauszusuchen.
Die Versuchung, so abzukürzen, besteht ja immer noch.
Stattdessen war der Kontakt wohl eher zufällig, aber es spielte eine große Rolle, daß von den beteiligten Frauen viel Skepsis gegenüber einer patriarchal strukturierten Familie vorhanden war.
Ausschlaggebend war dann die Prägung der "zufälligen" Familie durch eine selbstbewußte Frau und einem eher zurückhaltenden Typ.
Dies ist ein wichtiger Punkt, inwiefern wir uns z.B. "gegen Flüchtlinge" entscheiden dürfen. Die Frauen in der Gruppe müssen bestimmen, bis wohin die Zusammenarbeit mit Typen für sie geht. Das ist klar für die - gemischte - Gruppe. Aber es gilt auch für Flüchtling. Wenn die denn ziemlich mackermäßig draufsind, dann darf dieser Widerspruch nicht zulasten der Frauen aufgelöst werden.
Die Auswahl der Familie erwies sich als ein wahrer Glücksgriff.
In den folgenden Monaten hatten wir das Vergnügen, von einer Roma-Frau eine Art Schnellkurs in politischer Methodik zu erhalten.
Die damit verbundene Arbeit - das Schulgeld sozusagen - war und ist allerdings in der Gruppe recht ungleich verteilt.
Die Familie konfrontierte uns sogleich mit einer durchaus "klassischen" Trennung in die "politische Ebene" einerseits und die Reproduktionsebene andererseits. Der Mann begab sich abends auf politische Treffs und nahm dort am Kampf fürs Bleiberecht teil. Die Frau saß derweilen zu Hause, pflegte die Kinder und kümmerte sich um Essen und Wohnung.
In der Entwicklung stagnierte dann die Zusammenarbeit mit der lokalen Roma - "Vertretung".
Und bei näherem Kennenlernen der Lebensumstände der Frau wurde deutlich, daß sie es an Militanz in Aktionen und Zähigkeit im Kampf für ein Ziel (Bettelmarsch) noch locker mit jedem autonomen Fighter aufnehmen kann.
Ihr täglicher Kleinkrieg ist jedoch der Reproduktionsbereich, ihr Schlachtfeld sind Sozialarbeit, Ausänderamt, Krankenhaus und Wohnheim, nicht in erster Linie die Straße.

aus ruhrgebietsinfo nr. 3 juli 91

An dieser Stelle mag erwähnt sein, daß die Orientierung am Kampf der Frau nicht hilflos schlechtgewissig erfolgte, sondern wir sehr wohl vertreten, daß alles Gerede ums Patriarchat nur leeres Gelaber wäre, wenn es in der Praxis nicht seinen Niederschlag fände.
In diesem Sinne finden wir den strukturellen Aufbau des Moblisierungsflugblattes zur Demo am 25.6. falsch. Mit seinem Schwergewicht auf Allgemeinheiten und Deportation folgt es klassischen Mustern von Männern für Männer konzipierter Aktionen und verfehlt den Kampf der Frauen um die konkreten Lebensumstände: Damit haben die Männer eher oft wenig zu tun.
Wir können heute anschaulich darlegen, daß der Rassismus den Roma nicht nur in Gestalt der Landesregierung gegenübertritt oder als zigeunerfeindlicher Mob "arischer" Bürgerwehren, sondern als paragrafenfeste Sozialarbeiterin auf dem Wohnungsamt, als ungeduldiger Arzt im Krankenhaus, als naserümpfende alternative Schickeria in der Alten Feuerwache oder im Rhenania, als geldgierige Hotelbesitzerin.
Oder positiv formuliert:
Die Roma antworten auf Zigeunerhaß, Vertreibung und Rassismus nicht nur mit ihrer Fortexistenz, mit ihrem Überleben, mit ihrer Anwesenheit und der juristischen Forderung nach Bleiberecht, sondern kämpfen um den Stellplatz, um eine anständige Wohnung, um Sozialhilfe, um Arbeit oder um das Recht auf Faulheit, um Schwarzarbeit, um medizinische Versorgung, um den Wohnwagen, der ihnen gefällt mit dem Benz davor.
Und nicht zuletzt sind sie eben nicht nur leidend, sondern oft genug auch frech und dreist und fordernd, ja unverschämt!
Ja, manchmal übertreiben sie es sozusagen, unglaublich!
Sie nehmen auch schon mal einem fetten englischen Touristenschwein auf der Domplatte das Geld aus der Börse, das ihm dessen Klasse aus den Kolonien gestohlen hat, ja, so schrecklich sind sie.
Es ist nicht richtig, den Widerstand der Roma hier auf ihr alleiniges Dasein und Überleben zu reduzieren und nicht mit ihnen die Frage "Welches Leben?" zu stellen.
Für unsereins würden wir soein Ansinnen empört zurückweisen.
Das ist auch schon mal besser formuliert worden:
"We don't want a fuckin' piece of cake, we want the whole bakery!"
(Wir wollen nicht die Krümel, wir wollen den ganzen Kuchen!)
Die Reduzierung der Forderung der Roma auf das Bleiberecht mag dem Bewußtseinsstand mancher selbsternannter Sprecher und Stellvertreter entsprechen. Sie entspricht aber nicht dem Niveau des Angriffs der rassistischen Mehrheit und ihrer politischen Führung in NRW, der Sozialdemokratie. Diese ist in ihrer Politik voll und ganz auf die Linie der Bundesregierung eingeschwenkt und will Großdeutschland zigeunerfrei um jeden Preis.

Mit dem offenkundigen Scheitern ihres Pilotprojekts Sutka steht sie jedoch vor folgendem Dilemma:
Bei gleichen inhaltlichen Zielen (Großdeutschland zigeunerfrei) bedient sie wählermäßig ein anderes Klientel als die CDU.
Mit Massendeportationen gewinnt sie keine Wähler.
Von daher gewinnt neben der Aufrechterhaltung des Drucks ständig möglicher und durchgeführter einzelner Abschiebungen fallweise die kalte Abschiebung (siehe unser Redebeitrag in Nippes) eine immer größere Wichtigkeit. Ziel ist es, die Roma hier so zu terrorisieren, daß sie "von selbst" gehen oder gar nicht erst kommen.
Die kalte (Terror) und die heiße (Deportation) Abschiebung sind nicht alternativ, sondern zwei Seiten derselben Medaille.
Das ist das akute Niveau des Angriffs.

Das alles ist uns so von vorneherein nicht klar gewesen. Wir hatten keine klare Vorstellung unserer Arbeit und tasten uns auch heute noch sehr zögerlich vor. Aber dennoch wird deutlich, daß die Zurückhaltung auf der Politschiene nach dem Schema F und der Versuch, von den Roma zu lernen, zu einem Arbeitsansatz geführt haben, der uns nicht ins Abseits, sondern in die Mitte des Geschehens der kommenden Monate geführt hat.
Die Aktion zur 80%-Auszahlung der Sozialhilfe war ein erster Versuch.
Sie setzt genau am richtigen Punkt an, der kalten Abschiebung, ist aber noch isoliert, unvermittelt und bleibt individuell.
Sie ist auch viel zuwenig geeignet gewesen, die Selbstorganisation der Roma zu fördern.
Gerade aber daran sollte sich unsere Arbeit in Zukunft ausrichten.

zum flugi NACH SCHWULEN KLATSCHEN
JETZT DIE RIM ZERMATSCHEN :

zugegeben: die stelle über die rim in unserem demo-aufruf ist zu knapp gehalten und leicht mißzuverstehen. eine gleichsetzung von guerilla und sympatisantInnen und sympatisantInnen und schwulenmördern liegt uns fern.

die diskussion über die rim wird aber nicht erst seit unserem demo-aufruf geführt und auf eine inhaltliche diskussion hatten wir aus dem grund keinen bock mehr. wieviele diskussionen und erlebnissse mit der rim brauchen wir noch um einzusehen, daß die rim, und andere stalinistInnen in unseren zusammenhängen nichts verloren haben?

aus der erfahrung mit der rim wissen wir daß sie aber bei jeder demo auftaucht und versucht die demos umzufunktionalisieren. das wollten wir bei dieser demo vermeiden. bei einer lesben und schwulen antifa-demo hatten wir auf solche leute absolut keinen bock. unser "ruck zuck fresse dick" war nicht als aufruf gedacht jetzt täglich loszuziehen und die "rim zermatschen". es hätte verständlicher heißen sollen: wenn ihr die rim AUF DER DEMO seht, ruck zuck fresse dick.

und "ruck zuck fresse dick", gut wir dachten wir sind einigermaßen in der scene bekannt, und jedeR versteht wie das gemeint ist.

wir bezeichnen die leute der rim hier in berlin nicht als schwulenmörder, trotzdem wollten wir nochmal einen kurzen kommentar aus schwuler sicht über die rim loswerden. sympatisantIn einer guerilla zu sein, die so offen schwulenmörder sind, ist schon bedenklich, und wenn mensch die berliner rim-leute auf die "schwulenpolitik" des sendero, oder auf stalin, der tausende von lesben und schwulen ermordet hat anspricht, geben sie zur antwort: "wieso, bist ein schwuler oder was ?"
dieses antwort und ihr ungebrochenes versteifen auf stalin lässt zumindest den schluß zu, die rim ist nicht besonders schwulenfreundlich.

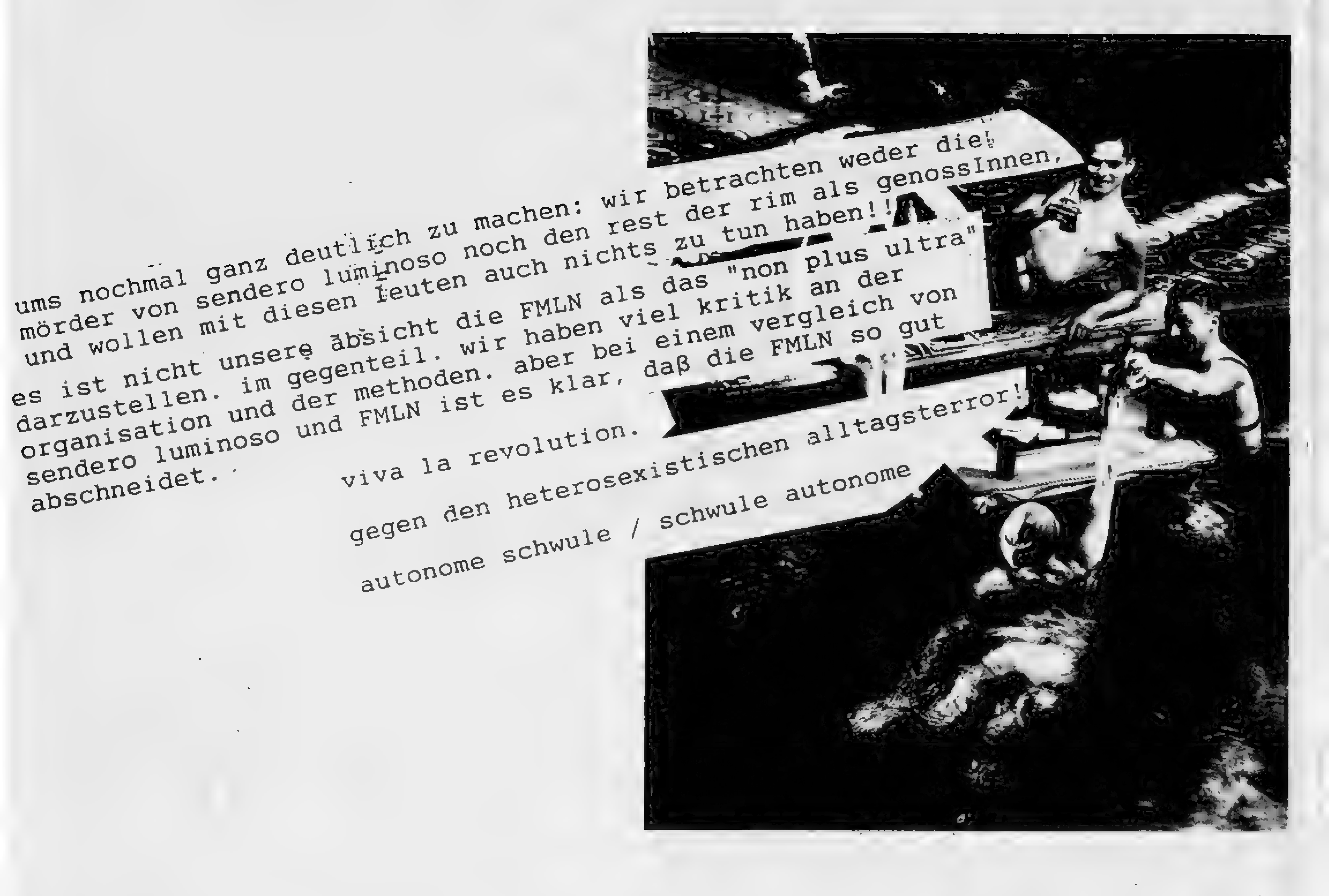
die kritik die das flugi enthält ist natürlich zum teil berechtigt, aber es ist zumindest genauso platt wie unser kritisierter demo-aufruf. ein so unreflektiertes aneinanderreihen der unterschiedlichsten befreiungsbewegungen von sendero, FMLN, PKK... (fehlt gerade noch die RAF in der reihe) lässt nicht unbedingt einen festen willen zur konstruktiven auseinandersetzung über befreiungsbewegungen, und die probleme die unterstützerInnen und sympatisantInnen damit haben, erkennen.

es gibt in peru landstriche die von der guerilla verwaltet werden und das militär nichts zu sagen hat. in den gebieten beschützt sendero die bevölkerung vor den faschistischen angriffen der regierung und des militärs. die guerilla ist bemüht der bevölkerung eine schulbildung zu ermöglichen und die analphabetenrate ist hier deutlich geringer als in anderen gegenden. gegen minderheiten und "andersdenkenden" (auch die linksradikale opposition) wendet die guerilla aber die gleichen faschistischen methoden an wie das militär. sie erheben einen absoluten führungsanspruch und lassen nichts neben sich gelten.
das zeigt sich immer wieder deutlich an der zerschlagung von kollektiven und anarchistischen organisationen. sendero luminoso, sich selbst als maoistisch und revolutionär einschätzend, ist ein stalinistischer mörderverein, der vorgibt im sinne der revolution zu morden. mit wirklicher befreiung hat sendero aber nichts am hut. (selbst che würde sich heute davon distanzieren).

anders die FMLN, die bei aller solidarischen kritik, gerade von schwuler seite aus, immer noch genossen und genossinnen sind, und um die wirkliche befreiung in el salvador kämpfen. in salvador werden homosexuelle von der guerilla auch diskriminiert. von morden an schwulen ist nichts bekannt, es ist aber auch schwer vorstellbar. aber das hat einen anderen charakter. hier stimmt das stichwort eurozentristisch. die leute da haben wahrlich andere probleme als das freie leben ihrer sexualität. die sind täglich mit dem tode bedroht, mit hunger, folter... des faschistischen christiani-regimes, der von den USA unterstützten ARENA-partei. ich will das natürlich nicht verniedlichen. es gibt keine punktweise befreiung, erst wenn wir uns von allen zwängen befreit haben, sind wir wirklich frei, und ich will auch nicht die diskriminierung von homosexuellen durch die FMLN verniedlichen. es geht hier um was anderes. mit dem "schwulen argument" könnte mensch alle befreiungsbewegungen und alles was bisher an revolutionären prozessen gelaufen ist zunichte machen. das wäre aber zu einfach und zu eurozentristisch, und würde auch eine konstruktive diskussion verhindern.



gemeint ist damit daß es hier um prioritäten geht, und ich gehe mal davon aus, daß es auch den schwulen in el salvador erst mal darum geht sich vom US-imperialismus, und dem faschistischen alltagsterror der damit zu tun hat, zu befreien, und dann gemeinsam mit allen genossen und genossinnen einen weg zu finden, der der forderung von homosexuellen gerecht wird. im moment gibt es tatsächlich innerhalb der revolutionären bewegung in el salvador keine schwulenbewegung. aber ich bin sicher, daß die guerilla auf schwule forderungen eingehen würde sobald sie gestellt sind.



ums nochmal ganz deutlich zu machen: wir betrachten weder die mörder von sendero luminoso noch den rest der rim als genossInnen, und wollen mit diesen leuten auch nichts zu tun haben!!

es ist nicht unsere absicht die FMLN als das "non plus ultra" darzustellen. im gegenteil. wir haben viel kritik an der organisation und der methoden. aber bei einem vergleich von sendero luminoso und FMLN ist es klar, daß die FMLN so gut abschneidet.

viva la revolution.

gegen den heterosexistischen alltagsterror!

autonome schwule / schwule autonome

Zur Kritik an der Intim Nr. 152 in der Nr. 157:

Hallo Schatz

Wir haben uns ja erst mal riesig gefreut, als wir die Intim bei unserem Kiosk erworben hatten und feststellen durften, daß tatsachlich das halbe Heft schwul ist. Bisher waren die homosexuellen Artikel in der Interim ja ziemlich rar gestreut.
Wir können deine Kritk am Titelblatt und am Vorwort überhaupt nicht teilen. Wir gehen eigentlich davon aus, daß das Homos gemacht haben. Erstens steht schwules Info drauf, und zweitens glauben wir nicht, daß sich Heteros noch trauen würden so einen Titel zu fabrizieren und vorallem wieso sollten ausgerechnet bei der Interim keine Homos dabei sein. Wir sind doch sonst auch überall dabei und viele von uns auch in ausgesprochen gemischten Projekten.
Wir finden es richtig auch in heterosexuellen Publikationen selbstkritische Sachen zuveröffentlichen, ebenweil wir uns auch in vielen Dingen auf die Heteros beziehen.
Nach dem ganzen Demovorbereitungstreß und vor allem nach der Veröffentlichung eines Interviews mit einem homosexuellen Nazi in der Siegessäule hat der Comic unsere Stimmung ganz gut getroffen. Und auch das Vorwort fanden wir nicht daneben wie Du. Erstmal haben wir ewig gebraucht um zu kapieren was dich so aufgeregt hat. Wir haben's so verstanden, daß du denkst der Gegensatz zu den "allgemeinpolitischen" Dokumenten wären die unpolitischen, die schwulen Sachen. Das kommt uns ziemlich konstruiert vor, zumal der Inhalt des schwulen Teils alles andere als unpolitisch ist. Finden wir jedenfalls.

Ciao
ein paar gar nicht abgenervte Schwulis

DER KRIEG NACH DEM KRIEG

Interview mit Karam Khella (Hamburg)

Frage: Wir haben in letzter Zeit viel vom sog. Nord-Süd-Konflikt, "Pulverfaß" am Golf etc. gehört. Mittlerweile ist der offene Krieg beendet - wie kam es zu ihm?

Im August 1990 haben zwei Ereignisse stattgefunden, die heute noch die Welt-Politik bestimmen: Erstens, der Einmarsch des Irak in Kuwait im August 1990, zweitens, die Besetzung der arabischen Halbinsel durch US-amerikanische und NATO-Truppen am 8. August 1990. Seitdem schreibt die Presse tagein tagaus, daß die Vereinigung, die der Irak mit Kuwait geschlossen hat, die Ursache der Landung der USA am Golf sei. Diese Behauptung ist unwahr, weil die USA schon davor auf der arabischenHalbisel stationiert waren - und auch nicht erst seit 1988, sondern schon sehr viel länger und darüberhinaus unabhängig davon wie sich der Irak gegnüber Kuwait verhalten hat. Deshalb müssen wir nach anderen Gründen für die Landung suchen.

Am 17.01.1991 erklärten die USA und ihre NATO-Verbündeten dem Irak den Krieg, weil der Irak Kuwait besetzt besetzt habe, oder wie der US-Sprecher des weißen Hauses erklärt hat - um Kuwait zu "befreien".

Frage: Du bist also der Meinung, daß die Besetzung Kuwaits durch den Irak der US-Administration lediglich als Vorwand gedient hat, um ganz anders geartete Interessen durchzusetzen?

Es war mehr als nur ein Vorwand, denn zu diesem Zeitpunkt hat der Irak Kuwait bereit geräumt gehabt; es gab also keine nennenswerte militärische Präsens mehr in Kuwait - das wußten die USA! Man kann diesen Angriff nicht einmal KRIEG nennen, weil zu einem Krieg zwei Parteien gehören, die sich gegenseitig bekämpfen. Der Irak hat keinen Krieg, nicht einmal eine Verteidigung gegen die USA geführt. Die USA haben mit Hilfe ihrer NATO- Verbündeten eine einseitige Bombardierung des Iraks durchgeführt; der Irak konnte nur noch darauf reagieren. Diese Grundlosigkeit der Aggression wurde natürlich auch verstärkt beim Bodenkrieg.

Frage: Du hälst also auch die hier in der BRD gemachten Aussagen über die vermeintliche militärische Stärke des Iraks für unzutreffend?

Ganz korrekt. Die betriebene Aufbauschung der militärischen Macht sollte eine Aggression diese Ausmaßes und die spätere Bombardierung des Iraks rechfertigen helfen. Zu beantworten wäre noch die Frage: wenn Kuwait zum Zeitpunkt des Beginns des offiziellen Krieges, vom Irak nicht mehr besetzt war, was wollten die USA dort? Schon hier, bei den Anfängen, stoßen wir auf die Pressemanipulation und auf die Lügen der Medien. Nachträglich können wir sagen, daß die Annexion Kuwaits durch den Irak eine Episode war, für die Historiker später nicht einmal eine Zeile übrig haben werden.

Frage: Das heißt, der Irak hätte Kuwait "kampflos" an die alliierten Truppen übergeben können, wenn man ihm die Möglichkeit dazu gegeben hätte? Oder anders gefragt: Der Krieg hätte vermieden werden können und die Bombardierung hätte nicht stattfinden müssen?

Das ist korrekt, diese Konsequenz ist richtig. Das, was wirklich gelaufen ist, wird auch heute noch nicht gesagt! Ich behaupte: Der Fall Kuwait war für den Irak eine Episode, die schon vor Beginn des Krieges beendet war.

Frage: Worum handelte es sich denn dann wirklich bei diesem Krieg? Wo lag der eigentliche Kriegsschauplatz?



Er lag jenseits von Kuwait und dem Irak. Im Zeitraum seit August 1990, bis zur Aggression der USA und der NATO, sind folgende Staaten besetzt wurden: Dufar, Katan, Bachrain, Oman, die 7 arabischen Emirate, außerdem: Saudi-Arabien, das östliche Ägypten, Sinai, Kuwait - also jetzt bereits 14 ! - seit dem 17.1.90 werden südliche Teile des Irak von den USA besetzt und in diesen Tag wird auch der nördliche Teil des Irak besetzt, unter dem Vorwand, flüchtende Kurdinnen und Kurden zu beschützen. Zusammen sind das 16 Staaten, die besetzt waren, z.T. noch sind. Dort liegt der Kriegsschauplatz und nicht in der "Kuwait-Irak Affaire"!

Frage: Werden hier nicht zu schnell Täter zu Opfern? Es gab einen eklatanten Verstoß gegen geltendes Völkerrecht. Ist das Verhalten der USA nicht vielmehr eine Hilfsmaßnahme als eine Besetztung?

Das muß man unbedingt relativieren. Ist denn Kuwait tatsächlich ein dem Irak fremder Staat? Gibt es Kuwait historisch, oder ist Kuwait ein Konstrukt kolonialer und imperialistischer Mächte? Dies Frage hängt nicht davon ab, wer im Irak regiert und auch nicht davon, welchen Charakter der irakische Staat hat. Auf jeden Fall können die Verhältnisse in Kuwait nicht schlimmer werden, als diejenigen unter den bisherigen Monarchen. Tatsächlich haben die USA, nicht der Irak, Kuwait besetzt und sie waren es, die diesen Krieg führten. Dieser Krieg wirde heute noch von den USA geführt und zwar gegen einen Aufstand der dortigen Werktätigen, gegen den Emir von Kuwait, der die Reichtümer des Landes beschlagnahmt und der ein Drei-Milionen-Volk gegen sich aufgebracht hat. Den Klassenkampf zu zerschlagen, wäre der Emir allein niemals im Stande gewesen.

Frage: Wieso sind noch Truppen am Golf? Wir hören jeden Tag, daß die Truppenpräsenz am Golf ständig verringert wird.

Ich behaupte: Die Truppen der USA in diser Region werden verstärkt! Die Zahl hat heute vermutlich eine Stärke von 750.000 Mann erreicht. Das ist notwendig geworden, weil der Aufstand im arabischen Raum überall zugenommen hat und er nimmt ständig weiter zu; die USA sind nicht Herr der Lage! Sie haben es fertiggebracht, daß die Regime, die von der USA installiert wurden, vom irakischen Volk in Frage gestellt werden. Ihre Herrschaftslegitimation - wenn sie denn jemals eine besessen haben- ist total verloren gegangen.. Insofern haben die USA den Golf keineswegs befriedet; dieses Pulverfa ist eher noch explosiver geworden.

Frage: Das Vorgehen der USA ist völkerrechtlich legitimiert worden. Es muß einen ordnenden Faktor geben, der in Zukunft solche Alleingänge verhindert. Würdest du das Völkerrecht als das geeignete Mittel dafür betrachten?

Erstmal: Die USA haben ein Kriegsverbrechen begangen und sie begehen es weiterhin gegen die Völker am Golf. Würde darüber eine Verhandlung stattfinden, würde sich unzweifelhaft herausstellen, daß der Krieg am Gölf ein "Alleingang" der USA(!) gewesen ist; denn die UNO hat diesen Krieg niemals ausdrücklich legitimiert.

Frage: Die UNO-Resolution 726 sagt aber etwas anderes - oder nicht?

Ich behaupte: Die UNO hat sich mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt. Der Irak hatte einen Antrag gestellt, der klären sollte, ob die angesprochene Resolution ein kriegerisches Vorgehen seitens der USA und den NATO-Verbündeten überhaupt zuläßt. Dieser Antrag ist bereits auf dem Wege der Geschäftsordnung abgewürgt worden. Der Sicherheitsrat allein entschied, und der Sicherheitsrat ist bekanntlich undemokratisch und völkerrechtsfeindlich. Nur die ständigen Mitglieder haben beispielsweise Einfluß auf das Zustandekommen von Resolutionen. Es ist nämlich gar nicht notwendig, daß alle 5 ständigen Mitglieder für eine Resolution stimmen, es reicht aus daß kein Veto dagegen eingelegt wird. So ist es möglich, daß China sich durch seine Stimmenthaltung faktisch aus diesem Krieg heraushalten konnte. Was die UdSSR anbetrifft, so hat sie sich zwar nicht enthalten, aber durch den 8-Punkteplan von Gorbatschow, dessen Inhalte dem Krieg entgegenstand, hat auch sie sich damit herausgehalten. Als Aggressoren bleiben lediglich England, Frankreich und die USA übrig. Das nennt die USA Völkerrecht! Der Krieg gegen den Irak wurde geführt von den USA und ihren NATO-Verbündeten. Die Komparsen-Figuren aus afrikanischen und asiatischen Staaten, die militärisch untergeordnete Bedeutung hatten, brauchten die USA als politische Legitimation. Die Teilnahme anderer Staaten an der Auseinandersetzung beweist nichts anderes, als deren Erpressbarkeit durch wirtschaftliche und politische Mittel. Real waren diese Völker vielmehr gegen diese Aggression.-

Frage: Ist die Beteiligung an der "Völkergemeinschaft" wirklich ein Zeichen die Erpressung seitens der USA?

Einen Beschluß lediglich des Sicherheitsrates halte ich für nicht ausreichend. Die USA war auch immer bemüht eine Allianz von 29 Staaten erscheinen zu lassen, die es so nicht gegeben hat. Der Krieg fand statt, entgegen dem Interesse der Bevölkerung der beteiligten Staaten; Ägypten stand deswegen beipielsweise am Rande eines Bürgerkrieges. Aber nochmal ein paar Worte zum Völkerrecht. Was ist denn eigentlich das Völkerrecht ? Es gibt Grenzen in Afrika und Asien, die ein Ergebnis der Politik imperialistischer Staaten sind und dazu dienen, weiterhin imperialistische Politik betreiben zu können. Wenn es da zum Beispiel ein Erdölvorkommen gibt, um das England einen Kreis zieht und eine von ihm abhängige Familie an die Macht bringt, um die Völker von ihrem eigenen Reichtum auszuschließen, wenn sie das also Völkerrecht nennen, dann pfeif ich auf dieses Völkerrecht. Diese Weltordnung, wenn es denn eine wäre, ist die größte Brutalität gegen diese Völker. Es legitim diese zu beseitigen!



Frage: Zeigt der "imperialistischen" Staaten gegen einen brutalen Diktator nicht, da es ihnen darum geht Gerechtigkeit durchzusetzen?

Zunächst zum Stichwort Saddam Hussein: Saddam Hussein ist ein Konstrukt der bürgerlichen Medien. Im August 1990 schreibt die "BILD"-Zeitung in einer Schlagzeile "Der Irre", zur gleichen Zeit hat der "Spiegel", das intelektuelle Gegenstück zur "BILD" geschrieben: "Dieser Mann muß beseitigt werden". Die "TAZ" hat eine Debatte inszeniert: "Hitler oder nicht Hitler". Die "KONKRET" hat jetzt alle übertroffen und sogar versucht die Zerschlagung des Iraks zu rechtfertigen. Als ich das damals las, dachte ich: "Gnade Gott dem irakischen Volk". Nun sind wahrscheinlich eine halbe Millionen Menschen tot und der Irre freut sich immer noch seines Lebens. Wir können über Hussein verschiedener Meinung sein. Fest steht, daß seine Verbrechen nicht dieses Ausmaß angenommen haben, die wahren Verbrecher sitzen in Washington. Ich möchte nur davor warnen, diesen Krieg als für oder gegen Saddam Hussein zu verstehen. Er richtete und richtet sich gegen die Zivilbevölkerung Iraks.

Frage: Was haben die USA mit dieser Politik bezweckt?

Es ging darum, den Versuch zu unterbinden, die Wirtschaft im arabischen Raum zu demokratisieren, Reichtümer auf breite Schichten zu verteilen und eine sinnvolle Erdölpolitik durchzuführen. Außerdem sollte ein Zurückdrängen des Einflußes imperialistischer Länder oder gar die Beendigung des westlichen Einflußes verhindert werden, durch die Einsetzung des Sabbah-Klans. Es ging nicht etwa um die Einführung der Demokratie im Irak.

Frage: Karam, Du hast bis jetzt immer vom Aggressor USA gesprochen. Zeigt nicht der Völkermord an den KurdInnen, daß hier ein Diktator von Schlage eines Hitler am Werk ist, den man in seine Schranken weisen muß?

Dieser Vorwurf läßt sich umkehren: Der Irak steht in einer Konfrontation mit 29 Staaten. Die NATO-Staaten sind nicht zum Spaß da. Sie machen Krieg gegen die arabischen Völker und zwar Saudi-Arabien, Syrien, Kuwait und die Türkei. Auch im Osten steht der Iran dem Irak als ein weiterer Feind gegenüber. Der Irak ist also von allen Seiten mit Staaten umgeben, mit denen er verfehdet ist und außerdem mit der NATO-Streitmacht konfrontiert. Und nun möchte ich gerne wissen: Welcher Wahnsinn soll die Iraker dazu getrieben haben, nun auch noch im eigenen Land eine weitere Front zu eröffenen gegen die Kurden, und warum ausgerechent jetzt und nicht schon früher?

Bemerkung von uns: Dann wäre Saddam Hussein in der Tat ein Irrer.

Das wäre er in der Tat. Aber die Kriegsführung hat gezeigt, daß auf seiner Seite doch viel Klugheit existiert und militärische Besonnenheit. Diese Tragödie für den kurdischen Bevölkerungsteil Iraks ist ein Teil der imperialistischen Kriegsstrategie. Die imperialistischen Staaten arbeiten seit 40 Jahren mit den kurdischen Feudalherren Talabani und Barzani zusammen. Das gilt ebendso für Israel und den CIA; Waffenlieferungen dieser Mächte an die Feudalherren sind hinreichend belegt. Diese Feudalherren haben in Koordination mit den USA den Norden Iraks überfallen, den kurdischen Bevölkerungsteil aufgewiegelt gegen den eingenen Staat unter der Behauptung, da sie es in einem Regime unter Talabani und Bazani



besser haben würden. Wir wissen sogar, daß ihre Milizen es waren, die kurdische Stämme zum Teil mit Gewalt aus ihren Dörfern vertrieben haben. Sie drohten, der Irak würde sie vergasen. Es handelt sich also um einen von den USA inszenierten reaktionären Putsch; Talabani und Bazani sind mit ihren "ehrgeizigen" Plänen über Leichen gegangen. Frage: Aber es wurden Bilder von Massakern an den KurdInnen gezeigt, die von irakischen Soldaten verübt worden. Ist das etwa alles gelogen?

Es haben kurdische Truppen aus der Türkei heraus den konterrevolutionären Putsch von Talabani und Bazani unterstützt, die keine Legitimation von den im Irak lebenden Kurden besitzten. Die Angreifer sind aus dem Iran eingefallen und haben diese Gebiete besetzt. Es ist legitim und notwendig, daß der Irak sich wehrt gegen diese Überfälle aus dem Iran und der Türkei, die offensichtlich mit Unterstützung der NATO gelaufen sind. Die Gebiete wurden bombadiert, gleichzeitig bemühte sich der Zentralstaat im Irak, mit Kurdenführern zu verhandlen, und klarzumachen, daß sich diese Angriffe nicht gegen das kurdische Volk richten, sondern gegen Talabani, Bazani und ihre Anhängerschaft. Die von ihnen besetzten Gebiete wurde zurückerobert, mit den Konsequenzen einer militärischen Auseinandersetzung. Die Frage muß sein: Wer ist für die Vorgänge verantwortlich und liegt es wirklich im Interesse der USA und der Bundeswehr die KurdInnen zu befreien? Frage: Als EuropäerInnen scheint es uns immer so, als hätte der kurdische Befreiungskampf ein gemeinsames, klar definiertes Ziel das unterstützenswert ist. Wie siehst du das?

Eines steht für mich fest: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das heißt auch das Selbsbestimmungsrecht für das kurdische Volk. ausschlaggebend ist, wie ein Volk seine Lebensformen und seine Wirtschaftsordnung wählen. Das ist die eine Frage. Die andere Frage ist, daß der Imperialismus Konflikte, die es gibt, aufgreift und umzufunktionieren versucht. So werden Kämpfe angezettelt, die vielleicht sogar berechtigt sind, die sich aber nicht gegen den Imperialismus richten, sondern gegen ebenfalls unterdrückte Völker. Kurden sind Mischvölker, die sich unterschiedlich entwickelt haben und verschiedene Sprachen sprechen. Die oft suggerierte Einheit der kurdischen Völker, vor allem durch türkische Kurden, wird so tatsächlich nicht gesehen von kurdischen Irakern oder kurdischen Iranern. Die kurdischen Iraker sehen den Irak als ihre Heimat, wie die kurdischen Iraner den Iran als ihr Land betrachten. Wenn die Kurden sagen, daß sie einen eigenen, autonomen Staat haben wollen, wäre das eine Frage, die mittels des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden könnte. Aber derzeit ist eines klar: Diejenigen Organisationen, in denen sich Kurden organisieren, sind ebenso zahlreich mit Arabern besetzt. Die größte von ihnen ist z.Zt. die irakische kommunistische Partei, ihr folgt die Baath-Partei, die im Irak regiert und mehr kurdische Mitglieder hat als irgendeine Kurdenorganisation sonst. Diese haben keine nennenswerten Mitgliederzahlen, wobei man sagen muß, daß im Irak die reinen Kurden ohnehin selten sind. Die irakischen Kurden fühlen sich nicht durch die türkischen Kurdenorganisationen vertreten, insofern gab es absolut keine Legitimation für den bewaffneten Überfall der türkischen Kurden. Dieser Schritt kam den Imperialisten sehr gelegen. Ich denke es ist an der Zeit, daß die an dem Überfall beteiligten Kurden Selbstkritik leisten; sie haben ungewollt imperialistischen Interessen gedient.

Frage: Welche Lehren ziehst Du aus dem Krieg?

Unter anderem haben wir gelernt, daß es die Freiheit des kurdischen Volkes nicht unabhängig von der Freiheit der anderen Völker geben kann.



Es gibt keine isolierte Freiheit. Der Kampf kann entweder geschlossen geführt werden oder er kann nicht siegen. Man kann den Befreiungskampf der iranisch-irakisch-kurdisch-türkischen Völkergemeinschaft nicht auseinander dividieren.

Frage: Wie schätzt Du die augenblicklichen Chancen für eine solche Befreiung ein?

Eine der Lehren des Krieges ist die Brutalität, mit der der Imperialismus jeden Versuch, sich aus der imperialistischen Weltordnung abzukoppeln, beantwortet hat und die zweite ist, daß auch für die europäischen Staaten Krieg kein Tabu ist; mit allen Mitteln durchgeführt, egal um welchen Preis, mit welchen Folgen und Katastrophen. Drittens folgt aus den Ereignissen, daß deutsches Militär wieder auf Kriegsschauplätzen aktiv ist. Die Bundeswehr hat Stellungen im Irak bezogen, besetzt also fremdes Land. Gelernt haben wir auch über die Art und Weise einer imperialistischen Konfrontation und es hat sich gezeigt, daß Saddam Hussein nicht der geeignete Mann ist, der eine solche Konfrontation gegen den Imperialismus führen kann. Die Baath-Partei ist eine sozialdemokratische Partei und sie hat sich auch sozialdemokratisch verhalten. Als die Konfrontation zu heiß wurde hat sie den Schwanz eingezogen. Aus alledem können wir sehen, mit welche Härte Befreiungsbewegungen konfrontiert werden.

Frage: Heißt das, da antiimperialistische Befreiungsbewegungen zurückstecken müssen?

Keineswegs! Nur muß diese Schlacht sorgfältig und gut vorbereitet und mit optimaler Klarheit und theoretischer Weitsicht geführt werden. Ich glaube, die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und des arabischen Raumes haben diesen Krieg ganz richtig verstanden. Sie wissen, daß ihnen der Imperialismus keinen Frieden gönnen wird. Der Krieg hat sie aufgeschreckt. Ich muß feststellen, daß der Imperialismus an die kurzfristigen Siege denkt, aber nicht an die mittel- und langfristigen Folgen seines Handelns, die klar gegen ihn gerichtet sind. Weiterhin wissen sie, weil der



Imperialismus keinen Freiden bietet, da sie nicht darauf hoffen können in ihrem jetzigen Zustand zu bleiben. Auch das Wenige wird ihnen noch genommen werden. Diese Wachsamkeit wird die ihr innewohnende Dynamik entfalten, der antiimperialistische Widerstand ist wieder aktuell geworden. In Europa hat die Antikriegs-Bewegung hoffentlich begriffen, daß es keinen Frieden geben wird ohne die Freiheit der Völker.



Vielen Dank, Karam, für diese Interview.

Karam Khella-vom Antiimperialismus zum arabischen Chauvinismus

Versuch einer Klarstellung

Seit dem auf der Konferenz von Amman im September 1990 geschlossenen Zweckbündnis zwischen PLO und Saddam Hussein hat sich die arabische Linke vom kurdischen Widerstand entsolidarisiert.
Von der PLO und ihr nahestehenden Kreisen wird im Augenblick eine weltweite Desinformationskampagne betrieben mit dem Ziel, den Kampf der KurdInnen und den Widerstand im Irak überhaupt als konterrevolutionär, proimperialistisch und von den USA bzw Türkei und Iran gesteuert hinzustellen.Ein Beispiel ist die Berichterstattung des Organs der Volksfront für die Befreiung Palästinas, Al Hadaf(siehe Übersetzung im Irak-Info Nr 18), ein Anderes sind die Äußerungen von Karam Khella im Interview aus der Mai-Nummer der an der Bremer Uni erscheinenden "Tarnschrift".
Als langjähriger Mitarbeiter der Zeitschrift "Al Karamah" ist Karam Khella vielen Linken in der BRD bekannt, und seine Artikel und Vorträge bestachen in der Vergangenheit durch ihren analytischen Scharfsinn und politische Kompromißlosigkeit.
Umso mehr schmerzt es uns, ihn heute im Lager des schlimmsten arabischen Chauvinismus widerzufinden.Dieser Artikel soll eine Antwort kurdischer und deutscher Antiimperialisten auf die unserer Ansicht nach haarsträubenden Äußerungen Karams sein.
Zu den vertretenen Positionen im Einzelnen:
Du bezeichnest die Baath-Partei als sozialdemokratisch und sagst, sie hätte sich auch sozialdemokratisch verhalten.
Die Baath-Partei(steht für:Partei der arabischen Wiedergeburt) wurde 1947 von Michel Aflak in Damaskus gegründet, wobei sie auf eine 1942 gegründete Untergrundorganisation zurückgeht.Sie unterscheidet sich in ihrem Programm vom klassischen Panarabismus nasseristischer Prägung in einigen zentralen Punkten.Während der Nasserismus die Frage, wie die arabische Einheit zustande kommen solle, offen läßt, ist die Baathpartei in dieser Frage auf den freiwilligen föderativen Zusammenschluß der arabischen Regierungen festgelegt. Was die territoriale Ausdehnung des erstrebten arabischen Vaterlandes angeht, verfolgt der Baathismus aggressiv expansionistische und rassistische Ziele:
Alle Staaten, die von arabischen Minderheiten beherrscht werden,deren Staatsvolk aber ansonsten aus Nicht-AraberInnen besteht, sollen mit ihrem gesamten Territorium dazugehören(Sudan und Mauretanien). Auf von arabischen Menschen bewohnte Gebiete in nichtarabischen Staaten wird ein Anspruch erhoben, so auf Khusistan-Arabistan im Iran, gleichzeitig wird kurdischen Souveränitätsbestrebungen, sofern sie sich auf arabischem Boden abspielen, keine Berechtigung zuerkannt.Insgesamt kann die Baathpartei als der eher bürgerliche, autoritär-nationalistische Flügel des arabischen Nationalismus angesehen werden, trotz bis zum Golfkrieg enger außenpolitischer Anlehnung an die Sowjetunion und einem sozialistischen Selbstverständnis.Dazu muß allerdings gesagt werden, daß die Baathpartei im Verlauf ihrer Geschichte unter die Räuber geriet: Sie stellt in Syrien und im Irak die Regierungen, wobei sich in Syrien die schiitische Sekte der Alauwiten innerhalb der Partei an die Macht putschte und im Irak der ehemalige Geheimdienstkiller Saddam Hussein.In beiden Staaten sitzen führende TheoretikerInnen der Baathpartei im Gefängnis, wird unter dem Deckmantel des Baathismus eine brutale Diktatur aufrechterhalten, deren eigentlicher Inhalt eine Vetternwirtschaft ist, die sich in ihrer Verkommenheit nicht von den Regimen der Sultane, Emire und Scheichs un-

terscheidet.Wie zB in der Golf-Sondernummer der Interim berichtet wird, werden Frauen, Minderheiten und Linke im Irak auf brutalste Weise unterdrückt.Nach allem, was wir wissen und was die kurdischen Genossen selber im Irak erlebt haben, ist das Hussein-Regime als faschistisch zu definieren.
Hast Du von der Vernichtung der kurdischen Dörfer, hast Du von Halabja nie etwas gehört?
Woher weißt Du, daß die Milizen von Barzani und Talabani es waren, welche die kurdischen Stämme vertrieben haben?Hast Du diese Information von der irakischen Botschaft oder hast Du es Dir ausgedacht?
-Es müssen gar mächtige Kurdenmilizen gewesen sein, die drei Millionen Menschen vertrieben haben.Du hast aber recht, wenn Du sagst, daß KurdInnen aus der Türkei den Aufstand im Irak unterstützt haben.Aber das waren keine westlichen Söldner; oder bezeichnest Du die in der BRD mit 129a) Verfahren verfolgte PKK als proimperialistisch und vom CIA gesteuert?
Wenn Du sagst, die an den Aktionen im Irak beteiligten türkischen KurdInnen müssten sich fragen, ob sie nicht ungewollt imperialistischen Interessen gedient hätten, so sind wir anderer Meinung.Gegen ein reaktionäres Regime Krieg zu führen,daß gerade von imperialistischen Mächten angegriffen worden ist, ist dann legitim, wenn das Ziel dabei eine soziale Revolution ist.Nur weil der Irak von den Imperialisten angegriffen worden ist, wird er dadurch noch nicht antiimperialistisch. Der Aufstand ging vom kurdischen Volk aus, in den befreiten Gebieten wurden Volksräte gebildet, diese nahmen dann Kontakt zur Kurdistan-Front auf, die nicht nur aus Barzani und Talabani,sondern aus 6 Organisationen besteht, deren Spektrum von bürgerlich nationalistisch bis marxistisch-leninistisch reicht.
-Glaubst Du im Ernst, daß 4 Millionen Menschen sich mal so auf die Schnelle durch Propaganda und falsche Versprechungen zum Aufstand aufwiegeln lassen, ohne dazu Gründe zu haben?Oder sind diese 4 Millionen einfach alle Kollaborateure?
Du schreibst, KurdInnen seien Mischvölker, die irakischen KurdInnen würden den Irak als ihre Heimat betrachten.Wir, die kurdischen Genossen, sehen den sogenannten Nordirak als besetztes Gebiet an, so, wie Türkisch-Kurdistan und Palästina besetzt sind.Das kurdische Volk geht auf die antiken Meder zurück, die schon zur Zeit des alten Babylon hier lebten, während das arabische Volk erst durch die Islamisierung in die Region gelangte.Der Irak wurde erst im Zwanzigsten Jahrhundert von den britischen Imperialisten als ein künstlicher Staat zur strategischen Kontrolle des Mittleren Ostens gegründet.Von Dir gebrauchte Ausdrücke wie "Mischvölker" und "reine Kurden" erinnern uns rein semantisch an faschistische Terminologie, ohne Dir offenen Rassismus unterstellen zu wollen.WennDu davon sprichst, daß die KurdInnen unterschiedliche Sprachen sprechen, so ist dazu zu sagen, daß es Versuche der irakischen und türkischen Chauvinisten gegeben hat, die KurdInnen sprachlich zu assimilieren, dies war aber gegen den kurdischen Widerstand nicht durchsetzbar.Kurdisch ist <u>eine</u> Sprache,die sich allerdings in Dialekte gliedert.
Wenn Du davon sprichst, daß die Baath-Partei mehr kurdische Mitglieder hat als irgendeine KurdInnenorganisation, so hast Du natürlich recht.Jede faschistische Partei in einem faschistischen Staat ist dort die mitgliederstärkste Organisation;wir denken nicht, daß wir hier erklären müssen, warum.

Des Weiteren behauptest Du, Barzani und Talabani seien Feudalherren, die seit 40 Jahren mit den Geheimdiensten der imperialistischen Staaten zusammenarbeiten.Dazu ist erst einmal zu sagen, daß Kurdistan von vier Staaten umgeben ist,die alle kurdisches Gebiet okkupiert haben und sowohl den KurdInnen als auch einander als Feinde gegenüberstehen.Der kurdische Widerstand musste sich, um überhaupt überleben zu können, auf irgend eine Weise Gelder und Waffen besorgen, welche mal über westlich-imperialistische, mal über östlich-sozialimperialistische Geheimdienste organisiert wurden,weil es nicht anders möglich war und das kurdische Volk um seine Existenz kämpfte. Daß es dabei Auseinandersetzungen innerhalb des kurdischen Widerstands gab, zeigt seine Heteroginität,ähnlich wie bei der PLO, die sich von der Sowjetunion,China,Indonesien,aber auch solch erzreaktionären Vasallen des Imperialismus wie Saudi-Arabien,Kuwait und Bahrain unterstützen lässt bzw liess. Wir,die kurdischen Genossen,wissen,daß die kurdischen Anführer sich von den Geheimdiensten instrumentalisieren liessen;dies ist von uns und einem großen Teil des kurdischen Volkes kritisiert worden.Diese Politik ist aber nicht 40 Jahre lang betrieben worden,sondern punktuell zu verschiedenen Zeitpunkten,hauptsächlich aber 1974/75,als sie der Demokratischen Partei Kurdistans einen Großteil ihrer AnhängerInnen kostete.Doch die Politik der Parteiführer ist etwas Anderes als die Volksbewegung selber;Yassir Arafat ist auch nicht die Intifada.Was den sogenannten Feudalismus angeht,so findest Du ihn jedenfalls nicht bei der Demokratischen Partei Kurdistans(gegründet von kurdischen Intellektuellen 1946,Mustafa Barzani,der 1947-59 im Exil in der Sowjetunion lebte, ist seit 1960 Ehrenvorsitzender) und auch nicht bei der PUK. Letztere besteht aus zwei Flügeln, von denen Einer linkssozialdemokratisch und Einer marxistisch-leninistisch(mit starken maoistischen Tendenzen) ausgerichtet ist.Wenn Du die Lebensgeschichte von Djalal Talabani verfolgst,wirst Du feststellen, daß er bei Mao in Peking und bei Ho Chi Minh in Hanoi war,also bei Leuten,die wir nicht als besondere Freunde des Feudalismus bezeichnen würden.Talabani kommt auch aus keiner Adelsfamilie,sondern aus der städtischen Intelligenz.Mustafa Barzani,der Vater des Peschmergaführers Massud Barzani,gehörte zwar dem Adel an,seine gesamte Familie ist aber seit den Dreißiger Jahren mit dem kurdischen Widerstand verbunden.

Abschliessend müssen wir feststellen, daß wir ein gemeinsames Interesse der westlichen Imperialisten und des Baath-Regimes an umfassender Aufstandsbekämpfung in der Region sehen.Saddam Hussein ist ein Kettenhund des Imperialismus,der sich losgerissen hat.Warum wohl haben die USA entgegen dem Waffenstillstandsabkommen irakische Flugzeuge zu Bombeneinsätzen gegen die kurdische Zivilbevölkerung starten lassen?'

Sie haben bis zur Flucht von drei Millionen Menschen diesen Völkermord als "innere Angelegenheit" Iraks angesehen.Ist das keine Zusammenarbeit zwischen USA und Saddam?Auch heute sprechen die USA von einer "humanitären" Angelegenheit,nicht von einer politischen Frage,und scheinen gewillt(Stand Mitte Juni 1991),dem bevorstehenden Massaker an SchiitInnen gleichgültig bis wohlwollend zuzusehen. Warum hat es keine internationalen Hilfsaktionen für die aus Kuwait geflohenen ägyptischen,jemenitischen,sudanesischen,schwarzafrikanischen und asiatischen ArbeitsmigrantInnen gegeben,die in Kuwait durchaus ein revolutionäres Potential dargestellt hatten?

-Sowohl das kuwaitische Feudalregime als auch die Baathdiktatur rekonstituieren im Augenblick ihre Macht auf Kosten der Unterschichten und als Sachwalter des imperialistischen Kapitals.Eine antiimperialistische Position kann es nicht sein, sich mit der antiimperialistische Parolen dreschenden chauvinistischen Baathdiktatur oder überhaupt irgend einem der beteiligten Staaten zu solidarisieren;antiimperialistisch ist nur die Parteinahme für alle unterdrückten Unterschichten,

die Einnahme des Klassenstandpunktes auf globaler Ebene. Kampf dem Imperialismus,Kampf jedem Nationalismus,Chauvinismus,Rassismus und Sexismus,für soziale Revolution weltweit!

Kurdistan-AG Göttingen in Zusammenarbeit mit der Basisgruppe Geschichte an der Uni Göttingen

Peio Aierbe
Bewaffneter Kampf in Europa

- Nordirland, Korsika, Baskenland, Italien, BRD -

"Einsame Don Quijotes". So titulierte die größte überregionale Tageszeitung Berlins einen Artikel über den bewaffneten Kampf in Westeuropa.

"Gemeinsam ist den glücklosen Guerilleros (in Spanien) eins: Aus der Übergangszeit nach dem Faschismus haben sie nicht nur stalinistische Parolen, sondern mit ihnen auch Modelle von sozialistischen Gesellschaften hinübergerettet, deren Scheitern im letzten Jahr in Osteuropa augenscheinlich wurde. (...) So führen die Guerilleros einen aussichtslosen und blutigen Kampf".(taz 8.11.90)

Warum heute noch ein Buch über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, dessen Autor zudem die gängige Zeitmeinung über die *"einsamen Don Quijotes"* so ganz und garnicht teilen mag?

Der Autor, Peio Aierbe, lebt im Baskenland und hat ein Buch vor seinem speziellen Erfahrungshintergrund für die Diskussion in Euskadi noch vor dem Zusammenbruch der *realsozialistischen* Modelle in Osteuropa geschrieben. In einem grundsätzlich solidarischen Rückblick beschreibt er die Erfahrungen verschiedener Guerillabewegungen in fünf Ländern und diskutiert sie anhand von zentralen Fragen wie Aktionsfähigkeit, Verankerung in der Bevölkerung, Überlebensfähigkeit gegen staatliche Repression oder gesellschaftliche Modellvorstellungen, um so einen kritischen Vergleich zu ermöglichen.

Es stimmt sicherlich, daß nach den Veränderungen im sozialistischen Lager die Situation der Guerillabewegungen in der ganzen Welt unvergleichlich schwerer geworden ist. Die westlichen Geheimdienste werten die Akten und Ausagen der im Osten festgenommenen ex-Guerilleros aus, um die bislang noch fehlenden Kenntnisse über die Struktur der bewaffneten Gruppen zu vervollständigen und mit Hilfe der Medien eine neue Geschichtsschreibung über den bewaffneten Kampf festzuklopfen.

Allein dagegen scheint es wichtig, authentisches Material in der Hand zu haben, um nicht unterzugehen in dieser umfassenden imperialistischen Offensive.

Pieo Aierbe hat umfangreiches Material aus verschiedenen bewaffeneten Kämpfen (Euskadi, Italien, Korsika, Nord-Irland, BRD) in handhabbarer Form zusammengestellt und belegt, daß es in Westezropa seit Jahrzehnten bewaffnete Bwegungen gibt, die eine große Auswirkung auf die Entwicklung der sozialen Kämpfe hatten und haben. Allein schon die Existenz bewaffneter Bewegungen zerricht den *"sozialen Frieden"*, denunziert die *"demokratischen Verhältnisse"* als Fassade einer unantastbaren Herrschaftsordnung. Unantastbar soll sie sein, daher ist der bewaffnete Kampf, der den Klassen- und Befreiungskämpfen entspringt, ein Tabuthema. Die Diskussion über ihn wird unter Verbot gestellt. Seine Existenz oder seine Keime werden in den Medien verschwiegen, mit Nachrichtensperre belegt oder aber dämonisiert.

In dem Buch kommt zur Sprache, daß die Demaskierung der Macht durch bewaffnete Aktionen beträchtlichen Einfluß auf andere Kämpfe, auf Revolten und auf die Bildung politischer Gruppen ausgeübt hat. Ob die Folge nun Radikalisierungen waren, oder aber Militarisierung sozialer Bewegungen, die dann der Repression oder den neuen politischen Anforderungen nicht standhalten können, ist von Beispiel zu Beispiel zu untersuchen. Und über dieses Buch hinaus zu diskutieren.

August 91
212 Seiten,15 Abb., DM 20.-

Die Bank war schnell erkrankt-
es gibt noch mehr im großen Land!

Wir haben in der Nacht zum 12.07.91 die Dresdner-Bank Filiale am Breitenbachplatz besucht, um ihre Geschäfte mit dem immer weniger werdenden Geld der Menschen, und dem ständig mehr werdenden Geld der Bonzen zu belohnen. In diesem Sinn wurden sämtliche Schlösser verklebt, die Scheiben zerkleinert und eine fröhlich-antikapitalistische Parole hinterlassen.

Wichtig finden wir noch zu erwähnen, daß es total einfach ist, einen solchen Angriff durchzuführen, solange ihr euch mit den Technix nicht übernehmt. Vereinzelt sind solche Nadelstiche wenig effektiv, in der Masse aber doch sehr nervig für die Schweine. Also schließt euch zusammen, macht mit: Aktion gegen Lethargie!

Kampf dem Kapital!
Für die Anarchie!

Die schwarze Pest

Wir bewegen Berlin

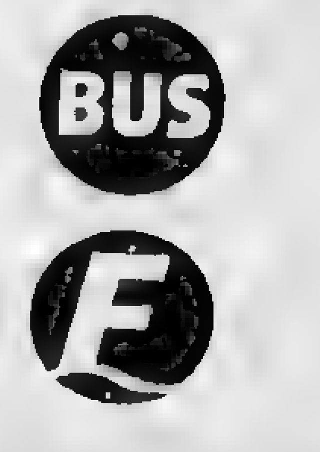
Für jeden das richtige Ticket

Berlin, 1. August 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

anläßlich unserer neuerlichen unverschämten Fahrpreiserhöhung haben wir heute abend mehrere autonome Gruppen beauftragt, unsere Entwerter und Fahrkartenautomaten an 17 Bahnhöfen in Neukölln und Kreuzberg auf Nulltarif umzurüsten.
Auch wir sind gezwungen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, weil wir innerhalb kurzer Zeit zur/m Liebsten, zur Arbeit, zur Uni, zum Scheibeneinschmeißen, ins Kino oder sonstwohin fahren wollen oder müssen. Daß uns dafür Geld wie überall aus der Tasche gezogen wird, um dazu noch Kontrollbullen und Wachschutz zu bezahlen, stinkt uns schon lange. Ebenso wird dadurch der Individualverkehr gefördert, was unsere Lebensbedingungen in der City weiter verschlechtert.
Deshalb
Busse und Bahnen zum Nulltarif
Erster Wagen Frauenwagen
Für die autofreie Stadt
Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft

BVG - BerlinerInnen Vaahn Gratis



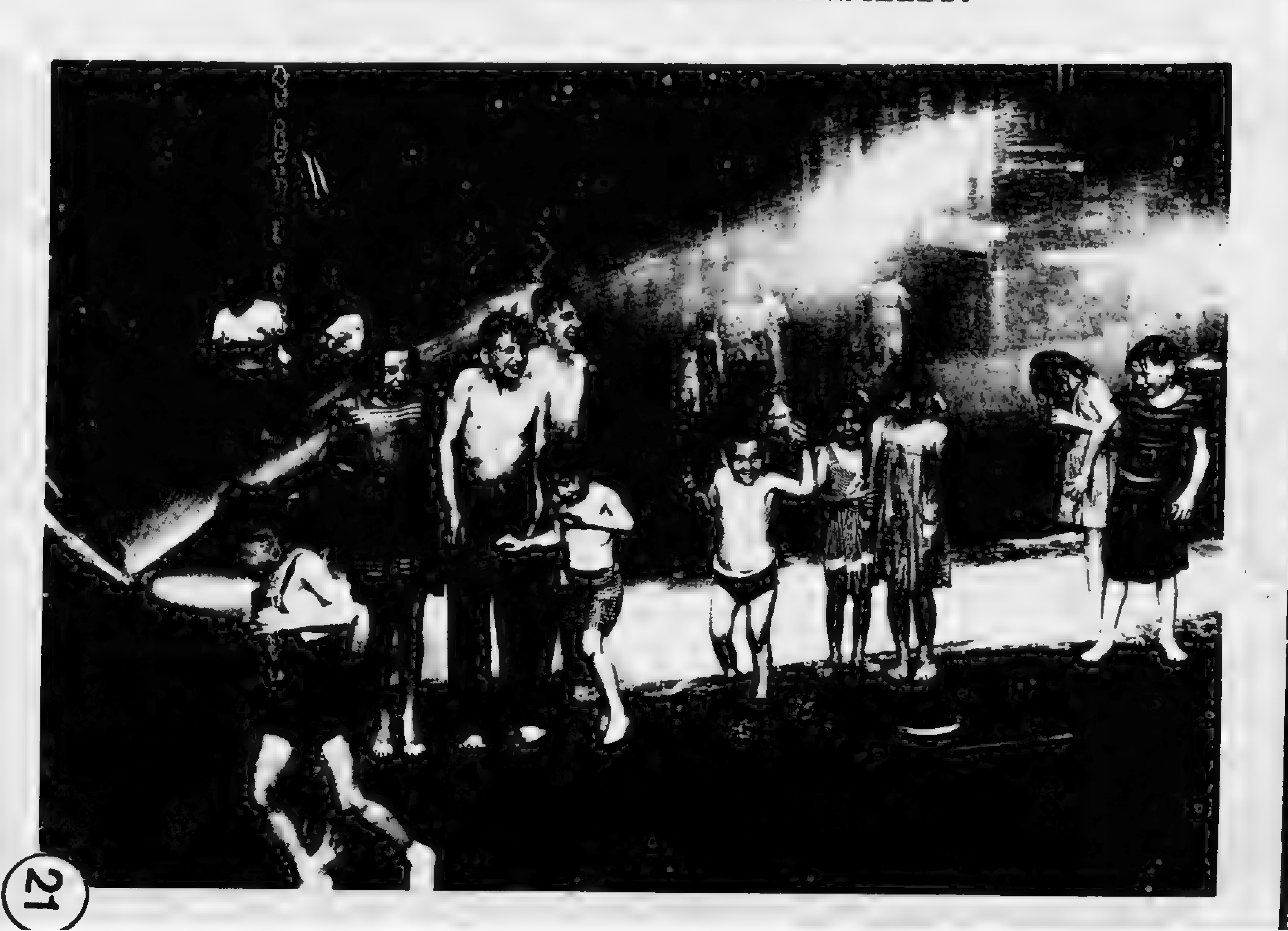
BVG/BVB
DR S-Bahn Berlin

Am Freitag (9.8.) haben einige Leute einen Ladendedektiv von Kaisers in der Wrangelstr. verprügelt, der schon lange als faschistischer, bruteler Schläger aufgefallen ist und deswegen bereits vor Monaten verwarnt wurde.
Hoffentlich wird das ihn und vielleicht einige seiner Kollegen dazu bringen, ihren miesen Job an den Nagel zu hängen. Wenn Leute, die nicht genug zu beißen haben, beim reichen Kaisers-Konzern ihr Essen klauen ist das nur richtig. Die meisten Leute im Wrangel-Kiez klauen bei Drospa, Kaisers oder Penny, auch wenn viele das nicht zugeben würden. Wenn Kaisers und andere Supermärkte sich immer brutalere und heimtückischere Methoden ausdenken, um "ihren" Besitz zu schützen, ist es richtig, sich dagegen zu wehren!
Schaut nicht weg, wenn Leute beim Klauen erwischt werden, geht hin, mischt euch ein!
Einige Passant/inn/en haben sich der Polizei am Freitag als Zeug/inn/en zur Verfügung gestellt, vielleicht weil sie den Grund der Aktion nicht kannten und das ganze für einen Raubüberfall hielten. Leute, die der Polizei helfen, stellen sich gegen die Mehrzahl der Kiezbewohner/inn/en und untergraben die Solidarität.

Keine Zusammenarbeit mit Bullen und Justiz!

Keine Aussagen!

Denunziant/inn/en werden bestraft!



Wir wollen alles wissen !!!

0 42 21 / 17 8 15

Infotelefon

Wir, das sind in diesem Fall die MacherInnen des Infotelefons. Für alle, die es noch nicht wissen: das Infotelefon (04221/17815) existiert jetzt seit ca. 1½ Jahr und soll der schnellen Nachrichten-, Termin-, und Info-Übermittlung dienen und damit einerseits helfen, das Informationsgefälle zwischen Stadt und Land zu überwinden und auch Gegenden erreichen helfen, in die normalerweise kein Flugblatt vordringt. Andererseits soll es nach Erreichen eines großen Verbreitungsgrades zur schnellen massenhaften Mobilisierung, z.B. bei kurzfristig bekannt gewordenen Terminen, Häuserräumungen und ähnlichem dienen.

Das Infotelefon ist im wesentlichen ein Anrufbeantworter, auf dessen abhörbarem Teil all die Termine, Infos, Demos etc. zu hören sind, die die AnruferInnen vorher auf den nicht abhörbaren Teil des Bandes gesprochen haben. Mindestens einmal am Tag sprechen wir dann diese Nachrichten auf den abhörbaren Teil des Bandes, so daß die Stimmen der AnruferInnen auf diesem Teil nie zu hören sein werden und auf dem anderen Teil sofort wieder gelöscht werden können.

Um einen Kritikpunkt gleich vorweg zu nehmen: das Infotelefon soll keine Strukturen ersetzen, sondern im Gegenteil langfristig helfen, neue zu schaffen.

Das Infotelefon wird natürlich umso lebendiger und interessanter, je mehr Termine etc. ihr uns wissen laßt, die wir dann weitergeben können. Deshalb wollen wir alles wissen, auch Termine, die für euch vielleicht eine Selbstverständlichkeit sind, können für Menschen, die nicht in den Metropolen wohnen, oder aus anderen Gründen z.B. von Demos immer erst hinterher etwas aus der Zeitung erfahren, sehr wichtig sein.

Das Infotelefon ist unter der neuen Nummer: **0 42 21 / 17 8 15** Tag und Nacht zu erreichen. Für weitere Infos oder Nachrichtenübermittlungen, die mensch nicht per Telefon loswerden kann, steht eine Postadresse zur Verfügung:

Infotelefon c/o Album, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Und noch etwas, gebt die Nummer weiter und sorgt dafür, daß sie sich verbreitet. Erst wenn ein gewisser Verbreitungsgrad eintritt, ist auch eine schnelle massenhafte Mobilisierung möglich.

*fotokopieren *** weitergeben *** fotokopieren *** weitergeben *** fotokopieren *** weitergeben*

<u>EINLADUNG ZUM BUNDESWEITEN TREFFEN FÜR EINE STARKE MOBILISIERUNG DES REVOLUTIONÄREN WIDERSTANDS GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL 92 IN MÜNCHEN</u>

Treff: KOMM in Nürnberg (gegenüber Hauptbahnhof)
Anreise: Freitag, den 28.09., Abends Volxküche im Cafe Molotov, KOMM Nürnberg mit Schlafplatzvermittlung
Samstag, den 29.09., 13 Uhr Plenum im Komm, wenn sinnvoll am Sonntag Arbeitsgruppen

Liebe Genossinnen und Genossen!
Die Staatschefs der sieben reichsten imperialistischen Staaten treffen sich vom 6.-8.7.92 in der High-Tech-Bonzenstadt München, um als Handlanger der Konzerne und Banken in aller Ruhe ihr Propagandaspektakel der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Aber auch in München wird es diese Ruhe nicht geben, denn wir empfehlen: AUF ZUM GIPFELSTÜRMEN NACH MÜNCHEN!
Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Kampagne "500 Jahre Kolonialismus", den EG-Binnenmarkt 92 und die "Festung Europa", um die neue Rolle der imperialistischen Großmacht BRD und ihrer Expansionspläne nach Osten nach der Annexion der DDR, um die eskalierende rassistische und sexistische Gewalt, und vorallem auch um die Fragen, die die revolutionäre Linke sich im Zuge der veränderten Situation stellen muß, halten wir es für richtig, gemeinsam praktisch zu intervenieren.
Also kein neues Thema, sondern unsere Kräfte und Initiativen zu bündeln, die Auseinandersetzungen in einen gemeinsamen Rahmen zu stellen.
Von verhaltenem bis starkem Interesse aber auch großes Skepsis, ob angesichts der Ratlosigkeit bzw. Perspektivlosigkeit vielerorts gerade das Draufstürzen auf eine Kampagnenmobilisierung das Richtige wäre, haben wir allerlei Meinungen und Fragen zu unseren Überlegungen einer starken bundesweiten/internationalen Mobilisierung mitbekommen.
Nach einer Phase von Diskussionen in München, ersten Kontakten mit anderen Städten und vorallem auch vielen Fragen von auswärts, was "wir" uns denn jetzt vorstellen, wollen wir eine überregionale Auseinandersetzung über die Vorstellungen für eine inhaltliche und vorallem praktische Mobilisierung führen.
Dazu halten wir es für wichtig, daß vor dem überregionalen Treffen in allen Städten bereits Diskussionen und Treffen stattfinden.
Auf dem überregionalen Treffen wollen wir:
- unsere Diskussionen zur "Mobilisierung gegen den WWG" vorstellen und die Initiative begründen
- anhand der Berichte aus den jeweiligen Städten über Situation, Stimmung und Meinungen zu einer gemeinsamen Mobilisierung, in die Diskussion einsteigen

Wir wollen eine Diskussion über Sinn, Bestimmung, inhaltliche und praktische Schwerpunkte einer gemeinsamen Mobilisierung. Desweiteren halten wir eine Auseinandersetzung über Vorstellungen einer überregionalen Arbeitsstruktur für notwendig. Und vorallem auch zum Verhältnis von dezentralen und zentralen Aktivitäten: Unsere Initiative für eine starke kämpferische Demonstration in München.

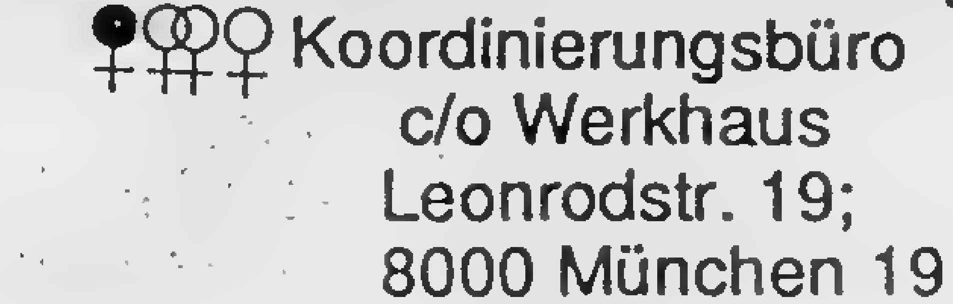
AUFRUF: DAS PAPIER AN ALLE GRUPPEN WEITERGEBEN
Schickt bitte alle Diskussionspapiere, Materialien, Recherchen, die es bei euch in den Städten zu den inhaltlichen Schwerpunkten einer Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel gibt, nach München:

AK WWG
c/o Infoladen München
Breisacherstr. 12
8000 München 80

WICHTIG:
Wir müssen wissen, ob 20/200 oder 2000 kommen, also meldet euch bei uns!

ACHTUNG ♀♀♀!!!!

Es gibt eine eigenständige ♀♀♀Organisierung! Das erste überregionale Plenum findet am Samstag, den 16. November um 13 Uhr im KOMM Nürnberg (gegenüber Hauptbahnhof) statt. Eine eigene Einladung dazu kommt demnächst. Unsere neue und endgültige Postadresse ist:



♀♀♀ Koordinierungsbüro
c/o Werkhaus
Leonrodstr. 19;
8000 München 19

VON DER SYMBOLKRAFT DER MILKAKUH, ODER WAS DIE LEDERHOSE MIT DEM WWG 92 ZU TUN HAT

Jetzt sitzen wir schon seit zwei Wochen allein oder alle zusammen und martern unsere Hirne, um ihnen ein paar glorreiche Sätze zu entlocken, die dazu imstande wären, die Genossen/Innen in den entfernten Städten dafür zu begeistern, sich aus der allseits herrschenden defensiven Ratlosigkeit aufzuraffen und die Kräfte der Diskussion und Praxis gemeinsam zu einer starken powervollen Mobilisierung der revolutionären Linken gegen den WWG 92 zu bündeln.
Dann schwirren wieder die tausend "objektiv guten " Gründe durch den Raum: endlich mal wieder zu sagen, es reicht, jetzt sind wir dran, uns zu organisieren. Aber dann klingeln auch schon wieder die zahllosen Fragezeichen in den Ohren, ob und wenn dann wie und warum denn überhaupt gerade da und Kampagne, wo's doch im Alltag vorne und hinten danebenläuft; und überhaupt in München, wo selbst die Interim, oder vielleicht gerade die, nur an Milka-Kühe und Lederhosen denkt?
Nichts als Fragen, die mit dem entsprechenden Pep zu beantworten uns schwer fallen. Trotz allem fangen wir an:

In München. Bayern-Bild. Mythos. - Die bayerischen Bullen, das USK, die Devensive bereits im Kopf -

Sinnvoller wäre es doch, München als High-Tech-Zentrum als durchkapitalisiertes, umstrukturiertes Vorzeigeprojekt einer befriedeten Metropolenzukunft zu begreifen und zu bekämpfen. Wir halten einen produktiven Austausch über Erfahrungen und Widersprüche, die vielleicht in der einen oder anderen Art und Weise demnächst woanders zum Tragen kommen, für angebrachter, als im selbstgenügsamen Mief noch vorhandener Freiräume ganze Regionen abzuschreiben.
Einen schönen Gruß an alle GenossInnen, die in den letzten Jahren gen Norden gezogen sind. Falls ihr aufgrund eurer vielleicht noch vorhandenen Erinnerung an den Süden jeweils ein Dutzend FreundInnen für eine Auseinandersetzung mobilisiert, könnts eine ganz powervolle Sache werden:
Zu zeigen, daß auch in ruhiggestellter und klinischer Atmosphäre einer durchstrukturierten Lebenswelt Widerstand möglich ist.Eine Auseinandersetzung um Methoden der Herrschaft, um die modernen Tendenzen der Metropolengesellschaft zu zeigen und zu führen.

Also verhindern wir den Weltwirtschaftsgipfel?
Diese Zielsetzung bzw. Parole der IWF-Mobilisierung wäre offensichtlich aufgesetzt angesichts der Situation der revolutionären Linken in der BRD und hier in München. Wir fänden sie aber auch deshalb schwierig, weil 88 damit oft die Vorstellung verbunden war, eine Verhinderung des Kongresses wäre tatsächlich eine Verhinderung im Sinne von "Blockade" der Weltwirtschaft.
Wir denken, daß es nicht darum geht zu sagen, weil der WWG so wichtig ist, müssen wir was dagegen machen - am Besten verhindern. Das wäre die bekannte Fremdbestimmung durch gesetzte Termine - die Politik des Reagierens. Dem ist auch nicht dadurch auszukommen, daß mensch wie beim IWF 88 die Kampagne zum Auftakt einer langanhaltenden strategischen Organisierung der revolutionären Linken erklärt.
Was eine Kampagne sein kann ist die inhaltliche und praktische Bündelung unserer Kräfte, das Zusammenwirken vieler Menschen aus den unterschiedlichen Teilbereichen, eine starke gemeinsame Intervention, die Einzelaktionen und Kämpfe durch einen gemeinsamen Rahmen verschärft, die inhaltliche Auseinandersetzung vorantreibt, Menschen mobilisiert.
In diesem Sinne sind Kampagnen gegen den WWG 85 und den IWF 88 auch nicht spurlos verpufft. Die Erfolge drücken sich nicht unbedingt unmittelbar aus, werden aber immer wieder sichtbar. Hätte es ohne die inhaltlichen Debatten und die praktischen Erfahrungen in der Mobilisierung gegen den WWG 85 die IWF-Kampagne gegeben, oder noch anders, auf welchem Niveau wären die autonomen Auseinandersetzungen im Alltag ohne die Bündelung unserer Kräfte und Diskussionen zum IWF?
Daß sich nach den Höhepunkten solcher Kampagnen bei den Einzelnen das uns wohlbekannte schwarze Loch auftut, der ganze Streß nichts an der eigenen konkreten Situation verändert hat, nur Kraft reingesteckt und keine bei rausgekommen, liegt entscheidend an der Herangehensweise und den Erwartungen an die Kampagne:
Die grundsätzlichen Probleme revolutionärer Strategie und Organisierung werden nicht in einer Kampagne gelöst, bestenfalls können die darin stattfindenden Diskussionen und Aktionen längerfristig dazu beitragen. Also, das Problem autonomer Politik, sich von einem Brennpunkt zum nächsten Modethema zu hangeln, löst sich nicht durch ein Kampagnenverbot sondern durch das Bewußtsein, daß der subjektiven Entscheidung für eine revolutionäre Organisierung durch eine Kampagne weder ausgewichen noch dadurch ersetzt werden kann.

Wir wollen eine inhaltliche und praktische Bündelung unserer Kräfte zum WWG 92

- weil wir DIE PROPAGANDA VON MARKTWIRTSCHAFT UND DEMOKRATIE, DAS BILD DES MAKELLOSEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS MÖGLICHST DEUTLICH UND INTERNATIONAL SICHTBAR ZERSTÖREN WOLLEN
- weil wir eine internationale Diskussion um revolutionäre Strategien und Perspektiven wollen: Die Auseinandersetzung mit Menschen und Organisationen aus anderen Ländern, die sich in einer gemeinsamen praktischen Intervention ausdrückt.

- weil wir gegen die Festung Europa, die zunehmende Asyl- AusländerInnenpolitik der EG für freies Fluten kämpfen wollen.
- weil, über Befreiung und Widerstand reden zu wollen, heißt uns auch über die Realität und die Gründe des Scheiterns der Gesellschaftskonzepte von realsozialistischen Staaten auseinanderzusetzen
- weil wir innerhalb dieser Diskussionen die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Sexismus, Rassismus, Kapitalismus, um Nationalismus und nationalem Befreiungskampf weiterentwickeln wollen.
- weil wir dazu aus unserer Situation und Entwicklung heraus eine grundsätzlich antipatriarchale Orientierung vorantreiben wollen
- weil sich dies in Form und Inhalt der Mobilisierung ausdrücken soll. Wir stellen uns zum Beispiel als Ziel aller beteiligten Menschen vor, daß sexistische Anmache und patriarchales Verhalten in der gesamten Mobilisierung keinen Platz haben.
- weil wir die revolutionären Gefangenen international als wesentlichen Bestandteil der Mobilisierung in die Diskussion mit einbeziehen und dafür die Voraussetzungen schaffen wollen:
  - für die Zusammenlegung und gegen den Staatsschutzterror der letzten Monate
  - gegen die europäische Vereinheitlichung der Aufstandbekämpfung
  - gegen den Export des "BRD-Systems" z.B. gegen den kurdischen und türkischen Befreiungskampf (Anti-Terror-Gesetz incl. Isolationshaft in Hochsicherheitstrakten)
  - Diskussion über die Initiative schwarzer GenossInnen aus den USA für ein internationales Netzwerk zur Situation von politischen Gefangenen
- und noch einiges mehr.

Wir sind noch nicht sehr viele, die sich für die Mobilisierung entschieden haben und wollen uns in dem Widerspruch zwischen Kampagne und alltäglicher Arbeit bewegen, ohne im Organisationscheck unterzugehen. Die gemischte autonome Szene hat in Folge der unabhänigen Organisierung von Frauen einen Männerüberschuß, der die Notwendigkeit einer antipatriarchalen Orientierung nur noch deutlicher macht. Wir wollen hier nicht die WWG-Macker spielen, sagen die Männer, auch wenn das nicht ganz einfach sein wird.
Wir können uns im Juli 92 eine große zentrale Demo in München, eingebunden in Aktionstage, vorstellen. Und davor viele Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen in den Städten. Wie vielfältig und stark die Mobilisierung sein wird, hängt sehr von eurer Beteiligung und Initiative ab. D.h. ausgehend von der Situation der revolutionären Linken überhaupt, und der hier in der Stadt, ist in weit stärkerem Maße als z.B. beim IWF 88 eine gemeinsame Mobilisierung (im Gegensatz zu: Da fahren wir mal hin) notwendig, sowohl inhaltlich, wie organisatorisch und praktisch.
uff

Die folgenden Diskussionesfragmente sind weder als "Aufrufplattform" noch als ausdikutiertes Konsenspapier zu verstehen. Sinn und Zweck ist trotz Ungenauigkeit Diskussionen anzustoßen. Es werden weitere folgen:

INHALTLICHE ANSÄTZE UND PERSPEKTIVEN DER WWG-MOBILISIERUNG

Wir sehen in den Diskussionen und Auseinandersetzungen um den WWG eine weitgehende antiimperialistische Ausrichtung, die nicht im reformistischen Minimalkonsens der Forderung nach sofortiger Schuldenstreichung stehenbleibt. Es geht tatsächlich ums Ganze oder wie Rudi Dutschke etwas genauer sagte: "Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muß heute notwendigerweise global sein."
Das gilt für uns heute mehr als vor 23 Jahren. Hintergrund des G7 Treffens ist die von den USA propagierte und seit der Auflösung des Warschauer Paktes (und RWG usw.), der damit einhergehenden Unterwerfung der ehemals (real-) sozialistischen Länder in den kapitalistischen Weltmarkt und dem Golfkrieg deutlich werdende "neue Weltordnung". Nicht nur, daß die sieben reichsten imperialistischen Länder auf ihrem jährlichen Turnustreffen die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse festschreiben und ihre Politik aufeinander abstimmen und den weltweiten Veränderungen entsprechend anpassen, sie wollen ihre imperialistische Strategie auch noch ideologisch als finale Lösung der Menschheitsprobleme verkaufen. Hinter der trauten Fassade inszenierter Einheit verbergen sich aber klare Interessenskonflikte. Nicht zuletzt "forciert die EG mit dem Projekt Binnenmarkt 1992 ihren Ausbau zur imperialistischen Weltmacht in Konkurrenz zu den USA und Japan" (Papier der Anti-EG-Gruppe Köln) und fordert ihren Anspruch bei der Aufteilung der osteuropäischen Wirtschaftsmärkte. Die USA dagegen wendet sich scheints wieder ihrem alten Hinterhof zu und projektiert entsprechend dem ER-Modell eine amerikanische Freihandelszone von Alaska bis Panama (oder bis Patagonien).
Um ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen weiter ausdehnen zu können, ist ein weltweit etabliertes System der Aufstandsbekämpfung von Nöten, um die existierenden und die weiter zu erwartenden Kämpfe der Unterdrückten und Marginalisierten regulieren zu können. Das von Pentagon-Strategen für die 80er Jahre entworfene Modell des Low-Intesitiy-Conflict (von einem guatemaltekischen General treffend als "Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" definiert) wird den heutigen Kämpfen im Trikont nicht mehr gerecht und wurde z.B. in El Salvador offiziell als gescheitert erklärt.

Das neue Zauberwort heißt "Demokratisierung" und ist längst in aller Munde. Ob es nun um die Befriedung nationaler bzw. regionaler bewaffneter Befreiungskämpfe in Lateinamerika oder Kurdistan, oder die Umstrukturierung Osteuropas zum kapitalistischen Verwertungsobjekt geht, die Demokratisierungspropaganda muß als Deckmantel herhalten. Dabei spielt die UNO als globales Kontrollorgan der mächtigen Industrienationen eine immer größere Rolle. Aber zur Sicherung ihrer Profitraten brauchen die Banken und transnationalen Konzerne auch die Ruhe im eigenen Land, hier in der Metropole. Die mit der Konstruktion des Binnenmarktes einhergehende Schließung der Grenzen für Asylsuchende und ArbeitsimmigrantInnen, die Nivillierung von ArbeiterInnen- und Sozialrechten, die Verbesserung der Kapitalbedingungen für die europäischen Multis, die Anpassung der metropolitanen Arbeit an das Niveau des Weltarbeitsmarktes werden auch hier auf Widerstand stoßen.
Wir sehen daher in der Mobilisierung zum WWG eine (notwendige) Fortführung der mit der IWF-Kampagne begonnenen Diskussion um einen neuen Internationalismus / Antiimperialismus, der Verbindungslinien zwischen den trikontinentalen, den Kämpfen in den ehemals realsozialistischen Ländern und den hiesigen Kämpfen sucht.
Dabei geht es nicht darum, wie es einige Teile der Solibewegung seit Jahren betreiben, "einer orientierungslosen Linken Hoffnungsträger und Bezugspunkte im Trikont zu liefern" (wobei die Auswahl immer schwieriger wird), sondern zu einer gemeinsamen Diskussion mit verschiedensten RevolutionärInnen zu kommen, über die Bedingungen und Perspektiven revolutionärer Bewegungen, über Geschlechterfrage und Patriarchatskritik, über Organisations-, und Klassenfrage, über Formen und Mittel des Kampfes und über Möglichkeiten gemeinsamen Austausches und gemeinsamen Handelns.
Auf diese Fragen die sich RevoluionärInnen weltweit so oder ähnlich stellen, werden wir zwangsläufig nicht die gleichen Antworten finden. Wir kommen also nicht drumherum, wie es Shafik Handal von der FMLN kürzlich sagte, "zu lernen, unseren eigenen Kopf zu gebrauchen". Was wir aber wollen, ist mit Linken und RevolutionärInnen international unsere Erfahrungen und Kenntnisse auszutauschen und unsere Solidarität konkret werden zu lassen.
An diesem Punkt setzt auch die Kampagne "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand" an, die bislang aber noch etwas in der Luft hängt. Wir glauben, daß wir nicht nur von der Arbeit, die Gruppen und Organisationen in diesem Bereich bereits geleistet haben, profitieren können, sondern daß die Mobilisierung zum WWG der Kampagne die nötige Zielorientierung und den Bezug liefern kann.
Das vor 500 Jahren mit der europäischen Kolonialisierung weltweit installierte imperialistische Ausbeutungsverhältnis, der Beginn der internationalen Arbeitsteilung, die Konstituierung des europäischen patriarchalen Herrschaftssystems in den Kolonien, die Entstehung von Klassengesellschaften entlang rassistischer, sexistischer und ökonomischer Unterdrückung sind Voraussetzungen unseres heute bestehenden Weltwirtschaftssystems. Der gerade beendete iberoamerikanische Gipfel in Mexico zeigt nur allzu deutlich die europäischen Bestrebungen, auch noch die letzten sozialistischen Länder wie Kuba in den Weltmarkt zu zwingen.
Aufgrund der Tendenz zu einem kapitalistischem Weltmarkt wird der Handlungsspielraum revolutionärer Befreiungsbewegungen im Trikont noch weiter eingeengt. Die Fragen nach dem Kräfteverhältnis und den Veränderungsmöglichkeiten in den Metropolen stellt sich noch schärfer.
Speziell in der BRD hat sich dieses Verhältnis seit der Annexion der DDR wesentlich verschoben. Brachte die Wiedervereinigung für die westdeutsche Rechte und bürgerlichen Kräfte einen enormen politischen Konsolidierungsschub, drohen ihnen die Widersprüche in der ehemaligen DDR über die Köpfe zu wachsen.
Die in Gang gebrachte Abwicklung der ex-volkseigenen Betriebe, die Neuregulierung des Arbeitsmarktes in Warteschleifen oder Arbeitslosigkeit, die Streiks der EisenbahnerInnen und bei Interflug, Preisanpassungen an das westdeutsche Niveau und die sich verschärfende soziale Polarisierung setzten einen widersprüchlichen und hochexplosiven gesellschaftlichen Prozeß in Gang.
"Je weiter die Übernahme durch das BRD-Wirtschaftsprograsmm voranschreitet, desto stärker wächst die Verarmung. Der lange als `Erlöser' herbeigesehnte Kapitalismus kommt - weil nicht sein kann, was nicht sein darf - als Ursache nicht in Frage (...). Der allgemeine Verarmungsprozeß, der sich in der Wohnungsnot oder dem Sozialabbau zeigt, wird in der rassistischen Sublimierung den Asylantinnen und `Wirtschaftsflüchtlingen' zugeschrieben, die es nur auf `unseren' Wohlstand abgesehen hätten, um ihn `den Deutschen' wegzunehmen." (Michi, Bernhard, Ali aus Aktualität des Antisemitismus)
Die rassistische und sexistische Mobilisierung, die sich zunehmend in pogromartigen Übergriffen organisierter Faschogruppen gegen AsylantInnen- und AusländerInnenwohnheime, Schwule und Lesben sowie Linke ausdrückt, entwickelt sich immermehr, verstärkt von einer passiven Tolerierung staatlicher Organe, zu einem institutionalisierten Gewaltverhältnis. Von privaten Kaufhausketten in Leipzig, die sich rühmen, mittels eigener Sicherheitskräfte die Umgegend ihrer Warenhäuser von "asozialen Gesindel" gereinigt zu haben, über Treibjagden organisierter Faschisten auf vietnamesische ZigarettenverkäuferInnen, die mit der Übergabe in Handschellen an die Polizei enden, bis zur staatlichen Verschärfung der AusländerInnengesetze, die dichte Grenzen und für diejenigen, die durchschlüpfen konnten, eine schnelle Abschiebung vorsieht, bestehen mittlerweile fließende Übergänge.
An diesen Punkten wäre eine Intervention linker Kräfte notwendig. Ein Zusammenwirken mit Linken aus der DDR erweist sich aber aufgrund jahrelanger Ignoranz der Westlinken gegenüber den Verhältnissen in der DDR als schwierig.

BEMERKUNGEN ZUR MÄCHTEKONSTELLATION

Infolge des Zersetzungsprozesses des Warschauer Paktes und des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten befindet sich das kapitalistische System, propagandistisch als Demokratie und Freiheit auf der Grundlage einer stabilen Marktwirtschaft angepriesen, weltweit auf dem Durchmarsch.
Bei der Verteilung der neuen Absatzmärkte und dem Kampf um ökonomische und politische Hegonomie existiert unter den drei imperialistischen Blöcken USA/Japan/Brd und EG kein harmonisches, sondern vielmehr ein Konkurrenzverhältnis.

DIE BRD ALS FÜHRUNGSMACHT

Als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa dominiert die BRD das Projekt "EG-Binnenmarkt 92". Die als "Wiedervereinigung" deklarierte Annexion der DDR hat ihre Position zusätzlich gestärkt: Die DM ist die dominierende Währung in der EG. Ein Viertel des Sozialproduktes wie der Exporte und ein Drittel der Währungsreserven entfallen im EG-Bereich auf die BRD. Unter der 20 größten Konzernen und 20 größten Banken in der EG haben jeweils sieben ihren Sitz in der BRD. Brd-Konzerne sind vorallem führend in Schlüsselindustrien wie Chemie, Elektro, Maschinenbau, Automobilbau und Rüstung. "Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt und wir wollen dabei sein", heißt die Devise von Edzard Reuter, dem Chef des größten deutschen (Rüstungs-) Konzerns Daimler. "Wir wollen mit unseren Geschäftspartnern neue Segmente auf den Weltmärkten erobern und sichern."
Als Welt-Exportnation Nr.1 ist die BRD wirtschaftlich längst eine führende Weltmacht und rückte im letzten Jahr an die 2. Stelle innerhalb des IWF. Direkt hinter den USA ist sie damit hauptverantwortlich für die Verelendungspolitik, die der IWF mit seinen Zwangsmaßnahmen in allen Teilen des Trikont durchsetzt.
Die BRD will Hegomonialmacht in einem wirtschaftlichen und politischen Raum werden, der nicht weniger als 5oo Millionen Menschen umfaßt. Für Ungarn oder Polen ist dabei offensichtlich ein Lebensstandard wie in Portugal vorgesehen. Die Einverleibung der DDR soll die Basismasse dieses Machtkonglomerats so stärken, daß der Abstand zu den europäischen Konkurrenzmächten groß genug ist, um sie zu dominieren.
Gleichzeitig werden die Fühler in Richtung UdSSR ausgestreckt, um dort die Einführung kapitalistischer Strukturen voranzubringen, ohne das der Zerfall der UdSSR chaotische, für das großdeutsche Projekt gefährliche und unkalkulierbare Züge annimmt. Der Gorbatschov-Besuch am Ende des G7 Treffens im Juli in London ist maßgeblich durch den Druck der BRD zustandegekommen. Ein größerer Erfolg in der BRD ist die Zustimmung der UdSSR zur Einrichtung einer Freihandelszone um "Königsberg", speziell um BRD-Kapital anzulocken.
Die osteuropäischen Länder wickeln schon heute fast ein Drittel ihres gesamten Westhandels mit der BRD ab und auch die hohen Schulden dieser Länder sind als Außenstände bei den BRD-Banken verbucht. Die Länder Osteuropas drohen zu neuen Wirtschaftskolonien der EG und damit vorallem der BRD zu werden.
Bei ihrem Hegmonieprojekt muß sich die BRD beständig bedroht sehen. In dem Maße, in dem die Kriege (nationale, religiöse, bündnistaktische Schlächtereien) wieder nach Europa kommen, wird das Thema wirtschaftlich ein Riese, militärisch aber ein Zwerg an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund sind denn auch die Versuche zu bewerten, mit Hilfe der EG (WEU/schnelle Eingreiftruppen) und der Debatte um eine Grundgesetzänderung weltweite Bundeswehreinsätze zu ermöglichen und damit auch politisch und militärisch eine dominierende Weltmachtstellung einzunehmen.
Tatsächlich ist BRD den Weltmachtträumen noch nie so nahe gewesen. Nicht nur, daß sie sich innerhalb der EG als unbestrittene wirtschaftliche Führungsmacht etabliert hat und somit auch der EG-Binnenmarkt unter BRD-Hegomonie durchgesetzt wird. Bei der Dominierung des Kapitalisierungsprozesses der osteuropäischen Staaten spielt die "staatlich einverleibte Beute" DDR eine besondere Rolle. Das strategische Ziel aus der Sicht eines Wirtschaftskapitäns stellt der AEG-Boss Dürr in einem Interview so dar: "Für unsere Investitionen stehen nicht die niedrigen Lohnkosten in der DDR im Vordergrund (...). Wenn es darum ginge, wären die Investitionen in Ungarn und Polen, aber auch in Portugal sinnvoller. Es geht vorallem um die Möglichkeiten, die der Markt der DDR für den osteuropäischen Raum spielt (...), daß dieser Wirtschaftsraum enorme, ungenutzte Ressourcen bietet."
"Während sich die Herren in Politik und Wirtschaft noch darüber zanken, welches der erfolgreichste Weg ist, um die westliche Hegomonie auf Osteuropa auszudehnen und dieses neue Jagdrevier für den Weltmarkt zu erschließen, funktioniert ein Marktzweig bereits ebenso reibungslos wie unauffällig: Der Handel mit der Ware Frau. Unverblümt wird diese Ware im Annoncenteil bundesdeutscher Zeitungen angeboten und die Nachfrage vorallem im ländlichen Raum scheint zu steigen." (Ingrid Strobl)
Schon lange ist es für deutsche Männer möglich und billig, gen Osten zu starten, wo für harte DM Champagner, Kaviar und die Ware Frau zu kaufen sind. Die Affinität von Kapitalisierung und Pornographisierug der Gesellschaft war am offensichtlichsten in Budapest, der "reformfreudigsten" Stadt des Ostens

VERÄNDERUNGEN IM INTERNATIONALEN KRÄFTEVERHÄLTNIS

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hat in erster Linie zur Folge, daß auf Weltebene in internationalen Gremien wie z.B. der UNO den imperialistischen Westmächten kein realer Faktor entgegensteht.
Durch die Abhängigkeit vom Weltmarkt und ökonomische Verschuldung gefesselt, lassen sich unangenehme Fraktionsbildungen von Trikontstaaten durch die G7 leicht spalten. So werden im Zweifelsfalle Stimmen gekauft, um dieser ganzen Tragödie eine formal demokratische Inszenierung zu verpassen. So wurde die UNO im Golfkrieg vollends zur Marionette der USA (die in diesem Fall die Triebkraft des Krieges war).
Zunehmend werden internationalen Gremien neue weltordnungspolitische Funktionen zugewiesen, wobei bei dieser Show der sog. Völkergemeinschaft für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, die westliche Hegemonie immer offensichtlicher wird. Der WWG, schon als Wirtschaftsgipfel der Welt tituliert, ein zynischer Machtausdruck der Ausbeuter- und Unterdrückerstaaten, erhält wie in London geschehen, zunehmend die Aufgabe, die Interessen der G7 als weltweit legitimes Krisenbewältigungsgremium zu sanktionieren. Dort ein Wort zur Jugoslawienkrise, da ein Machtwort zur Golfregion. Natürlich verläuft dieser Prozeß auch als Konkurrenzkampf der westlichen Imperialisten untereinander.
Die immer deutlicher werdende Funktionalisierung weltweiter Gremien für die Interessen der G7 erscheint in der öffentlichen Debatte oftmals als zivilisatorische Fortentwicklung zu einer friedlichen Welt, in der das Gute in Form der Weltgremien gegen das Böse kämpft.
Damit wollen sich die imperialistischen Staaten die grundsätzliche Legitimation zum weltweiten Eingreifen schaffen.
Nach dem Motto: Ein uneinsichtiges Kuba muß demokratisiert werden, Terroristen in Kurdistan bekämpft werden, da sie die "Demokratisierung der Türkei" sabotieren.

ZUR PATRIARCHATSDEBATTE VON MÄNNERN

Seit der Druck der autonomen Frauenbewegung Mitte der 80er Jahre eine weitere Nichtbeachtung des patriarchalen Gewaltverhältnisses unmöglich machte, wird von Männern der obligatorische Anspruch formuliert, antipatriarchale Positionen beziehen zu wollen. Was seitdem von Männern gemacht, geschrieben, gesagt und diskutiert wurde, nimmt sich dagegen eher mager aus.
Eine Zeitlang stand unter jedem Flugblatt eben auch noch antipatriarchal. Es ist schwierig zu beurteilen, ob die Tatsache, saß sich mittlerweile selbst dieser Zustand wieder zu verflüchtigen scheint, als bedauerlich oder ehrlich zu beurteilen ist.
Was ist das Patriarchat? Worauf ist es zurückzuführen? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen patriarchalen und kapitalistischen Herrschaftsstrukturen? Auch wir haben in unserem Diskussionsprozeß oftmals endlose Debatten darüber geführt, die meist in Ratlosigkeit endeten. Sicherlich war es sinnvoll, Definitionen zu finden, unsere bisherigen politischen Positionen mit feministischen Analysen zu konfrontieren. Unsere subjektive Situation blieb jedoch schizophren: Auf der einen Seite immer mehr durchzublicken, auf der anderen Seite real in patriarchalen Denk- und Verhaltensstrukturen verhaftet zu bleiben. Männer produzieren Gewalt, mit der Frauen konfrontiert sind. Sie profitieren als Männer insgesamt immer von diesem Gewaltverhältnis.
Als revolutionäre Linke kritisieren wir jeglichen biologistischen Erklärungsansatz. Aber wie sieht denn dann die spezifische männliche Position und Situation im Patriarchat aus? Haben wir wirklich ein eigenes Interesse an der Abschaffung des Patriarchats oder können Männer lediglich über ein emanzipatives Bewußtsein den sozialen Willen zur Veränderung entwickeln, wobei es dann noch mehr auf die Macht der Frauen bei der Veränderung ankäme.
Wir glauben, daß Männer sich endlich die Mühe machen müssen, den "patriarchalen Mann" und ihre "Geschlechterrollennormierung" benennen und zur Diskussion stellen zu können,.von der eigenen patriarchalen Deformation auszugehen.
Wir wollen versuchen, die Problematik zu konkretisieren und vorallem aufzuhören, die Patriarchatsdebatte permanent als Extrathema zu behandeln, sondern vielmehr die Einbettung aller Themen in den patriarchalen Herrschaftszusammenhang zu analysieren: Pornographie, das männliche Frauenbild, männliche Sozialisation, die Strukturierung der männlichen Geschlechtsidentität, Heterosexualität und Homosexualität, was ist überhaupt Sexualität, die Koppelung von Sexualität-Macht-Herrschaft, das autonome Individuum, Konstituierung des männlichen Subjekts, Reproduktionsarbeit.
Zu diesen Themen halten wir eine Auseinandersetzung von und mit Männern für wichtig. Ebenso Diskussionen über eine antipatriarchale Praxis von Männern: Wie kann eine solche zum jetzigen Zeitpunkt aussehen, was hat sie zu berücksichtigen?

"Gerade die Fragen, die uns bedrängen, weigern wir uns zu formulieren."
(Maurice Merleau-Ponty)

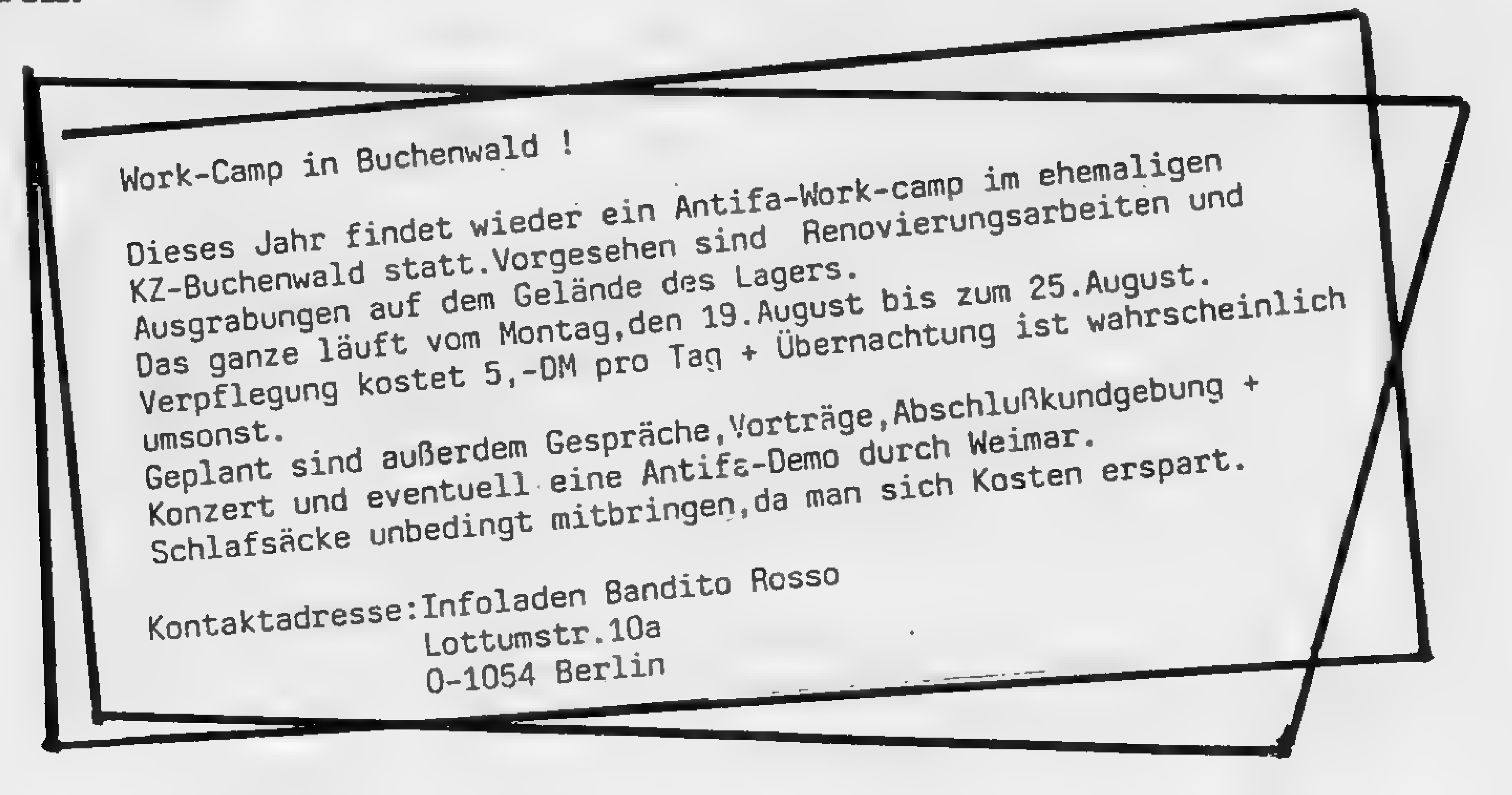
Gerade das haben wir aber jetzt gemacht: Wir haben zwar geschrieben, daß wir eine grundsätzlich antipatriarchale Orientierung in der WWG-Mobilisierung vorantreiben wollen, im Rest des Textes ist davon aber nichts zu merken, außer ein paar Worten zum Sextourismus - nicht mehr als eins der gewohnten antipatriarchalen Pflicht-Alibis.
Geschrieben in typisch autonomen Sprachgebrauch, versucht sich der Text fast ausschließlich in der objektiven und ökonomischen Beschreibung der neuen Weltordnung und der internationalen Mächtekonstellationen. Es ist zwar nicht so, daß wir eine objektive Beschreibung der ökonomischen Verhältnisse für unwichtig hielten. Es ist aber so, daß durch diesen Blick von außen auf die Welt wie auf ein Schachbrett der Eindruck einer Klarheit und Stärke entsteht, die wir nicht haben. Da kann auch ruhig vom Scheitern revolutionärer Konzepte die Rede sein, der Eindruck dieser falschen Klarheit und Stärke entsteht trotzdem - weil wir über die Fragen, die uns bedrängen, nichts schreiben.
Was also ist eine grundsätzlich antipatriarchale Orientierung?
Ein neuerer und weit verbreiteter Versuch, die Diskussion über Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus in der gemischten autonomen Szene zu führen, ist der Text 'Drei zu Eins'. Der Ausgangspunkt des Textes ist die "Kritk eines überkommenen Klassenbegriffs, der patriarchalisch vorgeprägt und dominiert ist und voller Rassismen steckt. Die Analyse von globalen und lokalen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen war immer ökonomistisch verzerrt und machte die Existenz von Patriarchat und Rassismen 'unsichtbar'. Sie trennt Kämpfe in Haupt- und Nebenwidersprüche und stülpte der Welt ein weißes, eurozentrisches Raster über." Aus der Absage an die Konzeption von Haupt- und Nebenwiderspruch folgert im Text die Absage an ein durch den Hauptwiderspruch objektiv festgelegtes revolutionäres Subjekt. Als einen darüber hinaus gehenden Ansatz, das Verhältnis der verschiedenen Unterdrückungen zu beschreiben, entwickeln die AutorInnen das "Denkmodell einer netzförmig angelegten Herrschaft": "Die Maschen des Netzes sind weiter (Metropole) oder enger (Trikont). Die Fäden älter (Patriarchat) oder neuer (Kapitalismus). Stabiler (in der BRD z.B.) oder schwächer (in Mittelamerika z.B.). Die Fäden bilden unterschiedliche Knoten (Rassismen sind anders mit Kaptialismus verbunden als das Patriarchat usw.) und das Netz wird von manchem repariert und neu geknüpft (Kapital, Staat, Weiße, Männer), um andere zu fesseln (Frauen, Schwarze, ArbeiterInnen), und sie zerreißen es, so gut sie können."
Je mehr wir versuchen das Denkmodell netzförmig verknüpfter Unterdrückung nachzuvollziehen, umso klarer wird uns, daß diese Herangehensweise zu mechanistisch und schematisch ist: Sie führt notwendigerweise zu einem Begriff von Herrschaft, der wie bei einem Rechenexempel verschiedene Unterdrückungen aufzählt und zusammenaddiert. Letztendlich bleibt als Erklärung, wann welche Unterdrückungen vorhanden sind und damit zusammengezählt gehören: die Hautfarbe, das Geschlecht und die Klassenzugehörigkeit der Unterdrückten selbst. Rassismus wird zum Problem der Anwesenheit von Schwarzen, Sexismus zu dem von Frauen usw. Das wird an den Beispielen deutlich, mit denen die AutorInnen die "Unterschiede in den Zusammensetzungen der Unterdrückungen" beschreiben wollen: "Gewalt eines Weißen gegen die weiße Ehefrau hat nur peripher etwas mit kapitalistischer/imperialistischer Ausbeutung zu tun und eigentlich nichts mit Rassismen; ein weißer Malocher am Fließband wird nicht rassistisch und schon gar nicht sexistisch ausgebeutet; ein schwarzer Malocher neben ihm zumindest aber auch noch rassistisch unterdrückt; wenn weiße Arbeiter einen Schwarzen zusammenschlagen ist das in aller erster Linie rassistisch, auch wenn es Ursachen in der kapitalistischen Ausbeutung aller Beteiligten haben kann; wenn schwarze Arbeiterinnen gegen einen weißen Chef streiken, dann kommen ganz andere Komponenten zusammen."
Es ist doch nicht so, daß der weiße Meister nur dann rassistisch ist, wenn er einen schwarzen Malocher als 'Kanaken' diskriminiert, nur dann sexistisch , wenn er einer Mitarbeiterin 'auf den Hintern klatscht'. Und es ist doch nicht so, daß dieser Meister dann nicht mehr kapitalistisch geprägt ist, also in Warenkategorien denkt und handelt, wenn er selbst vom Chef ausgebeutet und ab und an zur Schnecke gemacht wird.
Wenn wir im Folgenden versuchen, einen Begriff von herrschender Subjektivität im Ansatz zu entwickeln, dann geht es uns um eine andere Sichtweise auf die Zusammenhänge von Sexismus, Rassismus und Klassenwiderspruch. Wir wollen unsere Entwicklung zu Subjekten und unsere Strukturen als Subjekte im metropolitanen Herrschaftsverhältnis verstehen lernen. Das ist Voraussetzung dafür, das Funktionieren der Herrschaft in den Metropolen - ausgehend von unseren Realitäten und unseren Positionen in den Machtverhältnissen - anzugreifen, und somit unsere Aufgabe im weltweiten Kampf um Befreiung wahrzunehmen. Wie wenig wir das tun, zeigt sich schon daran, wie wenig der Begriff 'Kampf um Befreiung' mit unseren Erfahrungen gefüllt ist und wie wenig er dadurch an andere vermittelt.
Wir gehen davon aus, daß die Subjekte Produkte der Macht sind, daß die herrschende

Subjektivität männlich, weiß, verdinglicht, individualisiert ist, sich als unabhängig setzt und alles Andere (Frauen, Schwarze, Natur) zum Objekt macht, daß diese herrschende Subjektivität verwoben ist mit den institutionalisierten Formen der Herrschaft im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich: Lohnarbeit, Fabrik, Ehe/Zweierbeziehung, Gesetzgebung, Familie, Schule, Knast, Psychiatrie, daß die Subjekte immer wieder die Institutionen reproduzieren, und die Institutionen sich wiederum in diese Subjekte einschreiben. Historisch läßt sich zurückverfolgen, wie diese Momente der herrschenden Subjektivität von Männern gewalttätig und in Kämpfen gegen Frauen, gegen Schwarze durchgesetzt worden sind.

Der Mann gewinnt seinen eigenen Subjektstatus, indem er die Frau, das Andere, zum Objekt macht, das heißt, diese Subjektwerdung ist untrennbar verbunden mit Herrschaft. Er hat Definitionsmacht, die Frau ist von ihm abgeleitet. Seine männliche Aktivität, Unabhängigkeit und Stärke macht die Frau in seiner Vorstellung zum stereotypen Gegenteil: weiblich-passiv, abhängig, schwach. Historisch konnte sich das Konstrukt männlicher Unabhängigkeit nur durchsetzen, indem die Frau gesellschaftlich in den Bereich der Abhängigkeit verwiesen wurde: Hausarbeit und Reproduktion in Ehe und Familie - und sie verschwand darin, weil diese Arbeit nicht als Arbeit zählt, noch als gesellschaftlich grundlegend anerkannt wird. Historische Formen weiblicher Autonomie ohne männliche Beschützer, wie sie es in Teilen Europas noch im 16. und 17. Jahrhundert gab, sind mit dem Aufstieg des Bürgertums und der Industrialisierung vernichtet worden: "Unzählige Frauen schlugen sich in dieser Zeit selbstständig durch, als Handwerkerinnen, Fahrende und Marketenderinnen, Hebammen und Trickbetrügerinnen. Von einer Unsichtbarkeit der Frauen, ihrem Verschwinden in der Reproduktion konnte keine Rede sein., Im Gegenteil, die Frauen stellten quantitativ die Mehrheit der Bevölkerung. Sie waren laut, frech und unbotmäßig, und sie mischten in allen Sekten und Aufstandsbewegungen aktiv mit. Sie stellten ein brodelndes Potential der Revolte, einer Revolte, die geistliche wie die weltliche Macht gleichermaßen bedrohte." (Ingrid Strobl).

Die offensichtliche Diskrepanz zwischen der realen Abhängigkeit der Menschen voneinander und speziell der Männer vom weiblichen Gebärvermögen auf der einen Seite und der männlichen Unabhängigkeitskonstruktion auf der anderen Seite ist eine Triebfeder zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie: Bei den alten Griechen wurde gedanklich der Schritt vollzogen, die Abhängigkeit vom Gebärvermögen der Frauen zu negieren. Die Frau wurde zum Gefäß reduziert, in dem der männliche Samen reift. Die Hexenverfolgung war ein entscheidender Schritt, den Frauen die Selbstbestimmung über Kinder kriegen oder nicht zu enteignen, und sie in die Abhängigkeit von männlicher Medizin zu bringen. Diese medizinische Wissenschaft versucht heute fieberhaft, die von Frauen unabhängige Reproduktion von Menschen zu realisieren.

Wir haben am Anfang dieses Abschnitts geschrieben, es geht uns um eine Sichtweise auf das Verhältnis von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch in der Metropole, die von der herrschenden Subjektivität ausgeht. Damit meinen wir im Kern die Vorstellung, daß sowohl rassistische, sexistische als auch kapitalistische Denk- und Verhaltensstrukturen Bestandteil bzw. Ausdruck dieser männlichen, weißen Subjektivität sind. Wir würden diese Subjektivität angesichts ihres historischen Ursprungs als patriarchal bezeichnen. Bei einer grundsätzlich antipatriarchalen Orientierung geht es uns also um die Entwicklung einer (wie sollen wir dazu sagen?) Subjektivität, die die weiße, männliche, verdinglichte und individualisierte Subjektivität hinter sich läßt. Und wenn uns jetzt die Formulierung, daß dieser Prozeß ein kollektiver sein muß, zur Phrase verkümmert, dann liegt das daran, daß wir bei der Beschreibung der herrschenden Subjektivität zwar von unseren eigenen Erfahrungen ausgegangen sind, aber diese nicht beschrieben haben. Herrschaft funktioniert in der Metropole nicht mehr hauptsächlich über direkte Repression, sondern durch die Konstruktion von Subjektivität, Wunschvorstellungen, Sexualität und Bedürfnissen, indem die Kontrolle in die Körper und Köpfe selbst eingeschrieben wird und alle Lebensbereiche durchdringt. Diese subtile und fortgeschrittene Herrschaftsform funktioniert dadurch, daß die Subjekte profitierende TeilhaberInnen an den institutionellen Formen von rassisitischer, sexisitischer und kapitalistischer Unterdrückung sind. Die Möglichkeit, an diesen Formen der Unterdrückung profitierend teilzuhaben, ist natürlich sehr unterschiedlich und hängt davon ab, inwieweit Subjekte von diesen Unterdrückungen selbst betroffen sind, und inwieweit sie ihre eigene, produzierte Subjektivität in Frage stellen und die Umwälzung der Verhältnisse organisieren.


Work-Camp in Buchenwald !

Dieses Jahr findet wieder ein Antifa-Work-camp im ehemaligen KZ-Buchenwald statt.Vorgesehen sind Renovierungsarbeiten und Ausgrabungen auf dem Gelände des Lagers.
Das ganze läuft vom Montag,den 19.August bis zum 25.August.
Verpflegung kostet 5,-DM pro Tag + Übernachtung ist wahrscheinlich umsonst.
Geplant sind außerdem Gespräche,Vorträge,Abschlußkundgebung + Konzert und eventuell eine Antifa-Demo durch Weimar.
Schlafsäcke unbedingt mitbringen,da man sich Kosten erspart.

Kontaktadresse:Infoladen Bandito Rosso
Lottumstr.10a
O-1054 Berlin

Kohl und Rafsandschani
Hand in Hand!

Auf Einladung der Bundesregierung wird Rafsandschani - der Präsident der Islamischen Republik Irans - in die BRD kommen. In naher Zukunft wird auch Helmut Kohl nach Teheran reisen. Dadurch versucht die Bundesregierung das Teheraner Mullah-Regime aus seiner wohlverdienten internationalen diplomatischen Isolation herauszuholen, um als Gegenleistung für die großen deutschen Konzerne weitere wirtschaftliche Konzessionen und Vorteile zu erlangen. Das war auch das Ziel der Reise, die Bundeswirtschaftsminister Möllemann samt 40 Vertretern der Großindustrie kürzlich nach Teheran unternahm. Die gleichen Konzerne, die mit ihren massiven Waffenlieferungen an den Irak und Iran den 8jährigen Vernichtungskrieg mitgeführt haben, sollen nun vom sogenannten "Wiederaufbau" profitieren. Dies dient im Grunde nichts anderem als der Vorbereitung weiterer Kriege und erhält die Herrschaft eines Regimes aufrecht, das seit seinem 12jährigen Bestehen ein Musterbeispiel politischer Barbarei darstellt.

Wer ist Rafsandschani?

Nachdem Saddam Hussein mit seinem Überfall auf Kuwait sich als Lieblingsfigur der Imperialisten in der Golfregion vorläufig disqualifiziert hat, versuchen nun die Regierungen und Massenmedien der Bundesrepublik und weiterer europäischer Länder, Rafsandschani als einen "liberalen Reformer" darzustellen. Dieses Bild entbehrt jeglicher Realität. Rafsandschani ist von Anfang an eine der Hauptfiguren des islamischen Regimes gewesen. Er hat als die rechte Hand Khomeinis eine entscheidende Rolle bei allen Verbrechen gespielt, die dieses Regime begangen hat.

Rafsandschani ist Symbol und Vertreter eines Regimes,

- das für die Hinrichtung von Tausenden und aber Tausenden politischer Gegner verantwortlich ist;
- das zehn Tausende politische Gefangenen seinen mittelalterlichen Foltermethoden unterworfen hat;
- das für seine patriarchalisch-religiösen Ideologie und für die Unterdrückung der Frauen berüchtigt ist;
- das die Arbeiter einer brutalen Ausbeutung ohne Streikrecht und ohne das Recht auf freie Gewerkschaften und andere Organisationsformen aussetzt;
- das die nationalen Minderheiten (darunter besonderes die Kurden) politisch, wirtschaftlich und kulturell benachteiligt und mit militärischen Mitteln unterdrückt;
- das die religiösen Minderheiten, Atheisten und alle Andersdenkenden verfolgt, foltert und ermordet;
- das die Flucht von Millionen Iranern ins Ausland verschuldet hat,
- und das viele terroristische Aktionen in der ganzen Welt zu verantworten hat.

Der einzige Fall, der kurzfristig internationalen Protest erregte, war das immer noch bestehende und auch von Rafsandschani wiederholt bekräftigte Todesurteil gegen Salman Rushdie, das nun seitens der Bundesregierung "vergessen" worden ist.

„Menschenrechte" oder wirtschaftliche Interessen?

Die deutsche Regierung schweigt über diese gravierenden Unterdrückungsmaßnahmen und pflegt freundschaftliche Beziehungen zum iranischen Regime,

weil die sogenannten "Menschenrechte" nur dort Beachtung finden, wo es die politischen und vor allem wirtschaftlichen Interessen verlangen,

und weil die Bundesrepublik weiterhin der größte Handelspartner des Iran bleiben will.

Der Versuch der Bundesregierung, das iranische Regime "moderat" darzustellen, die Einladung Rafsandschanis und die geplante Reise Kohls in den Iran dienen außerdem der psychologischen Vorbereitung auf die Abschiebung eines Teils der iranischen Flüchtlinge. Sie sollen, ebenso wie viele andere Flüchtlinge aus anderen Ländern, gemäß des neuen "Ausländergesetzes" abgeschoben werden. Die Bundesregierung versucht dadurch die zunehmenden ausländerfeindlichen Tendenzen mehr als zuvor in ihre Politik zu integrieren.

Diejenigen, für die das Schicksal von Menschen nicht hinter wirtschaftlichen Interessen zurücktritt, und diejenigen, die diese Unterdrückungsmaßnahmen nicht verschweigen wollen, fordern wir auf, sich gegen den Besuch Rafsandschanis in die BRD und gegen die geplante Reise Kohls nach Teheran einzusetzen und gemeinsam mit uns

- für den Abbruch aller Beziehungen zum iranischen Regime und
- gegen die Abschiebungspläne der Bundesregierung

zu protestieren.

Aktionskomitee gegen den Besuch Rafsandschanis - Berlin

Juli, 1991



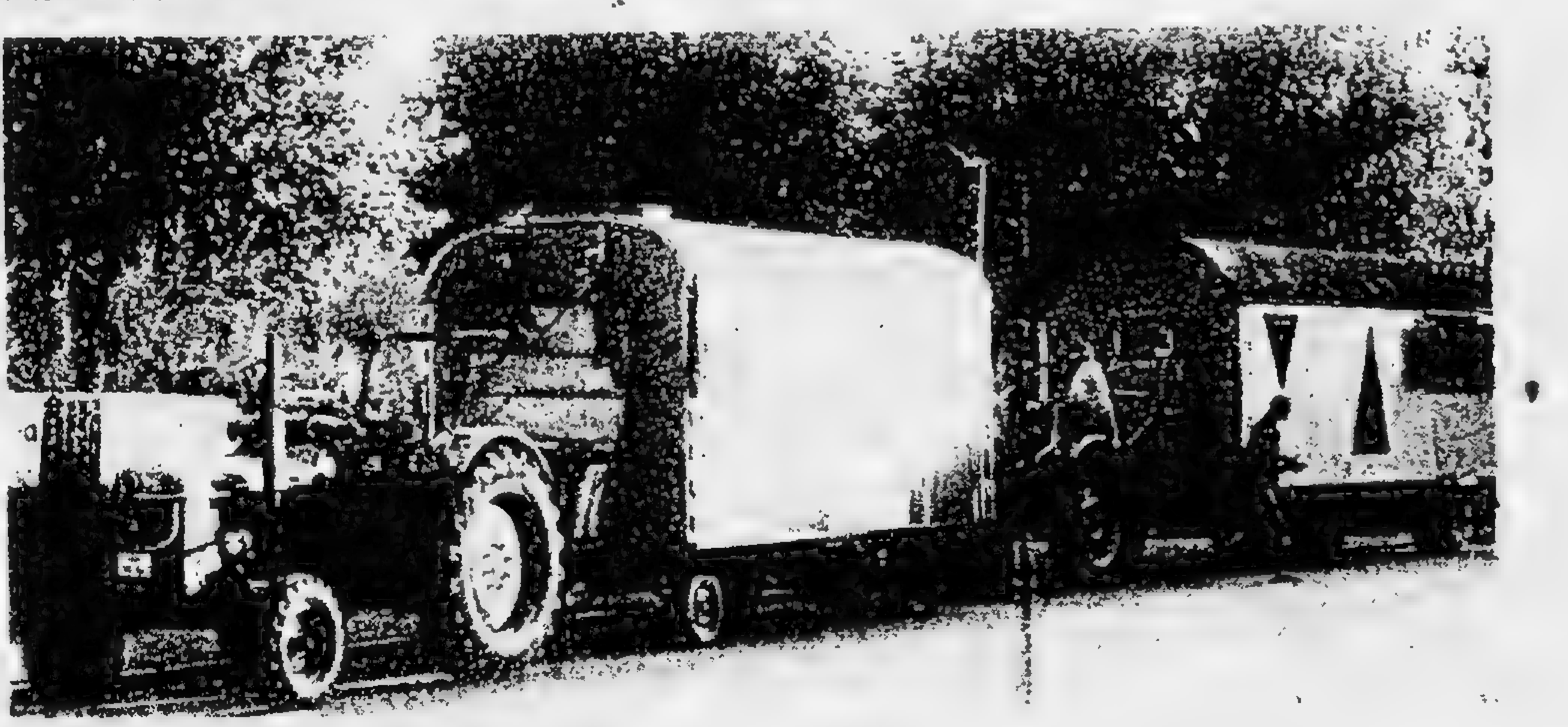


Kontaktsadresse:T.F.A. Postfach 126822 , 1000 Berlin 12

Wagenburgräumungen in Tübingen und Stuttgart

Rock'n'Roll in der Architektur heisst: Tipis auf Wiesen, Jurten in den Alpen, Zirkuswägen in Hinterhöfen, Höhlen, Kuppeln und Nester, wo es den Menschen beliebt und klingt dies noch so versponnen, es entspricht einem starken Bedürfnis vieler Mitbürger, nicht nur Studenten, Atom- und Startbahngegnern mit einschlägigen Laub- und Baumhüttenerfahrungen. So mancher Globetrotter, bevor er zum Globaltrottel wird, lehnt den aufwendigen Wohnkomfort der Normalwohnung ab, nicht nur weil's zu teuer ist, vor allem weil das Naturerlebnis fehlt: das Provisorische, Pflegeintensive, Abenteuerliche und Experimentelle, das Spielerische und Schöpferische, die eigene Urerfahrung mit dem Bauen. Für viele vielleicht nur als ein Entwicklungsschritt hin zum komfortablen "trauten Haus" aus Stein - doch darfs dann auch ein Trulli sein.

Aus der Allgemeinverfügung:
"(...) Die Verfügung richtet sich gegen die Eigentümer und Besitzer der Bauwagen Wohnwagen, Fahrzeuge und baulichen Anlagen als Störer. (...) Da diese (die Wagen) zu Wohnzwecken genutzt werden entsprechen sie nicht den Anforderungen, die nach der Landesbauordnung an Wohnraum geknüpft werden. Nach §... muß jede Wohnung ein Bad mit Badewanne oder Dusche haben ... muß jede Wohnung mindestens eine Toilette haben ... müssen Aufenthaltsräume mit ordnungsgemäßer Heizung versehen werden ... müssen Aufenthaltsräume mit Fenstern versehen werden, die eine ausreichende Belichtung und Belüftung der Räume gewährleisten ..."



Lustig was? Was ihr da gerade gelesen habt, sind die MieterInnenschutzgesetze zur zur Hebung des allgemeinen Standards von Mietwohnungen. Ich weiß nicht ob es so was in Berlin auch gibt, aber ist ja eigentlich auch egal, weil irgendwem nützen sie eh nicht, im Gegenteil, werden sie doch inzwischen schon als Begründung für Räumungsklagen herbeizitiert, wie im Falle der Wagenburgen in Tübingen und Stuttgart geschehen ist, und ich bezweifle, daß es Einzelfälle sind.
Ich will erstmal auf die Verfügung eingehen, bevor ich die Odyssee der Wagenburgen dokumentiere. Beim lesen war ich hin und her gerissen zwischen ungläubigem Lachen und Verzweiflung, offenbart sie doch die absolute Dreistigkeit und Peinlichkeit der Herrschenden, denen die Probleme, wie zB Wohnungslosigkeit inzwischen völlig aus den Händen gleiten und die sich in ihrer Angst vor Unkontrollierbarkeit in ihrer eigenen Logik verzetteln. So heißt es auch weiterhin: "Von ihrer Rechtswidrigen Besetzung des Grundstücks geht eine Initialwirkung auf andere aus, sodaß damit gerechnet werden muß, daß diese ihr Rechtswidriges Verhalten nachahmen." Klar stellt euch mal vor die über eine Million Obdachlosen würden auf den Geschmack kommen und sich Wagen besorgen, nach dem Motto "Macht die Vermieter arbeitslos, nehmt euch 'nen Wagen und zieht los!", was hätten wir dann? Chaos und Anarchie!!



Da wird lieber Geld in Obdachlosenasyle investiert, in die kein Mensch einziehen will, spiegeln sie doch gleich dem Knast, ihre Ordnung wieder, die auf völlige Selbstaufgabe und Isolierung aufbaut. So findet sich in der Verfügung auch der Hinweis, daß das Nächtigen auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen in der Zeit von 20°°h bis 6°°h untersagt ist. Die Wagenburg steht zwar nicht auf einer öffentlichen Verkehrsfläche, ist aber der Öffentlichkeit frei zugänglich. Und am Schluß, nachdem sie sich auf 5 Seiten erbrochen haben, um den Leuten aus den Wagenburgen ihre Grundlage zu entziehen (Androhung bei Verbleib auf dem Platz, die Wagen sicherzustellen), kommt dann noch der Hammer:
"Außerdem nutzen Sie die Rechtswidrigkeit Ihres Tuns und die drohende Obdachlosigkeit bewußt und gezielt zur Erpressung des Staates aus, um beispielsweise gegenüber den mehr als 4800 wohnungssuchenden Personen in der Notfallkartei des Amtes für Wohnungswesen bevorzugt behandelt zu werden." Lachen oder weinen?
Aber das, was nun im Schwabenland seit einiger Zeit passiert, hat nichts mehr mit lachen zu tun, das ist eher bitter. Angefangen hatte es in Tübingen, wo sich im April eine Wagenburg gründete. Ein erstes Räumungsultimatum wurde schnell wieder ausgesetzt und es sah so aus, als ob die Stadt mit ihnen verhandeln wollte. Aber etwas später ging es dann los mit Räumungsklagen in dem Stil der vorgestellten. Es liefen Infostände, Aktionen, Festivals und Pressekonferenzen gegen die Räumung, die Wagenburg wurde bis Anfang Juli in der Stadt geduldet, ein Ersatzplatz jedoch nicht zur Verfügung gestellt. Als die WagenbewohnerInnen auf einen Privatplatz ziehen wollten, verhinderten die Bullen es, indem sie Druck auf den Eigentümer ausübten (strafbare Handlung...).
Schließlich zog die Burg an den Stadtrand, auf ein Gelände, daß dem französischen Militär gehörte. Inzwischen ist es in städtischen Besitz übergegangen. Es folgten für die Tübingerinnen ein paar halbwegs ruhige Wochen, dafür lief der Streß in Stuttgart geballt weiter. Nachdem der ersten Räumungsklage gegen die Stuttgarter Wagenburg "Wilder Süden" nicht stattgegeben wurde (falsche Grundstücksnummer usw) nahmen Stuttgarts Saubermänner Kontakt mit der rotgrünen Tübinger Stadtregierung auf. Diese hatten inzwischen Erfahrung mit Räumungsverfügungen und kurz darauf tauchte diese fast wortwörtlich in Stuttgart auf - und hatte Erfolg.

Die BewohnerInnen der kleineren Wagenburg "Krakelbont" (ein Ableger vom Wilden Süden) zog nach mehreren Umzügen nach Tübingen und erhoffte sich dort Verschnaufpause. Der Wilde Süden zog einmal um und ließ es dann auf dem zweiten Platz auf eine Räumung ankommen, mit dem Resultat, daß sieben Wagen beschlagnahmt wurden (inzwischen aber wieder eingelößt). Trotz des permanenten Widerstands der BewohnerInnen in Form von Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Mobilisierung und dem Versuch VerhandlungspartnerInnen zu finden wurde die Wagenburg von einem Platz zum nächsten getrieben.

Im angrenzenden Landkreis Esslingen suchten sie auf einem kirchlichen Platz Asyl. Denen war das alles allerdings auch nicht geheuer und zusammen mit der Esslinger Stadtregierung wurden die BewohnerInnen wieder nach Stuttgart gedrängt (wo sie sowieso wieder hinwollten). Zur Zeit stehen sie dort im Fasanenhof, ebenfalls ein kirchliches Gelände aber das nächste Ultimatum läuft...

In Tübingen ist am letzten Donnerstag wieder geräumt worden und die Wagenburg steht jetzt am Stadtrand auf 'nem Gelände und versucht zu verhandeln. Es ist klar,daß sie als Gruppe zusammenbleiben wollen und keine Alternative darin sehen würden in Häuser zu ziehen. Der ganze Trubel hat so einiges zusammengeschweißt. Ohne die Solidarität aus den Wagenburgen Städte und den wenigen Häusermenschen aus der Szene, hätten die BewohnerInnen nicht solang durchgehalten, hat sich doch mal wieder gezeigt daß die Schweine schon weit mehr begriffen haben, als die meisten Szeneleute.

Es geht hier nicht (nur) um Wohnungsnot, sondern um freiwillig gewählte Formen des kollektiven Zusammenlebens. Wer glaubt wir würden alle nur darauf warten zurück ins Betonhaus zu ziehen)... Darüber ließe sich vortrefflich streiten, aber da kommt ja nichts von den Häuserfetischisten - keine Reaktionen, keine Auseinandersetzung.

Wenn die Nacht am tiefsten ist,
ist der Tag am nächsten. (Hoffen wir's)

Nächsten Sonntag 20°°h ist in der Wagenburg "Schwarzer Kanal" an der Schillingbrücke (B-Mitte) ein Treffen für alle, die interessiert sind das nächste WagenbewohnerInnen-Treffen in Berlin (Ende September) mit vorzubereiten.



Erklärung einiger Leute der Gruppe EDELWEISS

In der letzten "Interim" meinte irgendjemand/irgendeine Gruppe namens Laura Salmann uns anpissen zu müssen, weil ihr unser Flugblatt-Entwurf "Komm zu uns" nicht paßte. Dazu wollen wir mal was klarstellen:

Das abgedruckte Flugblatt war ursprünglich nur ein Entwurf, der allerdings noch ca. 50 x in dieser Form verteilt/verschickt wurde. Er ist aber bereits seit längerer Zeit überarbeitet worden, denn es handelt sich bei uns NICHT um eine reine Jungengruppe! Daß das in der ersten Fassung trotzdem so rüberkommt finden wir auch scheiße und haben's deshalb auch geändert.

Trotzdem glauben wir, daß es "Laura Salmann" in Wirklichkeit nicht allein darauf ankam, denn ansonsten ist ihr Text voll mit Anpisserei, da werden uns Sachen unterstellt, die total ungeheuerlich sind:

Wir wenden uns angeblich nur an "gesunde Jungen". Das haben wir NIRGENDWO geschrieben/gemeint, es wird allein an "Fahrradtouren und Zeltlagern" festgemacht! Mit dieser Argumentation kann fast ALLES diskriminiert werden.

Eine "unpolitische Gruppe" sind wir vordergründig wirklich, AUCH wenn wir unsere Anschrift im Mehringhof haben. Oder ist der etwa der Hort der Revolution, den wir nur mit Prüfung der reinen autonomen Lehre betreten dürfen? Für uns ist dieser Begriff ("keine politische Gruppe") aber relativ, wir haben nämlich einfach kein Bock auf die üblichen linksradikalen Phrasen, auch wenn die meisten von uns sich am ehesten als Autonome bezeichnen. Die schrecken - zu Recht - leider viele von denjenigen ab, die wir erreichen wollen. Und das sind eben auch "unpolitische" und sogar "rechte" Jugendliche - denen wir aber (wie's auch im Flugblatt steht) Werte wie Toleranz, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung näherbringen wollen. Das heißt aber für uns nicht, daß wir mit platten Politphrasen hausieren gehen, denn die sind ja oft eh nur Floskel, wie wir jetzt wieder mal gesehen haben. Oder fällt Dein/Euer Flugblatt noch unter "Solidarität, anderes Umgehen miteinander" usw.?

Uns kommt es so vor, als wenn wieder mal ein Ansatz von anderer (im Prinzip auch politischen) Arbeit von besserwisserischen Leuten bekämpft wird, die natürlich alles können und wissen. Denn: Was zu kritisieren (wenn man/frau den Text noch als Kritik bezeichnen will...) ist immer leichter, als selber machen. Oder als sowas wie SOLIDARISCHE Kritik zu bringen, die aus einem wirklichen Interesse rauskommt. Doch die radikale Linke kann sich wirklich nicht rühmen, auch nur ansatzweise sowas wie Jugendarbeit auf die Beine gestellt zu haben! Stattdessen werden Ansätze verrissen und in die Nähe faschistischen Gedankenguts gestellt. Vielen Dank!

Edelweiß, Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61

Zwei Männer legten Betonplatte auf Gleise

Attentat auf Zug in Pinneberg

Pinneberg (rb). Die Fahrgäste des vollbesetzten Eilzuges 3562 sind am Montag in Pinneberg knapp einer Katastrophe entgangen. Zwei junge Männer wollten den Personenzug Altona-Kiel unter der Hochbrücke an der Discothek „New Carina" entgleisen lassen. Die Täter hatten eine etwa acht Zentimeter dicke Gehwegplatte aus Beton auf die Schienen gelegt. Der Lokführer des Eilzuges war nur mit etwa 110 Kilometern pro Stunde über die Platte hinweggefahren und hatte diese mit seinem schweren Gefährt zermalmt. Hätte er mit Tempo 140, wie sonst auf diesem Streckenabschnitt üblich, die Stelle passiert, wäre der Zug unweigerlich aus den Schienen gesprungen.

Die beiden Täter, die der Hamburger „Hafenstraßen-Szene" zugerechnet werden, wurden von Zivilfahndern der Hamburger Polizei noch in Tatortnähe festgenommen. Die Beamten hatten sie aus der Ferne beobachtet, konnten den Anschlag jedoch nicht mehr rechtzeitig verhindern. Die Polizei geht davon aus, daß es sich um einen Terrorakt gegen die Bundesbahn handelt.

In die Ermittlungen wegen dieses „gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr" wurden außer der Pinneberger Kripo auch das für die Verfolgung politischer Delikte zuständige Staatsschutz-Kommissariat 25 der Itzehoer Polizeidirektion West und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Die Polizei wollte gestern noch keine genaueren Angaben zu den Tätern und den Umständen des Anschlags machen.

Der Lokführer des in Richtung Kiel fahrenden Eilzuges 3562 hatte die Geschwindigkeit vor dem Pinneberger Bahnhof reduziert, um diesen ohne Halt sicher zu passieren. Er war gerade dabei, das Tempo auf rund 140 zu beschleunigen, als er unter der Hochbrücke einen Schlag hörte und der Zug erschüttert wurde.

Daß er nur knapp einer Katastrophe entgangen war, die Hunderte von Menschenleben hätte kosten können, wußte der Zugführer zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Nach Angaben der Bundesbahn meldete der Lokführer um 17.37 Uhr über Zugbahnfunk dem Pinneberger Fahrdienstleiter den Vorfall. Der Kollege des folgenden Zuges wurde angewiesen, die Fahrt unter der Hochbrücke zu verlangsamen und verdächtige Wahrnehmungen zu melden. Doch außer den zerborstenen Betonstücken auf dem Bahndamm sah er dort keine weiteren Hindernisse.

PRESSEERKLÄRUNG

Hamburg, den 2.8.91

Am Montag, dem 29.7.91 wurden gegen 18.00 Uhr zwei Männer in Pinneberg in der Nähe der Bahnlinie festgenommen.
Angeblich wollen Hamburger Zivilfahnder "zufällig" beobachtet haben, daß die beiden Betonplatten und Holzteile auf die Schienen gelegt haben. Um 17.30 Uhr soll ein vollbesetzter Eilzug in Richtung Kiel die Gegenstände überrollt haben.
Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft Itzehoe Haftbefehl wg. "gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr" erlassen.
Seit dem 30.7. sitzen die beiden in Itzehoe und Kiel in Untersuchungshaft.

Wir als langjährige FreundInnen und Bekannte wissen, daß die Vorwürfe nicht stimmen! Wir kennen sie als politisch bewußte Menschen, für die solch eine "Aktion" völlig ausgeschlossen ist und ausdrücklich verurteilt wird.

Von daher gibt es nur zwei Möglichkeiten was tatsächlich passiert sein kann :

1. Irdendjemand hat "zufällig" genau an diesem Nachmittag die Gegenstände auf die Schienen gelegt.
2. Hamburger Zivilfahnder waren es selbst um einen Vorwand für die Festnahme zu haben.

Wir denken weder, daß "zufällig" irgendwelche Personen die Gegenstände dort hinlegten, noch daß Hamburger Zivilfahnder "zufällig" in Pinneberg spazieren gehen.
Wir gehen von einer gezielten Festnahme aus, die nicht nur die beiden treffen soll, sondern die gesamte linke Szene !

FreundInnen und Bekannte der beiden



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

"Momentan wird die Berliner Mauer am Mittelmeer wiederaufgebaut"

"Zehn Frauen brasilianischer Nationalität im Alter von 18 bis 32 Jahren wurden von der Ertzantza (der baskischen Polizei, d.Ü.) verhaftet. Sie befanden sich in einem Animierlokal in der Nähe der erwähnten Ortschaft und werden des illegalen Aufenthalts beschuldigt. Anschließende Ermittlungen ermöglichten die Festnahme zweier weiterer Frauen in Santitxu, die keine Aufenthaltsberechtigung haben."

Solche Meldungen flattern immer öfter auf die Schreibtische der Zeitungsredaktionen, die verhafteten Frauen sind aus Brasilien, Kolumbien oder, in den meisten Fällen, aus Marokko. Es sind Frauen, die nach Euskadi gekommen sind, um ihre Lebensbedingungen zu ändern, um im Verhältnis zu ihrem Herkunftsland größere ökonomische und persönliche Unabhängigkeit zu erlangen.

Um die Möglichkeit zu erhalten, die Grenze zu überschreiten und "den Mythos Europa" kennenzulernen, mußten sie den Vater oder den Bruder überzeugen, ihr Einverständnis zum Antrag auf einen Paß zu geben; Darum kommen sie nicht herum, wenn sie ihr Land verlassen wollen.

Wenn sie dann hier ankommen, arbeiten die meisten von ihnen als Hausangestellte, ohne Arbeitsvertrag, ohne soziale Sicherheit, ohne Urlaub, für meistens nur 30 oder 40.000 Peseten.

Diese Frauen finden nie eine würdevolle Arbeit, keine soziale Integration, sie bleiben marginalisiert und das einzige, was sich in ihrem Leben geändert hat, ist, daß sie sich hier "europäisch" kleiden dürfen, aber sie sind in einen Teufelskreis geraten.

"Diese Frauen werden sozusagen dreifach ausgebeutet", meint Jali, "als Immigrantinnen, als Frauen und als Arbeiterinnen". Der Ekain-Vertreter will die Gelegenheit nicht verpassen, die Ursache des Problems zu benennen.

"Der Kapitalismus benutzt die ImmigrantInnen als billige Arbeitskräfte, vielleicht sind wir wegen der Krise momentan überflüssig, aber in ein paar Jahren werden wir wegen der Altersentwicklung der europäischen Bevölkerung wieder fehlen. Wir sind die Reserve, auch unsere Frauen. Sie brauchen Menschen, die die niedrigsten Arbeiten verrichten und bereit sind, zu den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten und sie wissen, daß wir nicht in der Lage sind, etwas fordern zu können."

Die einzige Lösung, die er sieht, um diese Situation zu ändern, ist, "daß international zusammengearbeitet wird, um den Süden nach seinen Bedürfnissen zu modernisieren, um dort Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Menschen nicht mehr gezwungen sind, ihr Land zu verlassen."



Die Immigrantinnen leben in ständiger Angst vor Abschiebung

Sie bleiben immer im Haus, trauen sich nicht auf die Straße aus Angst, wegen illegalen Aufenthalts im Lande verhaftet zu werden, was auch dazu führt, daß sie keine besseren Arbeitsbedingungen fordern, weil sie fürchten, auf die Straße gesetzt oder angezeigt zu werden.

Die ständige Angst, ausgewiesen zu werden, ist so groß, daß sie auch nicht über ihre Situation reden, wie uns Jali mitteilt, ein Marokkaner, der bei Ekain arbeitet, einem Unterstützungs- und Informationszentrum für MigrantInnen. Er weiß von vielen Frauen, die ihren Lebensunterhalt schließlich mit Prostitution verdienen mußten.

Wenn sie einige Monate als Hausangestellte gearbeitet haben, merken sie, daß ihr Lohn nichtmal zum Leben reicht, und ihre spezielle Situation zwingt sie, sich in die Reihen von Hunderten von Immigrantinnen einzureihen, die als Prostituierte arbeiten müssen. (...) Dies ist auch ihre einzige Möglichkeit, genug Geld zu verdienen, um den Familienangehörigen daheim etwas Geld schicken zu können.

"Solange es keine Arbeitsplätze und keine wirtschaftliche Entwicklung gibt, bleibt uns nichts anderes übrig, als das Land zu verlassen. Momentan wird aber die Berliner Mauer am Mittelmeer wiederaufgebaut."

Er kritisiert auch die aktuelle "Gesetzesregelung für ausländische Arbeiter", (...) "vor allem, weil sie kein Aufenthaltsrecht garantiert, und viele Menschen ein weiteres Jahr in Ungewißheit läßt."

Nur die Hälfte der ImmigrantInnen könne sich überhaupt Hoffnungen auf ein Bleiberecht machen, "der Rest bleibt wieder in einer illegalen Situation mit der Angst, verhaftet und abgeschoben zu werden (...)".

Dieses Ausländergesetz "fördert die Schwarzarbeit. Wenige Arbeitgeber geben ImmigrantInnen Verträge und soziale Sicherheit, dies sind aber Vorbedingungen zum Erhalt eines Bleiberechts."

Für die Frauen wird die Situation noch härter, weil nur sehr wenige ihre Situation legalisieren werden können, weil Hausangestellte kaum und frühere Prostituierte noch viel seltener geregelte Arbeit vorweisen können. Die Regelung enthält auch keine Möglichkeiten der Familienzusammenführung, weshalb viele Frauen weiterhin von ihren Kindern und Angehörigen getrennt leben müssen.

Er resumiert: "Wir fordern ein Gesetz, daß die Situation aller ImmigrantInnen ein für allemal löst, daß

Erfolg für Frauen in Carabanchel

Wegen der schlechten Lebensbedingungen und der Isolationshaft sind 5 Frauen, angeklagt aus ETA, PCEr/GRAPO und E ercito Guerlheiro do Povo Galego Ceibe zu sein, am 4. Juni in den Hungerstreik getreten.. "wir haben uns dazu entschlossen, weil wir die Situation nicht mehr aushalten, weil wir in Isolationshaft leben. Neben den Punkten, die wir in unseren Forderungskatalog geschrieben haben, ist es die permanente Spannung, die von den Beamtinnen durch ihre Provokationen ausgeht, und die wir ständig aushalten müssen."

Die Forderungen waren u.a. Desinfektion und Ausräuchern der Zellen; Beseitigung der Unmengen Kakerlaken und Ratten; (eine Frau sei sogar über Nacht mit einer Ratte in der Zelle eingesperrt gewesen) warmes Wasser zum Duschen; Schrank in der Zelle, um Kleidung und persönliche Gegenstände darin unterzubringen, die bisher auf dem Boden liegen; Hofgang mit mindestens 5 weiteren Frauen; Bücher, Zeitschriften in den Zellen ....

Außerdem würden die Beamtinnen versuchen, Politische und soziale gefangene Frauen gegeneinander aufzubringen.

5 Tage später haben die Frauen Besuch bekommen von der neuen Direktorin und ihrem Ersatzmann, die ihnen sofortige Verbesserungen zugesagt haben. Die gefangenen Frauen haben bestätigt, daß sich bereits einiges geändert hat, und haben den Hungerstreik [illegible] beendet.



wir hier alle legal leben können und somit die Rechte einfordern können, die allen Menschen zustehen. Nur so werden wir nicht länger marginalisiert und BürgerInnen zweiter Klasse sein."   B.Simon, Hernani



Mehrere Tausend haben in Euskadi am 28. Juni (Christopher street Day für die Rechte der Lesben und Schwulen und gegen deren Diskriminierung demonstriert. In Irunea waren es ca 250 Personen. Es nahmen teil die Organisationen EHGAM,Lesbenkollektive,Feministische Koordination Batzarre, HB und Egizan.Auf Transparenten waren Parolen gegen Diskriminierung, "Homosexualität auß die Straße""Für die sexuelle Freiheit-Nein zur Marginalisierung" usw zu lesen. In Bilbo hatten sich ca 800 Frauen und Männer versammelt die vor dem Justizpalast"das Verschwinden jeglicher Diskriminierung im gesetzlichen Bereich" forderten, um gleichzeitig festzustellen,daß" unser Hauptziel ist nicht die Erstellung eunes anderen gestzlichen Rahmens,sondern die Schaffung einer freien Gesellschaft."Die am lautesten gerufenen Parolen betrafen die freie Verfügbarkeit einer jeden Person über ihren Körper und gingen gegen Diskriminierung und Paternalismus. In Gasteiz waren es 120 Personen, die eine Demo im Zentrum der Stadt veranstalteten. Nieder mit der heterosexuellen Norm-(der Rest in Baskisch, d. Ü.) forderten Egizan und die Asambleas de Mujeres auf ihrem gemeunsamen Fronttransparent.Nach dem Verlesen einer Plattform, die die Gleichheit der Rechte der verschiedenen "Sexualitäten"forderte, wurde das Gebilde Batalla de Vitoria tapeziert."wir kleistern heute zu,was an den anderen Tagen des Jahres die offizielle Kultur zur Schau ste stellt, und bringen all das , was nicht gesehen eerden soll und stört ans Licht"Auf dem Papier stand unte ter anderem:"Niemand soll dir sagen ,was du fühlen mußt". In Donostia waren etwa 500 dem Aufruf vo der Feministischen Lesben Gipuzkoa ,Andre Independienteen Taldea, Egigizan und der Asambleas gefolgt,begleitet von einer Blechmusikkapelle

Antidiskriminatorische Plattform

In einer antidiskriminatorischen Plattform fordern die Coordination der Lesbenkollektive Euskadi u.a.

-daß lesbisch /schwul sein kein Vorwand für Diskriminierung sein darf

-die Löschung aller Polizeiakten diesbezüglich

-daß der Staat lesben- und schwulenfeindlichen Organisationen ete die Unterstützung verweigern soll

-lesbisch/homosexuell als Asylgrund anzuerkennen



Dieses Foto entstand nicht in einer lateinamerikanischen Militärdiktatur, sondern im "demokratischen" spanischen Staat. Zahlreiche Teilnehmer einer Demonstration in Burlata am 28.Juni gegen eine Polizeirazzia und in Solidarität mit den Verhafteten aus diesem Ort erkannten in dem Zivilbullen, der hier einen Demonstranten mit der Pistole bedroht und verhaftet, denjenigen wieder, der vorher schon einen Zwischenfall provozierte. Am Steuer eines Lieferwagens gab er sich als Arbeiter aus, der es eilig hätte, fuhr in die Demonstration und gefährdete zahlreiche TeilnehmerInnen. Dabei ging seine Brille kaputt und das Auto bekam einige Beulen ab. Bei der Verhaftung sagte er zum Verhafteten Jesús Miranda: "Du zahlst mir die Brille und haftest für die Schäden an meinem Auto."

-rechliche Gleichstellung von Lesben/schwulenpaaren mit heterosexuellen

-obwohl sie keine Anhängerinnen der Institutionalisierung von Gefühsbeziehungen siad:keine Diskriminierung von Lesben und Schwulen ,die heiraten wollen

-Recht auf Adoption

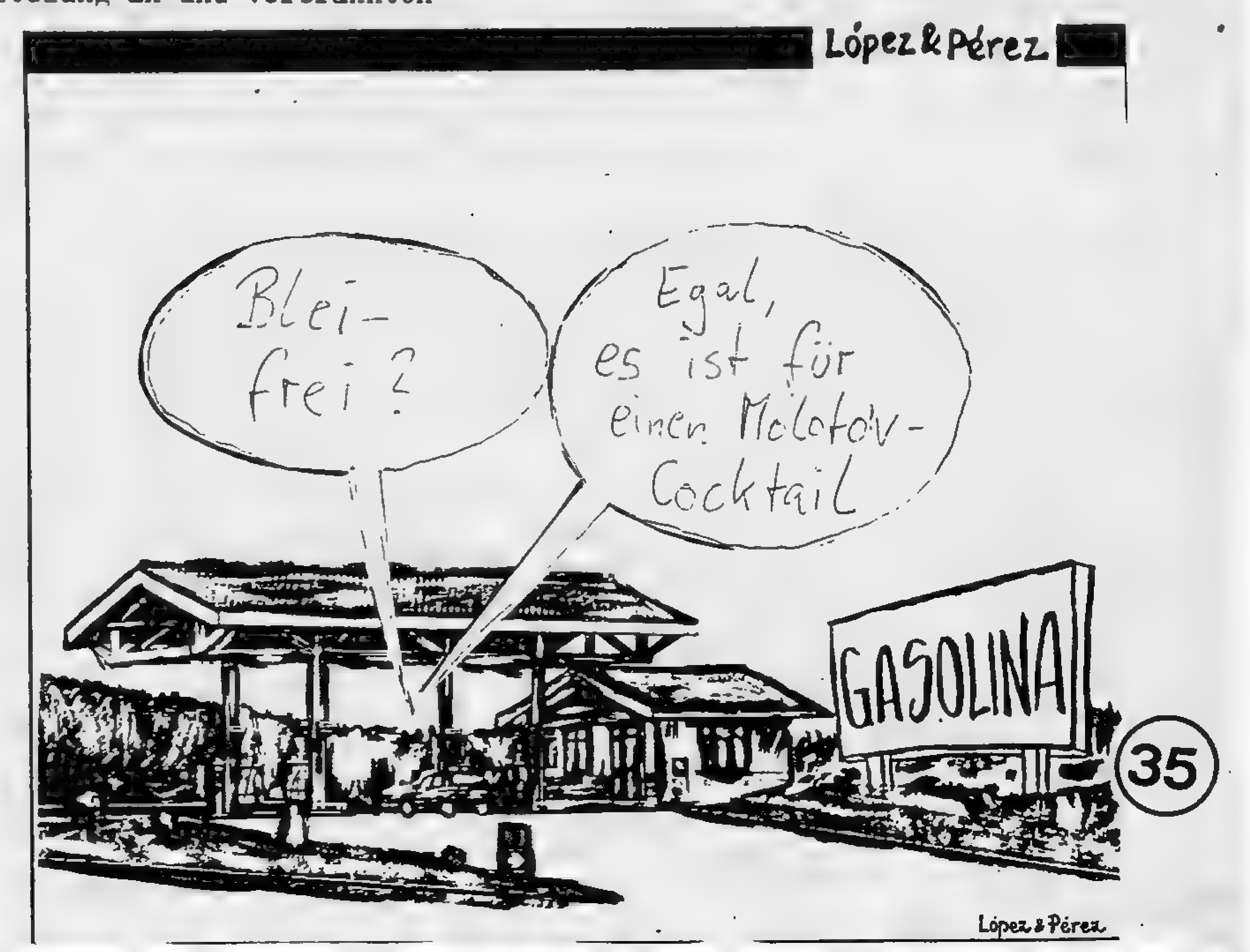
-Recht auf Kinder nach Scheidung oder Trennung

-exalizit keine Diskriminierung am Arbeitsplatz

- Anerkennung von Lesben auch im Gesundheitswesen, speziell Gynäkologie und Psychologie
- Keine Diskriminierung von Schwulen und Lesben im Sexualunterricht.
- Daß Studien, Publikationen, Kunstwerke und Literatur öffentlich gefördert werden, in denen Lesben repräsentiert sind.

Kurzmeldungen

- Polen: Nachdem bei einem Verkehrsunfall in Mlava, 120 Kilometer nördlich von Warschau, zwei Jugendliche vom Auto eines Sinti verletzt wurden, kam es zu pogromartigen Szenen. Representanten der Sinti hatten sich entschuldigen und eine Entschädigung anbieten wollen. Kurz darauf griffen etwa 50 vermummte Jugendliche die Sintisiedlung an und verbrannten Fahrzeuge und einen Teil der Einrichtungen. In den folgenden Tagen leisteten über 100 Sinti aus ganz Polen ihren Brüdern und Schwestern Beistand, um weitere Angriffe abwehren zu können. Die Zeitung "Gazeta Wyborcza" kommentierte, die rassistischen Angriffe hätten Polen ins Mittelalter zurückgeworfen.
- Kolumbien: Als "Zeichen des guten Willens" ließ die "Nationale Guerillakoordination Simón Bolivar" zwei Wochen vor Beginn der mit der Regierung anstehenden Verhandlungen 15 Polizisten frei, die sie seit 45 Tagen in ihrer Gewalt hatte.
- Nicaragua: Nach den Worten von Ex-Präsident Daniel Ortega könnten die ständigen revanchistischen Angriffe gegen seine Partei FSLN diese zwingen, zum "bewaffneten Aufstand überzugehen, um ihre physische und politische Liquidierung zu verhindern." Während Regierungschefin Chamorro und zahlreiche hohe Regierungsbeamte "eine konstruktive Position" einnähmen, ziele die Politik der Revanchisten mit Ex-Contra-Führer und Palamentspräsident Alfredo César an der Spitze offensichtlich auf eine Destabilisierung des Landes, indem sie z.B. ständig gegen Übereinkünfte verstoßen, die die Übergabe der Macht an Chamorro regeln.



RESOLUTIONEN DES NATIONALEN KONGRESSES DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION POLENS

Der nationale Kongreß fand am 22. und 23. Juni 1991 in Kraków statt und verabschiedete die folgenden Resolutionen über die Situation in Polen und die Aktivitäten der anarchistischen Föderation.

1. Politische Repression

Trotz verschiedener Erklärungen und Versicherungen der polnischen Regierung, des Präsidenten und anderer Ministerien werden Menschenrechte in Polen immer noch nicht eingehalten, politische Aktivität ist nicht frei. Provokationen nehmen zu, die den Charakter einer geplanten Repression gegen AktivistInnen der anarchistischen Bewegung haben. Neben der Bullenrepression gegen Verweigerer der militärischen Erfassung und des Kriegsdienstes, gegen Grafitti-Sprayer, neben der Diskriminierung wegen Meinungsäußerungen in den Massenmedien gibt es Repression gegen direkte Aktionen wie folgende:

- Klaudiusz Wesolek – wird der Sachbeschädigung angeklagt, weil er an einer Protestaktion in Gdansk vor dem SU-Konsulat nach dem Mord an dem russischen Dissidenten und Anarchisten Piotr Siuda teilnahm. Klaudiusz riskiert bis zu zwei Jahren Knast.
- fünf Leute werden wegen einer Piotr-Siuda-Demonstration vor dem SU-Konsulat in Kraków des Angriffs auf Bullen angeklagt. Sie riskieren bis zu fünf Jahren Knast.
- Marek Kurzyniec, Przemyslaw Migala und Dariusz Pieklo werden des aktiven Widerstands gegen Bullen während der Besetzung des Wahlbüros des ehemaligen Premierministers Mazowiecki angeklagt. Der Prozeß läuft zur Zeit. Wir fordern die Einstellung politischer Repression und die Einhaltung der Menschenrechte durch den Staat. Wir fordern die Rücknahme der grundlosen Anklagevorwürfe und die Freilassung der Verurteilten.

Die Verschärfung der Anklagen, die nur auf Aussagen von Bullen beruhen, die Ermittlungsfehler und die Verhinderung von Prozessen gegen die Polizei durch die Staatsanwaltschaft zeigen, daß das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte repressiv ist und mit »Rechtsprechung« nichts zu tun haben. Wir fordern auch die vollständige Information über Menschenrechtsverletzungen in Polen.

2. Klerikalisierung und die Rolle konfessioneller Organisationen in der Gesellschaft

In der letzten Zeit können wir zahlreiche Fälle beobachten, wie die katholische Kirche von den staatlichen Behörden privilegiert wird und wie der hohe Klerus seine Ziele mittels des Staatsapparates durchsetzt. Darunter fallen:

- Die Einführung des katholischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen, die Teilfinanzierung der Religionslehrer durch das Kultusministerium, während für andere LehrerInnen das Geld fehlt, die Teilnahme von Religionslehrern an Kultusgremien.
- Versuche, der ganzen Gesellschaft die Kosten des Religionsunterrichts aufzubürden, die Finanzierung der Katholischen Universität Lublin aus dem Staatshaushalt, Versuche, von der Kirche beherrschte theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten zu schaffen, wie z.B. an der Uniwersytet Slaski.
- Der gnadenlose Krieg gegen die Pressefreiheit, der staatliche Kampf gegen antiklerikale Meinungen und moralische Zensur (Repression gegen sogenannte »Pornographie«).

Wir verurteilen diese Entwicklungen! Wir haben nichts gegen Religion an sich, wir gestehen der katholischen Kirche genau wie allen anderen das Recht zu, über alle Themen ihre Meinung zu äußern, eigene Schulen zu leiten, eigene Zeitungen, Radios oder Fernsehsender. Was wir jedoch ablehnen, ist der Zwang auf alle zur Finanzierung katholischer Aktivitäten mittels des Staatshaushalts genauso wie der Zwang, die Vorschriften dieser Organisation über das Privatleben zu akzeptieren (was wir kaufen sollen, hören, lesen, anschauen und denken sollen). Wir denken auch, daß wir kein Gesetz brauchen, das die Stellung der Kirche in der Gesellschaft festlegt. Die Kirche sollte nicht mehr oder andere Rechte wie andere Vereine haben.

3. Die soziale Situation und soziale Kämpfe

Während der wirtschaftliche Zusammenbruch fortschreitet und die soziale und poltische Krise sich verschärft, wird es klar, daß die arbeitende Bevölkerung die vom Post-Solidarnosc-Machtlager verursachte Situation nicht hinnimmt. Das zeigt sich an der zunehmenden Welle unkoordinierter und spontaner Streiks genauso wie daran, daß viele ArbeiterInnen die »offiziellen« Gewerkschaften OPZZ [1981 vom kommunistischen Regime als Konkurrenzunternehmen zur Solidarnosc gegründet] und Solidarnosc verlassen, genauso daran, wie die herrschende Clique die Möglichkeit zur Organisierung in Gewerkschaften durch Gesetze beschneidet und Streiks und Protestaktionen, die außerhalb der Kontrolle des Staates und jenseits der offiziellen Strukturen organisiert werden, die sogenannten »wilden« Streiks, zerschlägt.

Uns stehen entscheidende Veränderungen bevor. Das ideologische Modell der sogenannten Privatisierung, das von den Apparatschiks der ehemaligen Solidarnosc und der finanziell mächtigen Mafia der ehemaligen kommunistischen Partei PVAP durchgesetzt wurde, wird zur vollständigen und endgültigen Enteignung der ArbeiterInnen führen. Das bedeutet, daß der gesellschaftliche Reichtum einer kleinen Gruppe sich bereichernder, privilegierter Funktionäre des neuen Machtlagers und kommunistischen »Überlebenden« übereignet wird, die die »kapitalistischen« und »liberalen« Phrasen begierig nachplappern.

Die Rückgabe der Eigentumsrechte am gesellschaftlichen Reichtum in die Hände einer wenig zahlreichen Gruppe zeitgenössischer »Oligarchen« oder ihr Verbleib in den Händen williger Staatsfunktionäre bedeutet, daß die gesamte politische Macht in die Hände dieser Gruppe gelegt wird, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, das gesamte gesellschaftliche System zu beherrschen. Das ist nicht nur das Ende der syndikalistischen Bewegung, des Einflusses der ArbeiterInnen auf die wirtschaftliche Verwaltung (nicht zu denken an die Übernahme der Fabriken durch die ArbeiterInnen ...), sondern auch das Ende von Freiheit und Demokratie für alle und die Rückkehr zur totalitären Praxis unbeschränkter Machtausübung durch eine kleine Gruppe Privilegierter. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren, um das zu verhindern.

Eine solch schwerwiegende Veränderung erfordert ernsthafte und entschlossene Antworten.

Nur ein Generalstreik kann eine radikale Kurskorrektur der wirtschaftlichen und sozialen Transformationen in Polen bewirken. Nur ein Generalstreik kann den Diebstahl des gesellschaftlichen Reichtums durch die alte und die neue Nomenklatura stoppen. Nur ein Generalstreik kann zur Übernahme der Arbeitsplätze durch die ArbeiterInnen führen. Nur ein Generalstreik kann die vollständige Verwirklichung der Menschenrechte garantieren und die Träume einer roten, schwarzen oder sogar grünen Diktatur zerschlagen. Einen Generalstreik können weder Organisationen noch Bündnisse herbeiführen. Er wird das Werk der ArbeiterInnen selbst sein. Es ist jedoch möglich, seinen Ausbruch dadurch zu beschleunigen, daß wir uns den Kämpfen der Belegschaften für alltägliche ökonomische Interessen anschließen, den Kämpfen gegen bürokratische Verwaltungsstrukturen und die Gewerkschaftsnomenklatura, den Kämpfen zur Verteidigung der ArbeiterInnenrechte.

Im besonderen:

- klare und soweit möglich praktische Unterstützung für »wilde Streiks«
- Kontaktaufnahme mit allen unabhängigen Gewerkschaften (Freie Gewerkschaften, Solidarnosc 80, Autonome Gewerkschaften, DissidentInnen der OPZZ), gemeinsame Aktionen, Treffen, lokale Bündnisse.
- Unterstützung oder Organisierung allgemeiner Protestaktionen für soziale und ökonomische Anliegen («Popiwek« Lohnstoppsteuer, Energiepreiserhöhung usw...)

– Bei den Kontakten mit Gewerkschaften, direkt mit ArbeiterInnen oder während Aktionen sollten wir die Forderungen verbreiten: allgemeine Übernahme des gesellschaftlichen Eigentums und der gesellschaftlichen Funktionen des Staates durch die Syndikate und andere gesellschaftliche Organisationen.
– Aktionen für die Änderung des Gesetzes über Gewerkschaften und kollektive Konflikte, d.h. die staatliche Erlaubnis und Kontrolle über Gewerkschaftsaktivität abschaffen. Unterstützung von Gewerkschaften, die für ihre Zulassung kämpfen.
– alle anderen möglichen Mittel

Die Angelegenheiten sind keine engen Partei- oder Gruppeninteressen, sondern bestimmen die zukünftige Form und die Freiheit der Gesellschaft.

4. Zugang zu Massenmedien

Jede und jeder sollte das Recht haben, ihre/seine Meinungen auszudrücken, auch öffentlich. Theoretisch ist dieses Recht in der Verfassung der Republik Polen garantiert, aber tatsächlich werden zur Zeit einem Teil der BürgerInnen diese Rechte vorenthalten. Gesetzliche Beschränkungen (z.B. die erforderliche staatliche Genehmigung zum Betrieb von Radio- und Fernsehsendern) wie auch ökonomische machen es unmöglich, unabhängige Medieninitiativen zu schaffen, ganz zu schweigen von Radio- oder Fernsehstationen. Die Behörden unterdrücken z.b. die unabhängige Radiostation »Rebelia w Eterze« in Lublin, indem sie einen normalen Sendebetrieb verhindern. Der Gebrauch der staatlichen Massenmedien, die von allen BürgerInnen unterhalten werden, ist nur für diejenigen möglich, die sich den Anweisungen der Medienbosse unterwerfen, de facto der politischen Linie der Regierung. Z.B. wurde die Jugendsendung »Pies w Kuchni« beim Lokalradio in Szczecin abgesetzt und die Direktion untersagte den RedakteurInnen, das Radiogebäude zu betreten, weil sie einen Bericht über die Kundgebung Krakauer AnarchistInnen vor der KSZE-Konferenz in Kraków unter dem Motto »Europa ohne politische Gefangene« gemacht hatten.

Bis heute wurde die »gesellschaftliche« Presse vom staatlichen Pressekonzern RSW kontrolliert. Dank den eigenmächtigen Beschlüssen des RSW-Abwicklungsausschusses (unklare Auktionsverhältnisse) wurde der Konzern an Eigentümer übertragen, die vor allem mit dem gegenwärtig herrschenden Lager verbunden sind.

Wir fordern also:
– keine Beschränkung der Einrichtung unabhängiger Radio- und Fernsehstationen durch Gesetze oder Bürokratie (Genehmigungen)
– Zugang zu den öffentlichen Massenmedien für wirklich die ganze Gesellschaft, einschließlich der politischen Opposition, kein politischer Druck mehr auf dort arbeitende JournalistInnen

5. Kriegsdienst

Wir lehnen den aggressiven Militarismus des Staates, der unter verschiedenen Vorwänden in das Leben der Individuen eindringt, ab und fordern:
– Abschaffung der Zwangserfassung, keine Repression mehr gegen sogenannte »Rekruten«, z.B. werden nur denjenigen Reisepässe gegeben, die gegen keine Bestimmungen des Kriegsdienstes verstoßen haben.

Wir rufen auf
– zu jeder Form von Opposition gegen den zwangsweisen Kriegsdienst, angefangen mit dem Zurückschicken der Briefe vom Militär und der Verweigerung der Erfassung.

Auch wenn wir wissen, daß die Existenz des Zivildienstes das Problem nicht löst – er ist nur eine andere Form von Zwang, Sklaverei, Aufgabe der eigenen Rechte, des eigenen Lebens zugunsten der abstrakten Ziele der Institutionen –, fordern wir für alle, die das wolle, das Recht, Zivildienst leisten zu können. Heute werden noch nicht einmal die ungenügenden gesetzlichen Lösungen beachtet und die Möglichkeit, Zivildienst zu leisten, wird verweigert.

Wir fordern die Freisprechung der für Wehrerfassung Verfolgten: B. Sawacki, P. Zuk, P. Tyslewicz (6 Millionen Zloty Geldstrafe!) und viele andere.

6. Drogen

Die anarchistische Föderation fordert die Abschaffung des staatlichen Monopols der Herstellung und des Handels mit Drogen. Wir denken, daß jede Person ein natürliches Recht auf Herstellung, Handel und Gebrauch alles dessen hat, was er oder sie für richtig hält. Die staatliche Unterscheidung von legalen (Zigaretten, Alkohol, Kaffee) und illegalen Drogen führt nicht zur Unterdrückung des Gebrachs der letzteren, sondern nur zur Kriminalisierung des Handels und des Gebrauchs von Drogen, sie verhindert eine Kontrolle ihrer Qualität und läßt einen unsinnigen expansiven Polizeiapparat entstehen, um die Bedürfnisse nach Drogen zu bekämpfen.

7. Zoll und Steuer

Wir lehnen die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung ab, die verzweifelt den Haushalt zu retten versucht, indem sie auf importierte Waren immer höhere Steuern erhebt. Unter dem Vorwand, die nationale Industrie und Landwirtschaft zu schützen, wird die wirtschaftliche Freiheit der Gesellschaft durch Steuern immer mehr beschränkt, und es kommt zu Eingriffen in den Markt, indem die Waren geschützt und unterstützt werden, die die Konkurrenz nicht aushalten können. Das ist besonders merkwürdig bei einer Regierung, die vorgibt, liberal zu sein.

Wir denken, der schlechteste Weg, die Gesellschaft glücklich zu machen, ist die Intervention in die Prozesse innerhalb der Gesellschaft und die verdeckten Versuche des Staates, seine eigene bedrohte Position zu erhalten.

8. Komitee für Beziehungen zu den anarchistischen und libertären Bewegungen in der UdSSR

Hinsichtlich der Entwicklung der politischen Situtation in der SU, des Auftauchens und der Aktivität starker anarchistischer und libertärer Gruppen müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die Organisierung eines effizienten Systems verbindlicher Kontakte und Kommunikation, für Austausch von Meinungen und politischen Analysen zwischen den Bewegungen in Polen und der SU richten.

Es muß nicht gesagt werden, daß die Aktivität von AnarchistInnen in der SU für uns eine große Bedeutung hat. Um die immer neuen, zahlreichen Kontakte und Vorschläge der Zusammenarbeit wirklich auszunutzen, hat der Kongreß der anarchistischen Föderation beschlossen, das Komitee für Beziehungen mit anarchistischen und libertären Bewegungen in der SU zu bilden.

Das Komitee sammelt Informationen, verfolgt Kontakte mit befreundeten Gruppen, darf Erklärungen im Namen der anarchistischen Föderation über die SU und die polnische Außenpolitik gegenüber der SU abgeben. Das Komitee berichtet von seinen Aktivitäten auf jedem Kongreß der anarchistischen Föderation. Das Komitee ist offen für alle, die sich an SU-Themen interessieren.

Die Arbeit des Komitees wird koordiniert von:
Marek Kurzyniec, Ul. Smolensk 16/8, 31121 Kraków, Tel. 012-226051.

"Noch ist Polen nicht skinheadisiert"

Punks – wir leben



Straßenfest auf der Adalbertstraße in Kreuzberg
am 14. September 1991 von 14.00 Uhr bis 22.00 Uhr

Solidarität mit den politischen Gefangenen, gegen Umstrukturierung der Stadtteile, gegen Rassismus und Sexismus - gemeinsam sind wir stärker !!

In der letzten Interim haben wir Euch zu einem Vorbereitungs - treffen für ein Straßenfest unter dem Motto "Solidarität mit den politischen Gefangenen weltweit" eingeladen.Einige Gruppen kamen und hatten auch konkrete Ideen dazu.
Toll fanden wir das Angebot der Vorbereitungsgruppe zum Straßenfest auf der Adalbertstraße ein gemeinsames politisches Fest zu veranstalten.Dort soll die Situation der politischen Gefangenen weltweit ein Schwerpunkt sein.Die Absicht der Adalbertgruppe ist ein großes internationalistisches Fest gegen Umstrukturierung der Stadtteile - gegen Rassismus und Sexismus.Wir waren zusammen der Meinung,daß ein Straßenfest, wo diese verschiedenen Themen zusammenkommen,ein Anfang sein kann für eine bessere Diskussion und Vernetzung der Gruppen. Schließlich kommen die politischen Gefangenen aus den Kämpfen für Selbstbestimmung und eine menschenwürdige Gesellschaft.
Und ganz praktisch kriegen wir zusammen einfach ein viel tolleres und stärkeres Fest hin,als wenn wir zwei politische Feste machen würden.

Natürlich kann es für das Gelingen des gemeinsamen Festes nur gut sein,wenn sich noch weitere Gruppen und Einzelpersonen in die Vorbereitung einklinken !
Kommt zu unseren Treffen !

Sonntag,18.August,20.00 Uhr,Lehmhaus Kinderbauernhof

Programmbesprechung für die Bühnen und das Video- und Kinoprogramm.Es werden Vorschläge vorgelegt.Das Musik- programm sollte neben Folklore und Theater möglichst auf Hip-Hop ausgerichtet sein.Natürlich nicht nur.

Sonntag,25.August,20.00 Uhr,Lehmhaus Kinderbauernhof

zweites allgemeines Vorbereitungstreffen
Daran sollten alle Teilnehmen,die beim Fest mitmachen
Hier können auch die Plakate und Flugis mitgenommen werden

jeden Samstag (bis zum Fest) 18 Uhr im Falckeladen in der Falckensteinstr. 45

Vorbereitungstreffen zum Schwerpunkt "Solidarität mit den politischen Gefangenen weltweit ! "

Die Vorbereitungsgruppe

TERMINE!!!

16. 8. Fr. Video "Martxa nach Herrera" im KOB, Potsdamer Str. 157 1/30 21.00 Uhr

Frauentag im Sowieso e.V., Nehringstr. 34 1/19

Fete im EX ab 22.00 für alle außer Penguine !

18. 8. So. Film "A message to the people & Resitance consiracy" im Anschlag Kreutzigersstr.18 Friedrichshain 21.00

Knastkonzerte vor Moabit mit Hordy Tordy & Fasma um 15.00
andere Konzerte am: 1.9. mit Rockfort; 15.9. mit Jessicas Crime 15.00

Video "Martxa nach Herrera" im KOB um 21.00 Uhr

19. 8. bis 25. 8. Workcamp in Buchenwald

Mo. Film "Suburbia" im Anschlag um 21.00 Uhr

21. 8. Mit. Film "A message to the people & Resistance consiracy" im Anschlag 21.00

23. 8. - 31. 8. Antifa-Aktions-Woche in Spandau

Ordnerliste:
Mongolisierung des Okzidents und
Entstehung des planetarischen Arabers
Infotelefon Delmenhorst
Solidaritätskomitee mit Özgür Der
Prozeß in Siegen
Fehler in Kiel
Besetzung des Wiesbadener Kuriers
129a gegen BAZOOKA (Bonn)
Infopapiere aus Hamburg
Teile des VS-Bericht aus Bayern

Biegeneck bleibt (Marburg)
Arbeit im Knast

INTERIM - LAGER



KNASTKONZERTE

vor Tegel

Kicking the flag

Sontag 25.8
15 Uhr

JESZICAS CRIME

und vor MOABIT

ab 18.8—27.10 alle 14 Tage 15 Uhr

mit diversen Bands